



**Potsdamer Bulletin für Zeithistorische Studien**

**Nr. 34/35  
November 2005**

herausgegeben  
vom

**Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.**

Am Neuen Markt 1  
D-14467 Potsdam

Telefon: (0331) 28991-0  
Telefax: (0331) 28991-40  
[www.zzf-pdm.de](http://www.zzf-pdm.de)

Direktion:  
Konrad H. Jarausch  
Martin Sabrow

Redaktion:  
Hans-Hermann Hertle

© Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.  
2005

ISSN 1432-4881

Das Bulletin für Zeithistorische Studien erscheint nach Bedarf. Wir erheben eine Schutzgebühr von **2,24 Euro** pro Heft, die Sie **in Form von Briefmarken** an uns senden können. Pro Jahr erscheinen durchschnittlich drei Hefte.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

**Potsdamer Bulletin für Zeithistorische Studien**

**Nr. 34/35**

**November 2005**

**INHALT**

Konrad H. Jarausch EDITORIAL	5
Martin Sabrow ZEITGESCHICHTE AM NEUEN MARKT Ansprache zur Amtseinführung als Geschäftsführender Direktor des ZZF..	7
Andrea Genest DIE SOLIDARNOŚĆ AUS DEUTSCHER PERSPEKTIVE.....	17
Hans-Hermann Hertle DIE OHNMACHT DER ALLMACHT. Der ZOV „Operation II“ oder wie die DDR-Staatssicherheit erfolglos Spione jagte.....	23
Irmgard Zündorf EXPERTENKOMMISSION ZUR SCHAFFUNG EINES GESCHICHTSVERBUNDES „AUFARBEITUNG DER SED-DIKTATUR“ BERUFEN.....	40
Thomas Schaarschmidt AUFGABEN UND ZIELE DER KOORDINATIONSSTELLE „PROJEKTVERBUND ZEITGESCHICHTE BERLIN-BRANDENBURG“ .....	42
<b><i>NEUE FORSCHUNGSPROJEKTE</i></b>	
Hans-Hermann Hertle/Maria Nooke DIE TODESOPFER AN DER BERLINER MAUER.....	46
Karen Hagemann/Konrad H. Jarausch ZWISCHEN IDEOLOGIE UND ÖKONOMIE - DAS POLITIKUM DER GANZTAGSSCHULE IM DEUTSCH-DEUTSCHEN VERGLEICH (1945-1989).....	50
Klaus Jochen Arnold DEMONTAGEN IN DER SBZ UND BERLIN 1945-1948: SACHTHEMATISCHES INVENTAR.....	53

Konrad H. Jarausch/David Pike/Hartmut Weber VERFILMUNG, DIGITALISIERUNG, INDIZIERUNG UND VERÖFFENTLICHUNG DER DOKUMENTE DER SMAD.....	54
 <i><b>TAGUNGSBERICHTE</b></i>	
Krisztina Csörgei/Agnes Kuciel KATHOLISCHE LAIEN IN EUROPA 1945-1989 Workshop, Potsdam, 25. Februar 2005.....	56
Steffen Peske/Kristin Winter MEDIEN UND POLITISCHE TRANSFORMATIONSPROZESSE IN EUROPA 3. Doktorandenforum des ZZF, Potsdam, 3./4. März 2005.....	60
Bernd Florath OPPOSITION UND REPRESSION IM WANDEL VON DEN SECHZIGER ZU DEN ACHTZIGER JAHREN IN DER DDR Workshop, Potsdam, 23./24. Mai 2005.....	64
Tobias Schulz DIE POTSDAMER KONFERENZ 1945 UND DIE NEUORDNUNG EUROPAS Konferenz, Potsdam, 23./24. Juni 2005.....	68
Bernd Stöver FOLGEN DES KOREA-KRIEGES: WAHRNEHMUNGEN, WIRKUNGEN UND ERINNERUNGSKULTUR IN EUROPA UND KOREA Internationale Konferenz, Potsdam, 13.-15. Oktober 2005.....	75
Simone Schlindwein LEINWAND ZWISCHEN TAUWETTER UND FROST – DER OSTEUROPÄISCHE SPIEL- UND DOKUMENTATIONSFILM IM KALTEN KRIEG Internationales Symposium, Potsdam, 21.-23. Oktober 2005.....	78
Sabine Schön EUROPA IM OSTBLOCK. VORSTELLUNGSWELTEN UND KOMMUNIKATIONS-RÄUME IM WANDEL Internationale Konferenz, Potsdam, 3.-5. November 2005.....	86
 <i><b>ZZF-PUBLIKATIONEN 2004 – 2005</b></i> .....	 90
 <i><b>AUTORENVERZEICHNIS</b></i> .....	 95

## EDITORIAL

**Konrad H. Jarausch**

Das große Ereignis des Jahres 2005 war die festliche Amtseinführung des neuen und zugleich geschäftsführenden Institutsdirektors Martin Sabrow am 24. Februar. Die freundlichen Grußworte der Vertreter der Landesregierung, der Universität und der Stadt sowie des Kuratoriums, des Beirats und des Trägervereins des ZZF machten den Vertrauensvorschuß deutlich, der seine künftige Arbeit erleichtern wird. Seine fulminante Programmrede, die innovative Perspektiven für die zeithistorische Forschung aufzeigte, wurde mit starkem Beifall aufgenommen. Mit Martin Sabrow hat das ZZF einen hervorragenden Wissenschaftler als Direktor gewonnen, der auf eine breite Erfahrung in Forschung und Lehre zurückgreifen kann und ein besonderes Gespür für die Vertretung historischer Anliegen in der Öffentlichkeit besitzt. In der bevorstehenden Umbauphase wird er dem Institut wegweisende Impulse geben können.

Kaum weniger wichtig war die Begehung der Gutachterkommission der Deutschen Forschungsgemeinschaft im Juni. Die spezielle DFG-Förderung der Geisteswissenschaftlichen Zentren wird zum Ende des Jahres 2007 auslaufen. Die Kommission hatte insgesamt 32 Verlängerungs- und Neuanträge zu beurteilen, die einerseits laufende Projekte zu einem guten Abschluß bringen, aber andererseits auch neue Themen erschließen sollten, um das Institut auf die Zeit nach der GWZ-Förderung vorzubereiten. Das Votum der Gutachter, das mittlerweile vom DFG-Hauptausschuß bestätigt wurde, war überwältigend: 30 Anträge wurden positiv beurteilt und nur zwei Doktorandenprojekte nicht in die Empfehlung aufgenommen. Damit ist die Arbeit aller vier großen Projektbereiche („Schaufenster Berlin-Brandenburg“, „Sozialismus als soziale Frage“, „Ideologien und Mentalitäten im Kalten Krieg“, „Kulturen des Politischen“) und ihrer Untergliederungen für weitere zwei Jahre gesichert und eine breite Basis geschaffen, von der aus die endgültige Institutionalisierung des ZZF verfolgt werden kann. Da auch weitere Anträge (SMAD-Akten, Ganztagschule, Mauertotenbuch) bei verschiedenen Fördereinrichtungen Erfolg hatten, ist das Institut forschungsmäßig hervorragend aufgestellt.

Gleichzeitig hat sich das ZZF im Verlauf dieses Jahres noch stärker in den erinnerungspolitischen Debatten engagiert, um seine in der Forschung gewonnenen Perspektiven in die öffentlichen Entscheidungen um die Gestaltung der Gedenkpoltik einzubringen. So hat sich im Juli der am ZZF angesiedelte „Projektverbund Zeitgeschichte Berlin-Brandenburg“ konstituiert, der von Thomas Schaarschmidt betreut wird und die Aktivitäten von Gedenkstätten und wissenschaftlichen Forschungseinrichtungen im Raum der Hauptstadt stärker vernetzen und koordinieren wird. Auf Bitte der Kulturstaatsministerin leitet Martin Sabrow seit diesem Sommer eine Expertenkommission zur Schaffung eines Geschichtsverbundes zur DDR-Geschichte, der die Zusammenarbeit der auf diesem Gebiet

tätigen Einrichtungen stärken soll. Ich selbst war in der für Berlin zentralen Diskussion über die Zukunft des Mauergedenkens involviert; Hans-Hermann Hertle wiederum hat gemeinsam mit dem Dokumentationszentrum Berliner Mauer ein Forschungsprojekt initiiert, das ein Mauertotenbuch erstellen wird. In Potsdam haben sich Hans-Hermann Hertle und Gabriele Schnell mit Unterstützung der Stiftung Aufarbeitung erfolgreich für die wissenschaftliche Erarbeitung der Geschichte des früheren Stasi-Gefängnisses in der Lindenstraße 54 engagiert. All diese zeitaufwendigen Aktivitäten bewegen sich im Spannungsfeld zwischen dem Gebote der wissenschaftlichen Zurückhaltung und der unabweisbaren Beratungsfunktion der Zeitgeschichtsforschung im öffentlichen Raum.

Schließlich hat die Forschungsarbeit des Instituts durch die Vielfalt der Themen noch an Dynamik und Spannbreite gewonnen. In der Institutsreihe „Zeithistorische Studien“ bei Böhlau erschienen 2005 vier Monographien; in anderen Verlagen wurden dreizehn weitere Bücher veröffentlicht. Daneben fanden annähernd vierzig öffentliche Veranstaltungen des ZZF statt, von denen die sechsteilige Vortragsreihe zum „Stalinismus“ und der siebenteilige Vortrags- und Filmzyklus zur „Politik und Religion in der Moderne“ die größte Außenwirkung hatten. Unter den zahlreichen Workshops und Konferenzen, die in diesem Jahr im Institut stattfanden oder von seinen Mitarbeitern organisiert wurden, ist die in Zusammenarbeit mit Manfred Görtemaker von der Universität Potsdam vorbereitete Veranstaltung zum 60. Jahrestag der Potsdamer Konferenz im Juni hervorzuheben, die gemeinsam mit der Friedrich Naumann Stiftung, den Landeszentralen für politische Bildung in Berlin und Brandenburg sowie der Landeshauptstadt Potsdam durchgeführt wurde. Es versteht sich von selbst, daß das ZZF auch bei der zentralen Feier des Tages der Deutschen Einheit, die in diesem Jahr in Potsdam stattfand, mit einem Informationsstand wirksam vertreten war.

Die zentrale Herausforderung der kommenden beiden Jahre ist die Suche nach einem tragfähigen Übergang von der zeitlich begrenzten GWZ-Förderung durch die DFG in eine dauerhafte Institutionalisierung. Rund zwei Drittel seines Jahresetats wirbt das ZZF mittlerweile bei Drittmittelgebern ein – und belegt damit einen Spitzenplatz unter allen außeruniversitären Forschungseinrichtungen. Eine bessere Empfehlung ist kaum denkbar, und so besteht berechtigter Anlaß zu der Hoffnung, daß gemeinsam mit den wissenschaftspolitischen Entscheidungsträgern ein Weg für das Institut gefunden wird, der unseren Beitrag zur Bereicherung und Differenzierung der zeithistorischen Forschung auf Dauer sichert.

Potsdam, im November 2005

Konrad H. Jarausch

**ZEITGESCHICHTE AM NEUEN MARKT**  
**Ansprache zur Amtseinführung als Geschäftsführender Direktor des ZZF**  
**am 24. Februar 2005**

**Martin Sabrow**

*Der Neue Markt als Börse*

Das ZZF hat seinen Anfang unter anderem Namen am Berliner Gendarmenmarkt genommen, und nach einem zehnjährigen Zwischenspiel Am Kanal in der Berliner Vorstadt von Potsdam ist es nun im Zentrum Potsdams wieder an einen Markt zurückgekehrt, diesmal an den Neuen Markt. Eine Laune des Zufalls gewiß, aber im Zeitalter des postmodernen Denkens wären wir blind und taub, wenn wir den Gegensatz von Sinn und Zufall nicht ein wenig auf die Probe stellen und nach dem ratgebenden Hintersinn unserer Potsdamer Adresse fragen würden, also die Beziehung von Zeitgeschichte und Neuem Markt auszudeuten versuchen, in die uns die Laune von Grundstücksmarkt und Stadtbewirtschaftung gestellt hat.

Natürlich sind, jedem sticht es ins Auge, die Parallelen geradezu überwältigend. Eigentlich haben das ZZF und der Neue Markt so ziemlich alles gemein. Beide sind Kinder der 90er Jahre, beide entwickelten sich ungeplant und stürmisch. Der Neue Markt drängte zeitweilig die alte Börse ganz in den Hintergrund, so wie die nach 1990 boomende Neue DDR-Forschung die alte DDR-Forschung und die überkommenen Arbeitsfelder der Zeitgeschichte in den Schatten stellte.

Als sichere Bank gehandelte *blue chips* der alten DDR-Forschung in Berlin und anderswo erlebten einen dramatischen Kursverfall und mußten teils gar Insolvenz anmelden, während überall zeithistorische *start-up*-Unternehmen in Gestalt von Instituten, Forschungsgemeinschaften und Arbeitsvorhaben aus dem Boden schossen, die mit einträglicher Drittmittelfinanzierung ihre Bonität unter Beweis stellten und mit sagenhaften Fördermittelrenditen glänzten. Schon 1994 notierte ein in Mannheim geführter neuer Projektindex 700 und schließlich über 1000 gemeldete Forschungsvorhaben allein zur DDR-Geschichte, und eine ohne Umschweife als „Geschichtsmarkt“ ausgewiesene Imagekampagne der Neuen DDR-Forschung lockte 1999 in Berlin unter dem Titel „1949-1989-1999“ ganze Scharen von Börsenneulingen an, die in zahllosen Buch- und Verlagsständen von historischen Anlageberatern mit den lukrativen Chancen einer intellektuellen Investition in die jüngste Vergangenheit bekannt gemacht wurden.

Eine ganze Generation von Zeithistorikern wuchs in dem sicheren Bewußtsein heran, daß die Konjunktur der Zeithistorie dauerhafte Zuwächse garantiere. Sie trug das Börsenfieber des Neuen Geschichtsmarkts, das die Öffentlichkeit weit über die Fachwelt hinaus ergriff. Die Kulturwirtschaftsteile unserer großen Zeitungen trugen nach 1989 die Dispute der Geschichtsbörsianer über die zu erwartende Höhe des zeithistorischen Erkenntnisgewinns aus und handelten mit In-

siderwissen, das historische Charttechniker für allerlei Kauf- und Verkaufsempfehlungen nutzten.

Speziell unserem Institut wurde in dieser Aufbruchszeit von fachbekannten Marktbeobachtern ein ausgesprochen schlechtes Kurs-Gewinn-Verhältnis bescheinigt, ja dringend die Abschreibung im Kern veralteter Produktionsanlagen aus Bitterfeld und Bielefeld empfohlen, wenn nicht gar als maroder „Faultierfarm“ die baldige Insolvenz prognostiziert.

Dank eines besonnenen Managements, das auch bei empfindlichen Kursverlusten die Nerven behielt, konnte die zeitweilig tatsächlich aufflackernde Angst vor einem Konkurs rasch überwunden, ja ein *relaunching* mit steil nach oben zeigenden Produktivitätsindizes durchgesetzt werden, mit dem das Vertrauen der Aktionäre wieder zurückgewonnen und das Unternehmen neben dem alteingesessenen Branchenführer fest am Markt positioniert werden konnte.

Doch wie am Neuen Markt der Wirtschaft kam nach dem Boom die Baisse. Fast über Nacht fiel auch der Kurs der DDR-bezogenen Geschichtsaktien wieder und es zeigte sich, daß die Konjunktur von Forschungsvorhaben schlicht überhitzt gewesen war. Der Alte Markt erholte sich, und die Aktien des Neuen Markts wurden auf ein volkswirtschaftlich verträgliches Maß zurückgeführt, während das Börsenpublikum sich vermehrt wieder anderen Anlageformen zuwandte. Im Ergebnis ist das Kapital der Zeitgeschichte nach 1945 massiv umgeschichtet worden, und auch die an den internationalen Börsen diskutierte Ablösung des *shareholder-value*-Dogmas durch die Leitmaxime einer *good corporate governance* kehrt in unserer Disziplin wieder, die ihre zeitweilige Zurichtung zur Entüllungshistorie längst gegen eine methodisch kontrollierte Verortung der DDR in ihren säkularen und europäischen Bezügen eingetauscht hat.



Allgemein wird die Senkung der Betriebskosten und die Erweiterung der historischen Produktionspalette ebenso verlangt wie die Schärfung des Marktprofils, um sich in der härter gewordenen Konkurrenz zu behaupten; fast überall bewerten professionelle Berater-teams in öffentlich ausgewiesenen Evaluationsverfahren die Marktgängigkeit der Produktlinien und geben bindende Empfehlungen zur Unternehmensausrichtung ab. Auch bei uns greift ein rigider Sparkurs, müssen Investitionen gestreckt und Kosten gesenkt werden. Trotzdem erweist sich die Kapitaldecke als so dünn, daß eine dauerhafte Unterfinanzierung

eingetreten ist, die auf Dauer die Marktposition des Unternehmens gefährden könnte. Noch kompensiert Selbstausschöpfung das strukturelle Defizit, aber immer stärker droht der analysierende ZZF-Historiker sich in den historischen Analysen zu verwandeln, der sich fragt, wie lang die gegenwärtig so eindrucksvollen Jahresbilanzen den Verschleiß an Personal und Anlagen noch verbergen können.



### *Der Neue Markt als Metapher der Zeitgeschichte*

Es sei zugegeben: Allen Analogien zum Trotz ist das Bild ziemlich schief und der Vergleich hinkt überdeutlich; denn immerhin zeigt unsere Kurve als Forschungsinstitut ja doch insgesamt eindeutig und kontinuierlich aufwärts, was man vom Nemax ja nicht gerade behaupten kann. Aber neben der Analogie von Antragswelt und Aktienwelt ist da noch eine andere Parallele zwischen Zeitgeschichte und Neuem Markt, die uns vielleicht etwas aussichtsreicher bei der Standortbestimmung des ZZF weiterhelfen kann. Der Neue Markt in Potsdam ist in den neunziger Jahren durch öffentliche Förderung und historisch sensible Rekonstruktion so neugestaltet worden, so daß er heute ein klares Bild der Vergangenheit in heutigem Licht abgibt. Ganz offen ist hingegen noch, inwieweit der Neue und der jenseits der nach 1945 geschaffenen Straßenschnieße liegende Alte Markt in städtebaulicher Zukunft wieder miteinander korrespondieren oder sich getrennt voneinander entwickeln werden.

Auch die Historiographie steht vor der Frage, wie sie die ältere und die jüngere Zeitgeschichte miteinander in Beziehung setzt und ob die Zeit vor 1945 überhaupt noch der Zeitgeschichte zuzuordnen ist. Fachdisziplinen sind ebenso wie Stadträume öffentlichen Trendwechseln unterworfen, die – in Grenzen – ihrer eigenen Logik folgen. Immer noch rekuriert die Zeitgeschichtsforschung auf das bekannte Diktum von Hans Rothfels aus dem Jahr 1953, das die neubegründete Subdisziplin als Epoche der Mitlebenden definierte und mit dem Epochenjahr 1917 einsetzen ließ.



*Amtseinführung von Prof. Dr. Martin Sabrow, 24. Februar 2005*

*(Foto: Paul Benedikt Glatz)*

Seither ist mehr als ein halbes Jahrhundert vergangen, und die Epoche der Mitlebenden im Sinne der sich öffentlich einmischenden Zeitzeugen ist trotz des verzweifelten Bemühens von Guido Knopp und seines Histotainment nachdrücklich auf 1945 vorgerückt, ja, sie hat, wenn man Rothfels' Zeitmaß von 36 Jahren zwischen 1917 und 1953 zugrunde legt, bereits das Jahr 1968 übersprungen. Die Studentenbewegung, Fritz Teufel und Rudi Dutschke nicht mehr Teil der Zeitge-

schichte? Spätestens hier wird deutlich, daß in unserer Gegenwart, in der die vergangenheitsbezogene Erinnerungsgemeinschaft nachhaltiger als die gegenwartsbezogene Erlebnissgemeinschaft wirkt, eine am Generationenwechsel ausgerichtete Bestimmung von Zeitgeschichte nicht mehr voll angemessen ist. Der Holocaust in seinem Entstehungs- und Wirkungskontext bleibt auf unabsehbare Zeit die Referenzachse der Geschichtskultur in einem Land, das die Verarbeitung des mit dem Namen Auschwitz verbundenen Zivilisationsbruchs als Fundament seiner Identität angenommen hat und in dem der Nationalsozialismus uns historisch um so nähergerückt ist, als er sich zeitlich von uns entfernt hat.

Es ist an der Zeit, sich von einer starren Zeitgeschichtsdefinition zu lösen, die entweder eine fixierte Epochenzäsur oder eine bewegliche dreißigjährige Generationsspanne zum einzigen Maßstab macht; beide gehören in eine Zeit, die in West und Ost an die Einheit des Historischen glaubte und diese vornehmlich in der politischen Staatengeschichte und ihren epochalen Daten fand.

Eine moderne Zeitgeschichte, wie sie das ZZF betreiben will, kann sich nicht an übergreifende synthetische Epochendefinitionen halten, die für die Sozial- und Kulturgeschichte ebenso gelten sollen wie für die Politikgeschichte. Zeitgeschichte als Geschichte unserer Zeit hat unterschiedliche Amplituden, je nachdem, unter welcher Fragestellung sie erschlossen wird, und sie bedarf eines funktionalen statt eines starren Zeitrahmens, dessen Kriterium die prägende Gegenwartswirkung vergangenen Geschehens ist.

Die politische Zeitgeschichte wird 1945 einsetzen, wenn sie die Geschichte der bipolaren Welt thematisiert; sie wird weiterhin bis 1933 und bis zur Urkatastrophe des Ersten Weltkriegs zurückgehen, wenn sie die Bedingungen politischen Handelns in Deutschland und Europa heute analysiert, und sie wird die Zeit der Zeitgeschichte auf die Jahre seit 1989 verkürzen, wenn sie die Überwindung der deutschen und europäischen Spaltung durch eine neue Politikergeneration aufgreift. Andere Dimensionen des Historischen kennen andere Zäsuren. Die Zeitgeschichte der deutschen Zivilgesellschaft mag, wenn nicht 1968, so doch in den späten fünfziger Jahren beginnen; die Zeitgeschichte des deutschen Sozialstaats reicht bis zu Bismarcks Sozialgesetzgebung zurück, während die Zeitgeschichte des Massenkonsums und der Mediengesellschaft je nach Perspektive um die Wende zum 20. Jahrhundert oder spätestens mit dem Ende des Ersten Weltkriegs einsetzt.

#### *Zur Programmatik des ZZF*

In diesem Feld einer elastisch definierten und funktional differenzierten Zeitgeschichte wird das ZZF seine bisherigen Arbeitsschwerpunkte behutsam weiterzuentwickeln suchen und seine DDR-bezogene Kernkompetenz nicht verleugnen, aber doch immer weiter in einen gesamtdeutschen, europäischen, zuweilen auch transeuropäischen Bezugsrahmen einbetten. Wie bisher wird es nicht einem einzigen Ansatz folgen, sich nicht an einer verbindlichen Denkschule ausrichten, sondern die Pluralität unserer Forschungslandschaft und ihrer verschiedenen Ansätze und Konzepte im Kleinen abzubilden suchen.

Unter den vielen Problemdimensionen, die das ZZF teils schon heute bearbeitet und in Zukunft bearbeiten wird, möchte ich vier Schwerpunkte markieren, die hoffentlich für sein künftiges Profil eine besondere Rolle spielen werden – wenn das organisatorische Format des Instituts nach dem Auslaufen der jetzigen Förderstruktur Ende 2007 es denn zulassen wird.

Eine unserer übergreifenden Leitfragen gilt systemüberspannenden Gemeinsamkeiten des Projekts Moderne, das im 20. Jahrhundert wie nie zuvor die Gesellschaft und ihre politische, mentale, physische Verfassung zum Thema machte. Das 20. Jahrhundert ist das Jahrhundert der Großordnungen, deren Konkurrenz und Konvergenz viele Gesichter hatte und die sich doch in ihrem spiegelbildlichen Totalitätsanspruch, in ihrem Kampf um Gefolgschaft und Integration und in ihrer Freund-Feind-Polarität in vielem so ähnlich waren.

Dahinter steht die Frage nach einer gemeinsamen Signatur der systemüberspannenden Epoche zwischen dem unwiderstehlichen Politisierungssog, den so eindrucksvoll etwa Margarete Buber-Neumann am Beispiel ihrer plötzlich in feindliche Lager gespaltenen Potsdamer Wandervogelgruppe 1918/19 protokollierte, und der verständnislosen Verwunderung, mit der achtzig Jahre später eine filmische 68er-Ikone wie Hanna Schygulla die theoretischen Reden und heißen Diskussionen der APO-Generation nur noch langweilig finden konnte. Zwischen beiden Erfahrungen liegt das kurze Jahrhundert eines oft erbitterten Kampfes konkurrierender Ordnungsprojekte, der sich in ideologischer Aufladung und umkämpften Weltbildern ebenso äußerte wie in der Konjunktur des social engineering bis hin zu den biopolitischen Utopien des NS-Regimes, aber auch in den systemüberspannenden technokratischen Planungsdiskursen der sechziger Jahre.

Erst jetzt, wo für uns Zeitgenossen die überkommenen Verortungskategorien wie konservativ oder fortschrittlich, staatsnah oder basisnah an Bedeutung eingebüßt haben und wir gerade einmal 20 Jahre nach dem aufgeregten Volkszählungsboykott von 1983 und der Angst vor dem Lauschangriff des Staates selbst die flächendeckende Errichtung von Mautkameras auf deutschen Autobahnen mit Gelassenheit zu begleiten vermögen, erst jetzt wird der Blick frei für die möglichen gemeinsamen Züge eines vergangenen Zeitalters und seiner entfesselten Suche nach einer gültigen Ordnung der Moderne. Ihre Erforschung wird über die bleibenden Gegensätze von Diktatur und Demokratie hinaus eine zentrale Aufgabe des ZZF bleiben, und ein solcher Ansatz führt aus meiner Sicht weiter als die Diskussion, ob die Zukunft der Zeitgeschichte stärker von der Diktaturforschung oder von der Demokratieforschung bestimmt sein wird oder bestimmt sein soll.

Ein zweiter Fokus, ein Stück weit überlappend, ist nicht auf das uns fremd und anders Gewordene in der Zeitgeschichte ausgerichtet, sondern umgekehrt auf das uns Nahe, nämlich auf die Ablösung der Moderne, die sich vor unseren Augen vollzieht oder zu vollziehen scheint. Es ist offenbar, daß wir in einer Zeit des Umbruchs und des Abschieds von tradierten Gewißheiten leben, für die wir viele Wörter haben: postindustrielle Gesellschaft, reflexive Moderne, Postmoderne.

Aber wann begann dieser Umbruch, und was macht ihn aus? Natürlich, in politischer Hinsicht bleibt die Zäsur von 1989/91 unverrückbar und beherrschend.

Doch der Abschied von der uns gewohnten Moderne kennt auch andere Zäsuren, die Ölkrise in den frühen siebziger Jahren und den Verfall des Fortschrittsparadigmas, die Revolution der Kommunikation und den Globalisierungsdruck seit den neunziger Jahren, die Verknappung der Arbeit und die Abkehr vom Sozialstaatsmodell, die sich vor unseren Augen vollzieht.

Wir werden zu fragen haben, ob aus dieser Perspektive der Zusammenbruch des Kommunismus in Europa mit wachsendem Abstand seinen Überraschungscharakter immer weiter verlieren wird und womöglich zu einem bloßen Teilaspekt des epochalen Umbruchs von der fortschrittsgewissen Hochmoderne zu einer noch ungewissen Nachmoderne schrumpft.

Eine dritte Akzentuierung, die sich bereits jetzt deutlich abzeichnet und in Zukunft noch weiter an Bedeutung gewinnen wird, verbindet sich mit der Rolle der Medien in der Zeitgeschichte: Offenheit und Gespür für den Wandel der medialen Kommunikationsformen auch in unserem Fach zählten zur mentalen Grundausstattung des ZZF und drücken sich in praktischer Hinsicht heute in unserem Portal Zeitgeschichte-online ebenso aus wie in unserer Hybrid-Zeitschrift Zeit-historische Forschungen, die parallel elektronisch und gedruckt erscheint.

Nicht nur als Mittel, sondern auch als Gegenstand der Forschung haben Wort und Ton, Bild, Film und Internet in ihrer Eigengesetzlichkeit wie in ihrer systemgebundenen Nutzung das 20. Jahrhundert geprägt, als Transportmittel und als Abbild ihrer Zeit, aber auch als eigenständiger historischer Akteur, der das Ereignis nicht mehr nur bekanntmacht, sondern selbst zum Ereignis wird. Die Entwicklung der Massenmedien, die gleichsam quer zu den konkurrierenden Herrschaftssystemen der Zeitgeschichte liegen, prägen jetzt schon unser Forschungsprogramm und werden dies beispielsweise in ihrer Funktion als Unterhaltungskultur, aber auch als Mittel politischer Kommunikation und Integration in Zukunft noch verstärkt tun.

Ein profilbildendes Augenmerk des künftigen ZZF wird weiterhin der Kultur des Historischen selbst gelten. Die selbstreflexive Beschäftigung mit den Gegenwartsbedingungen der Vergangenheitsaneignung hat Tradition am ZZF und hat erst jüngst zur Schaffung einer Koordinationsstelle am ZZF zur Vernetzung der zeitgeschichtlichen Gedenk- und Forschungseinrichtungen im Berlin-Brandenburger Raum geführt. Sie wird dazu beitragen, neben der eigentlichen Historiographiegeschichte in Zukunft stärker auch Charakter und Wandel der *public history* im Spannungsfeld von Geschichtspolitik, Erinnerungskultur und Fachwissenschaft in den Blick zu nehmen, die in den letzten Jahrzehnten über uns hereingebrochen ist und es fast unglaublich erscheinen läßt, daß in Deutschland noch vor weniger als drei Jahrzehnten die Sorge vor einem Verschwinden der aus der Mode gekommenen Geschichte aus Schule und Öffentlichkeit grassierte. Wie tiefgreifend sich der Dialog zwischen Gegenwart und Vergangenheit in unserer Zeit wandelt, ist uns in der Regel nur schwach bewußt. Wer denkt schon daran, daß Begriffe wie Geschichtskultur und Erinnerungskultur noch vor kurzem weithin unbekannt waren und der heute omnipräsente Zeitzeuge eine Erfindung der letzten zwanzig Jahre ist, die den säkularen Übergang von einer heroi-

sierenden zu einer opferorientierten Vergangenheitsvergegenwärtigung anzeigt? Der Zeitzeuge spiegelt den Wandel einer Welt, die in ihrer Mitwelt nicht mehr die verborgene Verstrickung der Akteure von einst entlarven will, sondern die authentifizierende Beglaubigung der historischen Rekonstruktion ersehnt, und er fügt sich in eine Erinnerungskultur, die in ihrem Viktimisierungswillen heute selbst Hitler im Untergang als Opfer zu begreifen bereit ist, als Opfer seiner Hybris, seiner Komplizen, seines Kriegs.



*Prof. Dr. Manfred Görtemaker (Universität Potsdam), Dr. Josef Glombik (MWFK), Prof. Dr. Martin Sabrow (ZZF), Prof. Dr. Konrad H. Jarausch (ZZF), Stefan Brandt (Vors. des Kuratoriums; MWFK), Dr. Hinrich Enderlein (Vors. des Förderverein), Prof. Dr. Wilhelm Schröder (Sprecher des Trägervereins)*  
*(Foto: Paul Benedikt Glatz)*

Man kann kritisch auf die Zeitbedingtheit des historischen Opferdiskurses aufmerksam machen und es ist Aufgabe der Zeithistorie, dies zu tun. Aber wenn sie seine Geltungskraft für unsere Gegenwart akzeptiert, dann ist es auch Aufgabe der Zeithistorie, auf Blindstellen und Verzerrungen unserer öffentlichen Erinnerungskultur hinzuweisen, die eine der größten Opfergruppen der NS-Herrschaft fast vollständig aus dem öffentlichen Diskurs ausgeblendet hat: Fast sechzig Prozent der über fünf Millionen sowjetischen Kriegsgefangenen sind zwischen 1941 und 1945 unter deutscher Gewalt umgekommen, weil die NS-Diktatur den Krieg im Osten als Weltanschauungskrieg führte – drei Millionen dreihunderttausend russische Soldaten und Offiziere, die in deutschen Lagern starben – verhungert, erschlagen, zu Tode gehetzt.

Wo ist der Erinnerungsort in der alten und neuen Hauptstadt, der ihrer zu gedenken auffordert, wo die öffentliche Diskussion, die sich ihres Martyriums mitten in Deutschland annimmt? Auch sie, die noch im Tode ein zweites Mal Opfer,

diesmal der Ost-West-Spaltung, geworden sind, haben ein Recht darauf, daß wir den Kalten Krieg der Erinnerungen beenden und das Leiden der sowjetischen Kriegsgefangenen in unser öffentliches Gedenken integrieren.

#### *Institutionelle Perspektiven*

So zwischen Teilnahme und Beobachtung schwankend, haben wir an den Fenstern unseres Forschungshauses Platz genommen, von denen aus wir das Treiben am Neuen Markt auch in Zukunft verfolgen wollen. Wir tun dies bevorzugt aus der Halbdistanz des mitlebenden Interpreten, der sich nichts entgehen lassen will und der sich nur zuweilen ein bißchen weiter aus dem Fenster lehnt, um selbst einzugreifen. Daß wir uns dabei nicht zu weit nach vorne beugen und gar das Gleichgewicht zwischen professioneller Beobachtung und politischer Einmischung verlieren sollen, wissen wir wohl.

Mehr drückt uns aber die Sorge, daß das eigentliche Problem nicht unsere Körperhaltung als Zeithistoriker ist, sondern der morsche Schemel, den die Gesellschaft uns als Sitzgelegenheit hingestellt hat. Die Zeitgeschichte hat in den letzten drei Jahrzehnten in Deutschland in einem ganz unwahrscheinlichen Maße den Spitzenplatz öffentlicher Wahrnehmung nicht nur in der Geschichtswissenschaft, sondern in den Geisteswissenschaften überhaupt errungen. Wir wissen um die engen Spielräume der öffentlichen Hand, und wir suchen selbst nicht zuletzt mit der Hilfe unseres rührigen Vereins der Förderer und Freunde fallweise immer wieder zusätzliche Finanzierungsquellen zu erschließen.

Aber wir müssen auch deutlich sagen, daß das ZZF mit seinen in zwölf Jahren gewachsenen Forschungsfeldern und Serviceeinrichtungen einem Jüngling mit sehr zarten Schultern gleicht. Fast fünfzig mehrheitlich projektfinanzierte und nur zu einem kleinen Teil aus dem Grundetat finanzierte Wissenschaftler arbeiten an unserem Institut, zahlreiche weitere sind ihm als Gäste, Doktoranden und Stipendiaten verbunden, und dazu kommt eine wachsende Zahl von Kollegen, die ohne förmliches Beschäftigungsverhältnis am Haus neue Arbeitsvorhaben konzipieren oder alte abschließen.

Der diesen Betrieb organisierende Arbeitsstab ist dagegen eher leicht überschaubar; er besteht nämlich aus insgesamt drei Kräften für Sekretariat, Verwaltung und Bibliothek. Ich habe noch keine Forschungseinrichtung kennengelernt, die ein solch eklatantes Mißverhältnis zwischen wissenschaftlichen und nichtwissenschaftlichen Mitarbeitern aufweist. Als Normalfall gilt in unserem Fach je nach Aufgabenumfang eine Relation von 1:1 oder 1:2; bei uns lautet sie je nach zugrunde gelegtem Maßstab 1:16 oder gar 1:20. Was das für die internen Arbeitsabläufe in unserem Institut bedeutet, in dem beispielsweise Telefondienst und Postversand, Protokollführung und Zeitungsauswertung in derselben Hand liegt, die daneben noch das Sekretariat für zwei Direktoren als ihre Hauptaufgabe zu besorgen hat, ist offensichtlich. Aber daß in der Folge immer mehr Wissenschaftler unseres Instituts immer mehr Zusatzaufgaben von der Computerverwaltung bis zur Adressenverwaltung übernehmen müssen, die sie von ihrer ei-

gentlichen Arbeit abhalten, das darf ich nicht verschweigen, denn es beeinträchtigt unsere Leistungskraft und es kann auf Dauer nicht gutgehen.

Nicht weniger aber bewegt mich ein anderes: Dieses Institut hat in der Zeit nach der deutschen Vereinigung viel für die Integration der geteilten deutschen Geschichtswissenschaft getan, und ich bin stolz darauf, daß es uns im ganzen besser als anderswo geglückt ist, wissenschaftliche Lebensläufe aus Ost und West zusammenzuführen, im kritischen Gespräch, im gemeinsamen Forschen, in der wechselseitigen Akzeptanz. Der permanente Zwang zur ost-westlichen Selbstreflexion war selten gemächlich, aber er hat uns theoretische Impulse gegeben und die praktische Bewältigung von politischer Teilung und biographischer Brechung gefördert. Nur laufen bekanntlich drittmittelgeförderte Arbeitsvorhaben nach drei, fünf oder maximal sechs Jahren aus, und das ZZF versagt zwangsläufig als Sprosse auf der akademischen Karriereleiter, denn unsere Wissenskultur schätzt die Arbeitsergebnisse, die Serviceangebote und die Transferleistungen der außeruniversitären Forschungseinrichtungen. Aber sie stellt gegenwärtig noch nicht die Berufswege bereit, um diese Leistungen institutionell abzusichern und in einer sich wandelnden Wissenschaftslandschaft – wie etwa in Frankreich – neben dem akademischen Karriereziel des Universitätsprofessors auch das des Forschungsprojektleiters zuzulassen.

Dabei ist deutlich abzusehen, daß die Humboldtsche Einheit der Forschung und Lehre im Zeitalter unserer fachlichen Auffächerung nicht mehr allein an den Hochschulen selbst, sondern nur mehr in wechselseitiger Öffnung und Verzahnung von universitären und außeruniversitären Wissenschaftsstrukturen zurückzugewinnen ist. Von Potsdam und seinen Neuen Märkten könnte hier ein bundesweiter Impuls ausgehen. Die Universität Potsdam mit ihrem Kranz angelaagerter Wissenschaftszentren bietet denkbar günstige, ja fast einzigartige Voraussetzungen, um ein richtungweisendes Integrationsmodell von Forschung und Lehre auf einem breiter gewordenen Campus zu entwickeln.

#### *Der Genius loci*

Die Verbindungen zwischen Zeitgeschichte und Neuem Markt sind vielfältig, und sie werden noch breiter, wenn wir daran denken, daß der Neue Markt des ZZF kein ortloser Raum ist. Er liegt in Potsdam, und es kann für einen Historiker nicht gleichgültig sein, wo er wirkt. Früheren Historikergenerationen war das Bild eines *genius loci*, der auf ihre Arbeit ausstrahlt, allerdings erheblich vertrauter als uns, die wir Wirkungsstätte und Wohnadresse so weit zu trennen gewohnt sind, daß in Berufungsverhandlungen die Frage der angemessenen Residenz am Dienort zu einem wichtigen Gegenstand geworden ist.

Nun ist Potsdam ein Ort ohne besonderen historiographischen Glanz. Sein erster berühmter Geschichtsprofessor ist der unglückselige Hofhistoriograph und Sozietätspräsident Jacob Paul von Gundling, an dessen Wirken in Potsdam keine Gedenktafel erinnert und der seinen Platz im öffentlichen Gedächtnis zu Unrecht nur als verlachter Hofnarr bewahrt hat. Als Zierde unseres Faches wird man auch nicht die Wiege deutscher Zeitgeschichte ansehen, die nach 1918 mit dem zum

Heeresarchiv umgewandelten preußischen Generalstab auf dem Brauhausberg stand und aus der mit dem vielbändigen Werk „Schlachten des Weltkriegs“ ein Musterbeispiel zeithistorischer Kampfgelehrsamkeit unter militärischer Führung hervorging.

Und doch ist Potsdam ein guter Ort für Historiker. Jede Ecke dieser Stadt atmet Geschichte, aber es ist nicht die Geschichte einer kontinuierlichen Gewordenheit oder einer konservierten Ursprünglichkeit, sondern die Geschichte einer vielfältigen Gebrochenheit. Potsdam ist heute nicht mehr wie für Heinrich Heine ein historisches Denkmal, das „das Seichte und das Tüchtige seiner Zeit [...] recht deutsch-tapfer in sich ausgebildet hatte“ (Reisebilder, 3. Teil, 2. Kap.), sondern eine Stadt, in der Leben neben Leere steht und der Plattenbau neben dem Barockhaus. In Potsdams Stadtbild spiegelt sich das Ende der historischen Meistererzählung und ihrer großen Narrative, gleichviel ob sie den Glauben an die dauerhaften Werte des Preußentums oder den nationalsozialistischen Traum einer Versöhnung von Vergangenheit und Zukunft in Stein hauen oder dem sozialistischen Fortschrittskult in architektonischen Höhendominanten huldigten.

In dieser stadträumlichen Zerrissenheit liegt eine intellektuelle Chance. Es ist die Chance der Behutsamkeit und der Offenheit für viele Geschichten; es ist das Mißtrauen gegenüber der glatten Eindeutigkeit und den einfachen Wahrheiten; es ist die Liebe zu einer Geschichte als diskursivem Prozeß, in der die Öffentlichkeit die Zeitgeschichte ebenso braucht wie die Zeitgeschichte die Öffentlichkeit. Am Neuen Markt wurde Geschichte gemacht, an ihm wurde Geschichte inszeniert und an ihm wurde Geschichte vernichtet. Heute wird an ihm Geschichte geschrieben, und damit erst gewinnt der Neue Markt vielleicht seine eigentliche Bestimmung – nämlich ein Markt der sprühenden Ideen und ein Forum des fruchtbaren Austauschs zu sein, von dem wir alle Gewinn haben mögen.

*Kontakt: sabrow@zedat.fu-berlin.de*

\* \*  
\*

#### **LOB FÜR ZEITHISTORISCHE FORSCHUNG IN BRANDENBURG**

*Die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) hat entschieden, die Forschungsarbeit am Potsdamer Zentrum für Zeithistorische Forschung (ZZF) auch in den Jahren 2006 und 2007 zu fördern. Das teilt Forschungsministerin Prof. Dr. Johanna Wanka in Potsdam mit. „Ich freue mich sehr über diese positive Entscheidung, denn die DFG würdigt damit die wissenschaftliche Arbeit am ZZF. Dem ZZF wurden für die Jahre 2006 und 2007 projektbezogene Mittel in Höhe von insgesamt 3,3 Mio. Euro bewilligt“, so die Ministerin. [...]*

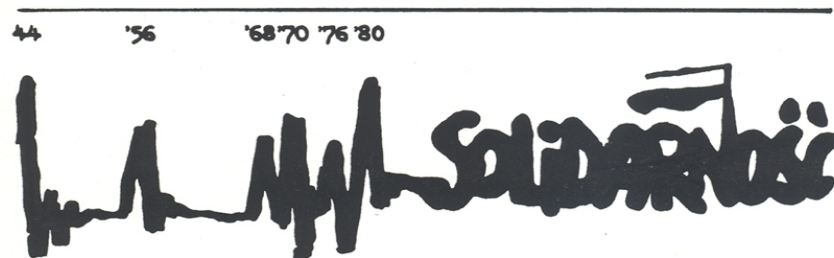
*(MWFK-Pressemitteilung Nr. 85/2005, 29. Oktober 2005)*



## DIE SOLIDARNOŚĆ AUS DEUTSCHER PERSPEKTIVE

Andrea Genest

Angesichts der geringen offiziellen Resonanz in Deutschland auf die Ereignisse in Polen in den Jahren 1980 und 1981 scheint es sich bei der Darstellung der Solidarność aus deutscher Perspektive um ein überschaubares Unterfangen zu handeln.<sup>1</sup> Doch ein zweiter Blick lohnt sich, denn die Reaktionen in Deutschland waren sehr vielfältig. Dies ist nur zum Teil auf die Tatsache zurückzuführen, daß Deutschland zu dieser Zeit aus zwei Staaten bestand – die Bundesrepublik Deutschland und die DDR müssen also gleichermaßen betrachtet werden. Doch auch außerhalb der offiziellen Politik dieser beiden Staaten gab es Reaktionen gesellschaftlicher Gruppen und einzelner Personen auf die Solidarność in Polen. In der Bundesrepublik sind dies vor allem die entstehenden Solidaritäts-Komitees, in der DDR sind die Reaktionen in erster Linie unter den dortigen Oppositionellen zu finden. Dieser Text soll einen Einblick in diese vier Bereiche geben. Die Regierungen beider deutschen Staaten waren – bei aller Unterschiedlichkeit ihrer Reaktion – gleichermaßen an einer Beruhigung der innenpolitischen Situation in Polen und damit auch in Deutschland interessiert. Dies hat ihr Handeln maßgeblich bestimmt. Für die Bundesrepublik Deutschland vertrat die Gründung der Solidarność als unabhängige Gewerkschaft nicht mit der „Neuen Ostpolitik“, die seit der sozialliberalen Koalition unter Willy Brandt und Walter Scheel die bundesdeutsche Außenpolitik prägte. Ihre als Entspannungspolitik erdachte Strategie in den Beziehungen zu den kommunistischen Ländern fußte auf der Idee, in einen dauerhaften Kontakt mit den kommunistischen Machthabern zu treten, um auf diese Weise ihr Gegenüber zu einem langsamen Aufweichen ihres Kurses zu bewegen.



(ZZF-Archiv)

<sup>1</sup> Leicht überarbeitete Fassung eines Vortrages auf der Konferenz „25 Jahre Solidarność“, ausgerichtet vom Europäischen Zentrum auf Schloss Książ in Wałbrzych (Polen) vom 13.-15.10.2005.

Diese Perspektive stellte Ende der siebziger, Anfang der achtziger Jahre durchaus einen Fortschritt gegenüber dem Kalten-Kriegs-Gebaren ihrer Vorgänger dar. Trotzdem blendete auch diese Strategie einen immer wichtiger werdenden Faktor in Ost- und Ostmitteleuropa aus: den der politischen Opposition.

Die sozialliberale Regierung wollte ihre neu geknüpften und gut angelaufenen Beziehungen zur polnischen Regierung nicht gefährden, indem sie zugleich Kontakte zur Opposition unterhielt. Dabei verpasste sie es allerdings, die offensichtlichen Veränderungen in den siebziger Jahren insbesondere in Polen genauer zu verfolgen. So wurde sie von den Entwicklungen zu Beginn der achtziger Jahre überrascht. Die Bundesregierung schien keine Alternativen zu haben als an ihren Konzepten festzuhalten, die nun bereits älter als zehn Jahre waren.

Zum einen sah die bundesdeutsche Regierung den Schlüssel zu Osteuropa weiterhin in erster Linie in den Kontakten nach Moskau, zum anderen hatte das Konzept der „Neuen Ostpolitik“ keine Antwort auf den Wandel von unten, der sich nun in nie geahnter Kraft zeigte. Vor allem ging es der Bundesregierung jedoch darum, die Kontakte zur DDR nicht zu gefährden. Diese Gefahr hätte ihrer Ansicht nach eine Einmischung in den polnischen Konflikt mit sich gebracht. Statt dessen wünschte sich sie die Entwicklung eines Reformkurses in Polen, jedoch ohne eine Einmischung von außen, weder aus dem Westen noch aus Moskau. Aus diesem Grund wurde der Deutsche Gewerkschaftsbund davon abgehalten, Lech Wałęsa nach Deutschland einzuladen.

Die sozialliberalen Architekten der Entspannungspolitik glaubten nicht an die Möglichkeit einer Veränderung von unten. Vielleicht ist dies auf die Widerstandserfahrungen in ihrer eigenen Geschichte zurückzuführen. Später räumte Egon Bahr, Vordenker der „Neuen Ostpolitik“, diesen Irrtum ein:

„Wir trauten Solidarnosc nicht das Augenmaß zu, die Sehne nicht zu überspannen. Das war ebenso falsch wie die Annahme, daß ein kommunistisch regiertes Land im Block nicht von unten, sondern nur von oben veränderbar sei. ... Wir haben Solidarnosc unterschätzt und nicht ernst genug genommen. ... Das tut mir leid.“<sup>2</sup>



(ZZF-Archiv)

---

<sup>2</sup> Egon Bahr, *Zu meiner Zeit*, München 1996, S. 343 f.

Die Verhängung des Kriegsrechts in Polen im Dezember 1981 durch General Jaruzelski rief jedoch eine spontane moralische Empörung in der bundesdeutschen Bevölkerung hervor; Sympathiekundgebungen fanden statt. Im Verlauf einer großangelegten Hilfsaktion wurden allein im ersten Jahr zwei Millionen Pakete nach Polen gesandt. Die Regierung reagierte darauf, indem sie die Weihnachtspakete nach Polen 1981 wie auch 1982 vom Porto befreite. So viele Bürger sich in dieser Zeit an den Hilfsaktionen beteiligten, sie blieben doch weitgehend unpolitisch. Die wahre Bedeutung der Solidarność wurde den Menschen in der Bundesrepublik kaum bewußt.

Die wichtigste Unterstützung erfuhr die Solidarność aus der Bundesrepublik seit Dezember 1980 durch die Bewegung „Solidarität mit Solidarność“, die auf eine Initiative von Gewerkschaftern zurückging. Mit dieser Bewegung sollte „praktische Solidarität“ geübt werden. Sie wollte die politischen Ideen der polnischen Opposition in die bundesdeutsche Öffentlichkeit tragen und damit Geld sammeln, um die Solidarność in Polen in ihrer Arbeit zu unterstützen. Gleichzeitig sollte das Wissen über die Entwicklung in Polen eine Debatte über politische Alternativen in der Bundesrepublik fördern. Ihr Engagement, so widersprachen die Gründer der Bewegung ihrer Regierung, stellte keine Einmischung von außen dar, sondern werde von den polnischen Gewerkschaftern erwartet.

Einer der Gründer war beispielsweise Heinz Brandt, der 1909 in Posen geboren worden war und – weil er Jude war – die Konzentrationslager Sachsenhausen, Auschwitz und Buchenwald erlitt. Nach dem Krieg engagierte er sich zunächst für den Aufbau der DDR. Als er aber von den stalinistischen Verbrechen erfuhr, denen auch eigene Familienangehörige zum Opfer gefallen waren, floh er in die Bundesrepublik. Von dort wurde er noch einmal von der DDR entführt, kam aber nach massiven Protesten von Amnesty International wieder frei. Heinz Brandt gehörte zu den Menschen, die weiterhin eine sozialistische Demokratie erstrebten. Als Journalist setzte er sich zugleich für die Freilassung von politischen Gefangenen in Osteuropa ein. Gerade in der Bewegung „Solidarität mit Solidarność“ sammelten sich Menschen, die politisch links standen, die jedoch ihre Augen nicht vor den Realitäten des Kommunismus sowjetischen Zuschnitts in Ost- und Ostmitteleuropa verschlossen. Trotz aller Verhärtungen des Kalten Krieges bestanden sie auf einer Differenzierung zwischen Idee und Verwirklichung des Kommunismus.

Die Solidaritäts-Komitees entstanden in verschiedenen Städten und versuchten mit öffentlichen Veranstaltungen, Pressesammlungen und Informationsbroschüren Aufmerksamkeit für die polnische Solidarność in der Bundesrepublik zu wecken. Die zusammengestellten Informationen wie auch Fernseh- und Radiobeiträge trafen wiederum auf einen begierigen Hörer-, Zuschauer- und Leserkreis in der DDR.

Dagegen zeigte sich die Regierung der DDR erneut als Musterschüler der Sowjetunion. Sie schloß die Grenze nach Polen und verwehrte ihren Bürgern über Jahre hinweg die Einreise in ihr Nachbarland. Zu sehr fürchtete die Staatsmacht der DDR den Virus der Solidarność im eigenen Land. DDR-Bürger, die mit den

Materialien der Solidarność aus Polen zurückkamen und dabei ertappt wurden, wurden dafür mit Gefängnis bestraft.

Die parteigesteuerte Presse der DDR berichtete kaum über die Aktivitäten der Solidarność. Sie reduzierte ihre Berichterstattung auf die Streiks, die sie für die schlechte wirtschaftliche Situation Polens verantwortlich machte. Die Streiks wurden zu „Umtrieben antisozialistischer Kräfte“ und mit den Attributen „volksfeindlich“, „konterrevolutionär“ und „schädlich“ belegt. Gleichzeitig sparte die DDR-Propaganda nicht mit antipolnischen Stereotypen, die vorhandene antipolnische Ressentiments in der Bevölkerung stärken sollten.

Den offiziellen Reden der polnischen Politiker wurde zu dieser Zeit viel Platz im „Neuen Deutschland“, dem Zentralorgan der SED, eingeräumt. Die Berichte über die Streiks finden sich dagegen regelmäßig in unmittelbarer Nähe zu Artikeln, die die politische Situation in Chile oder die militärische Gefahr aus dem Westen anprangern. Damit wurde für den Zeitungsleser der Eindruck einer bedrohlichen Krise in unmittelbarer Nähe verstärkt.

Gleichzeitig demonstrierte die DDR in den gleichen Zeitungsausgaben ihre enge Verbundenheit mit der eigenen staatlich gebundenen Gewerkschaft, dem Freien Deutschen Gewerkschaftsbund (FDGB), und rühmte diesen für seine tragende Rolle in der blühenden DDR-Wirtschaft.

Die Verhängung des Kriegszustandes wurde ausdrücklich von der DDR-Regierung begrüßt. Sie erwartete ein hartes Durchgreifen gegen die polnische Opposition und stellte dafür sogar finanzielle Hilfe in Aussicht. Gleichzeitig profitierte die DDR von der starken Verunsicherung auf bundesdeutscher Seite, die um jeden Preis den Kontakt zur DDR zugunsten ihrer Entspannungspolitik aufrecht erhalten wollte. Die Kontakte zur polnischen Regierung wurden Ende 1981 erneuert und vertieft, wobei sich die DDR als kritischer Partner erwies, der wenig Vertrauen zu seinem polnischen Nachbarn hatte. Sie beobachtete die polnische Bruderpartei und war an einem harten Vorgehen gegen die Opposition interessiert.

Die DDR-Bürger, die einen regelmäßigen Kontakt zu den oppositionellen Gruppen in Polen unterhielten, waren in ihrer Zahl überschaubar. Es waren Menschen, die sich ihrer Verantwortung, die ihnen das Erbe des Vernichtungsfeldzuges im Zweiten Weltkrieg und die Ermordung von Millionen von Menschen in Polen auftrug, sehr bewußt waren. Viele kamen über das Engagement der Aktion Sühnezeichen nach Polen und nahmen über die Beschäftigung mit der eigenen Geschichte Kontakt mit Polen auf. Die Opposition in Polen, die sich 1980 schließlich in der Solidarność zusammenfand, bedeutete für viele in der DDR eine große Hoffnung auch für ihre eigene Situation. Plötzlich schien eine Veränderung von unten möglich zu sein. Opposition war nicht mehr nur die Sache Einzelner, sondern hatte in Polen einen gesellschaftlichen Akteur hervorgebracht, an dem die Regierung nicht so einfach vorbeischauchen konnte. Dies hatte wesentliche Auswirkungen auf die Bildung neuer oppositioneller Gruppen in der DDR, die sich ähnlichen Grundsätzen verpflichtet und ihre Ideale eng mit der Wahrung der Menschenrechten verbunden sahen. Polen wurde zum Vorbild für

diejenigen, die sich eine kritische Debatte über den Kommunismus wünschten. Doch die Verhängung des Kriegszustandes machte die regelmäßigen Treffen mit den polnischen Partnern erst einmal unmöglich. Meist erreichten sie die Informationen aus Polen nur noch über den Umweg der Bundesrepublik.

Neben dem direkten Beispiel der Solidarność, das ganz neue Handlungsmöglichkeiten für die Opposition in der DDR eröffnete, kam es zu einer Vielzahl individueller Reaktionen des Protests. Vor dem Hintergrund des Szenariums, das Erich Honecker immer wieder in den Raum stellte, die DDR könne sich an einer möglichen militärischen Invasion in Polen beteiligen, entschieden sich einige Männer, den Dienst mit der Waffe zu verweigern. Sie nahmen dafür harte persönliche Repressionen in Kauf. Meist schloß sie eine solche Haltung vom Studium aus und führte zu dauerhaften Beobachtungs- und Verunsicherungsmaßnahmen durch das Ministerium für Staatssicherheit (MfS).

So entschied sich der Sozialpädagoge Thomas Kretschmer Ende 1980, den beschwerlichen Weg eines Bausoldaten zu gehen. Er propagierte auch während dieser Zeit einen unbedingten Pazifismus und warb für „Solidarität mit Solidarność“. Zu Weihnachten 1980 wurde er dabei erwischt, wie er selbstgebastelte Tücher mit den Worten „1981 – lernt Polnisch“ an Freunde verschickte. Noch während seiner Dienstzeit wurde er zu viereinhalb Jahren Haft verurteilt. Thomas Kretschmer war kein organisierter Oppositioneller, er nahm jedoch für sich in Anspruch, das zu sagen, was er dachte. Oder wie Vaclav Havel es ausdrücken würde: Er war einer der wenigen Menschen in der DDR, die ohne Kompromisse „in der Wahrheit“ lebten.

Großangelegte Solidaritätsaktionen mit der polnischen Opposition konnte es in der DDR nicht geben. Es waren also in erster Linie persönliche, eher symbolhafte Handlungen, die auf die Ereignisse in Polen hinweisen sollten. Der Oppositionelle Roland Jahn fuhr beispielsweise monatelang mit einer kleinen polnischen Fahne an seinem Fahrrad durch Jena, auf der die polnischen Worte „Solidarność z Polskim Narodem“ [Solidarität mit dem polnischen Volk] zu lesen waren. Er saß wegen „Mißachtung staatlicher Symbole“ zunächst ein halbes Jahr in Untersuchungshaft, bis er schließlich zu 22 Monaten Gefängnis verurteilt wurde. Roland Jahn wollte in der DDR bleiben, wurde jedoch unter Zwang 1983 in die Bundesrepublik abgeschoben. Dort nutzte er die Möglichkeiten einer freien Presse und stellte Informationen über Polen zusammen, die er in die DDR schmuggelte oder berichtete als Redakteur des Fernsehmagazins „Kontraste“ über Themen, die für die DDR-Bevölkerung interessant und wichtig waren. Er wurde zu einem der wichtigsten Unterstützer der Opposition in der DDR vom Westen aus.<sup>3</sup>

Werner Theuer, der seit den sechziger Jahren seine Zeit in oppositionellen Diskussionszirkeln verbrachte, illustrierte die Situation in der DDR in Theaterstü-

---

3 Für die Informationen zu Thomas Kretschmer und Roland Jahn danke ich der Robert-Havemann-Gesellschaft. Sie sind zum Teil dem im Jahr 2005 erscheinenden Band entnommen: Ilko-Sascha Kowalczyk/Tom Sello (Hg.), Für ein freies Land mit freien Menschen. Widerstand und Opposition in Biographien und Fotos, Berlin 2005.

cken. Aus dem Jahr der Solidarność-Gründung stammte das Stück „Sockenschuß“. Darin wird ein Mann mit dem unverdächtigen Namen "Opposinsky" von der Staatssicherheit verhört, weil er mit einer roten und einer weißen Socke an den Füßen eine Fahrkarte nach Warschau kaufen wollte. Dieses Stück wurde in Privatwohnungen aufgeführt und ist heute noch vielen Menschen in Erinnerung, wenn sie nach den Verbindungen der DDR-Opposition zur Solidarność befragt werden.

Dies sind einige Beispiele deutscher Reaktionen, die eben keiner einheitlichen Perspektive folgten. Nicht nur, weil es sich um zwei Staaten handelte. Beide Regierungen fühlten sich durch das für sie unerwartete Auftreten der Solidarność bedroht: die DDR in ihrer inneren Sicherheit, die Bundesregierung hinsichtlich ihrer ostpolitischen Konzeptionen. Mit der Verhängung des Kriegsrechts mochten sich beide bestätigt fühlen: Die DDR hatte von Anfang an für ein hartes Durchgreifen gegen die Opposition plädiert und die polnische Regierung in ihren internen Besprechungen für ihre politische Schwäche kritisiert. Die Regierung der Bundesrepublik wiederum konnte sich in ihrer Überzeugung bestärkt fühlen, daß Veränderungen von unten nicht möglich seien, sondern einzig Reformen von oben. – Diese Einschätzung konnte erst mit den Erfahrungen des Runden Tisches und des friedlichen Wechsels von 1989 in Polen und in der DDR revidiert werden.

Kontakt: [genest@zzf-pdm.de](mailto:genest@zzf-pdm.de)



Aufruf zum Solidarność-Kongreß in Gdansk,  
September 1981 (Foto: HHH)

**DIE OHNMACHT DER ALLMACHT.  
Der ZOV „Operation II“ oder wie die DDR-Staatssicherheit  
erfolglos Spione jagte**

**Hans-Hermann Hertle**

In Wissenschaft und Öffentlichkeit ist die Vorstellung des DDR-Staatssicherheitsdienstes als eines allmächtigen, schlagkräftigen und erfolgreichen Kontroll- und Unterdrückungsapparates weitverbreitet. Der im folgenden geschilderte Spionageabwehr-Fall aus den 80er Jahren, von der Stasi geführt als Zentraler Operativ-Vorgang „Operation II“, zeigt ein anderes Bild.<sup>1</sup> Trotz des Einsatzes nahezu seines gesamten konspirativen Instrumentariums erreichte das Ministerium für Staatssicherheit keines seiner Ziele.

Im vorliegenden Fall gerieten zudem nicht politische Oppositionelle, sondern leitende Kader des Wirtschaftsbereiches – also Stützen des Systems –, zu einem beträchtlichen Teil selbst ehemalige oder noch aktive inoffizielle Mitarbeiter des MfS, unter dem Verdacht der Spionage in die Mühlen der allumfassenden Überwachungstätigkeit des MfS. Es waren hochgebildete naturwissenschaftliche Wirtschaftskader, die sich aus Überzeugung oder um kleiner Vorteile und Annehmlichkeiten willen als inoffizielle Mitarbeiter des MfS verdingten, ihre Arbeitskollegen – und sich selbst wechselseitig – im Betrieb, auf Auslandsreisen und bis in die Privatsphäre hinein bespitzelten, um dem Staatssicherheitsdienst auf zum Teil primitivste Weise darüber zu berichten. Ihr Eifer machte auch nicht vor der – MfS-intern eingestandenermaßen unsinnigen – Anwendung von Kontaktmarkierungsmitteln halt, mit denen sie über Jahre hinweg ganze DDR-Delegationen von Elektronikspezialisten – und an erster Stelle sich selbst – mit chemischen, zumindest im Falle von Hydrazinsulfat giftigen Substanzen verseuchten.

Der gewaltige Kräfteinsatz wurde auf allen Ebenen von Pannen und Unzulänglichkeiten begleitet. Spannungen und Reibereien zwischen den „Linien“ führten dazu, daß sich die Stasi-Bürokratie nicht nur mit dem vermuteten „Feind“, sondern in zunehmendem Maße mit sich selbst beschäftigte. Der Verlauf des ZOV „Operation II“ wirft die Frage auf, ob hier – wie in anderen operativen Vorgängen möglicherweise auch – der Anfangsverdacht, der zur Einleitung „operativer Maßnahmen“ führte, überhaupt sachlich begründet war, oder ob nicht politische Planvorgaben und stasi-interne Planerfüllungszwänge dafür den Ausschlag gaben. Träfe dies zu, rückte eine Stasi in den Blick, die jenseits des Bereiches der harten Repression gegen Abweichler, Oppositionelle und Widerständler stärker

---

<sup>1</sup> Der Beitrag ist Teilergebnis eines gemeinsam mit Franz-Otto Gilles bearbeiteten, von Peter Steinbach und Erhard Stöltzing geleiteten und von der DFG geförderten Kooperationsprojektes der FU Berlin und der Universität Potsdam („Sicherung der Volkswirtschaft“. Untersuchung zur Kontrolle und Steuerung der DDR-Wirtschaft durch das Ministerium für Staatssicherheit“).

als bisher als ein zwar personal- und etatmäßig expandierender, in weiten Bereichen jedoch ineffektiver und wie alle anderen Staatsbetriebe seine Pläne manipulierender bürokratischer Moloch und Papiertiger zu analysieren wäre.

### *1. Gegenstand und Zielrichtung des ZOV „Operation II“*

Mit dem Zentralen Operativ-Vorgang (ZOV) „Operation II“ sollten Spionageaktivitäten einer seitens des MfS noch nicht identifizierten britischen Geheimdienststelle vor allem gegen die Mikroelektronik der DDR „bearbeitet“, das heißt aufgeklärt und bekämpft werden. Der Vorgang wurde am 7. Februar 1980 eröffnet und blieb bis Ende 1989 ein Arbeitsschwerpunkt der für Elektrotechnik/Elektronik zuständigen Abteilung 8 der Stasi-Hauptabteilung XVIII, die für die „Sicherung der Volkswirtschaft“ zuständig war.<sup>2</sup> Zentrale Operative Vorgänge rangierten auf der internen Wertigkeitsskala der Aktivitäten der Staatssicherheit ganz oben. Voraussetzung für die Eröffnung eines ZOV war, daß sich die – vermutete – Tätigkeit feindlicher Kräfte nicht nur auf die Verantwortungsbereiche mehrerer operativer Diensteinheiten erstreckte, sondern ihr zugleich eine „hohe Gesellschaftsgefährlichkeit“ beizumessen war. Zwar wurden die Teilvorgänge eines solchen ZOV eigenverantwortlich von den beteiligten operativen Diensteinheiten betrieben, doch erfolgte dies auf der „Grundlage einer Bearbeitungskonzeption unter Federführung der ZOV-führenden Diensteinheit“.<sup>3</sup> „Mitarbeiter eines britischen Geheimdienstes“, hieß es 1980 im Eröffnungsbericht des ZOV, „werben nachweislich Bürger der DDR an und beauftragen diese mit der Beschaffung geheimzuhaltender Informationen aus Industrie und Forschung der DDR.“ Es bestehe somit der „begründete Verdacht“ von Straftaten gemäß § 97 (Spionage) StGB der DDR. Die britische Spionage, so nahm das

---

2 Vgl. den Eröffnungs-Beschluß des ZOV „Operation II“ vom 7.2.1980 (BStU, ZA, AOV 16170/91, V/1, Bl. 353). - Der ZOV ging aus dem operativen Gesamtkomplex „Operation“ der HA XVIII hervor; darin galt ein Teilkomplex („Operation I“) Aktivitäten des Bundesnachrichtendienstes (BND), ein weiterer („Operation III“) Aktivitäten von US-Geheimdiensten. Aus diesen beiden Teilkomplexen wurden nach derzeitigem Kenntnisstand jedoch keine ZOVs, es blieben „Bearbeitungskomplexe“; Akten oder genauere Hinweise zu „Operation I“ bzw. „Operation III“ lagen zum Zeitpunkt der Akteneinsicht bei der BStU nicht vor. – Zum ZOV „Operation II“ wurden insgesamt 6 Akteneinheiten zur Einsichtnahme vorgelegt. Der in Band 2 enthaltene Aktenordnung des ZOV zufolge hat es weitere Akten insbesondere zur Absicherung von NSW-Veranstaltungen und zu den Maßnahmen des Operativ-Technischen Sektors (OTS) gegeben. Sie galten 2004 im BStU-Archiv als nicht auffindbar; eventuell wurden sie vernichtet. Als sehr wichtige und aufschlußreiche Quellen stehen dagegen die IM-Akten der beiden MfS-Doppelagenten (IMB „Bach“ und IMB „Günter Richter“) zur Verfügung; darin ist die umfangreiche Trefftätigkeit mit den englischsprachigen Geheimdienstmitarbeitern in allen Einzelheiten dokumentiert (IMB „Günter Richter“, Klarname: Dr. Rolf H., MfS, ZA, Teilablage A 379/89; IMB „Bach“, Klarname: Dr. Alfred K., MfS-AIM 8961/88). Vereinzelt Hinweise auf den ZOV „Operation II“ und seine Teil-OV bzw. seine OPK finden sich darüber hinaus - naturgemäß breit gestreut - in den Akten aller an der Durchführung beteiligten Diensteinheiten der Linie XVIII des MfS.

3 Vgl. den Eintrag „Zentraler Operativer Vorgang“, in: Siegfried Suckut (Hg.), Das Wörterbuch der Staatssicherheit. Definitionen zur „politisch-operativen Arbeit“, Berlin 1996, S. 421.



MfS an, gelte speziell dem Forschungs-, Entwicklungs- und Produktionsstand der DDR und der UdSSR „auf solchen Gebieten, die für die qualitative und quantitative Erweiterung des militärischen Potentials der Warschauer Vertragsstaaten von Bedeutung sind (Mikroelektronik, Datentechnik, Nachrichtentechnik, wissenschaftlicher Gerätebau). Gleichzeitig dienen die von dieser Dienststelle gesammelten Informationen der Durchsetzung der Embargomaßnahmen der NATO-Staaten gegenüber der DDR, z.B. bezogen auf technische Spezialausrüstungen für die Mikroelektronik.“<sup>4</sup>

Der 1980 geäußerte „begründete Verdacht“ beruhte auf Rückflußinformationen von drei inoffiziellen Mitarbeitern des MfS mit „Feindberührung“ (IMF bzw. IMB). Dies waren

- Peter M., Mitarbeiter eines Außenhandelsbetriebes, alias IMB „Robert“ (von 1964 bis 1975 inoffizieller Mitarbeiter der HA XVIII/Operationsgruppe Operationsgebiet),
- Dr. Alfred K. alias IMB „Bach“ (seit 1965 inoffizieller Mitarbeiter der HA XVIII/5) und
- Dr. Rolf H., leitender Mitarbeiter des VEB Kombinat Mikroelektronik Erfurt (KME), alias IMB „Günter Richter“ (seit 1960 inoffizieller Mitarbeiter, seit 1967 gemeinsam von der BV Dresden und der HA XVIII/8 gesteuert, seit 1984 als IMB an die HA XVIII/8 übergeben).

Alle drei hatten sich Mitte der sechziger Jahre – mit Zustimmung des MfS – von Mitarbeitern eines, wie das MfS vermutete, britischen Geheimdienstes als Quellen anwerben lassen; Zusammenkünfte erfolgten während regulärer Dienstreisen im Westen. Die IMB waren aus der Sicht des MfS als Doppelagenten für das MfS tätig; ob die IMB oder einer von ihnen es schafften, das MfS zu täuschen und in Wirklichkeit für den englischsprachigen Geheimdienst arbeiteten, muß offen bleiben. Nicht zu klären ist ebenfalls, ob diese ausländische Dienststelle wußte oder ahnte, daß „ihre“ Quellen für die Stasi arbeiteten. Mit IM „Robert“ brachen die fremden Agenten die Zusammenarbeit 1975 nach 23 Treffen ab, als ihnen – nach der Flucht eines Vorgesetzten dieses IM in den Westen, der über die Stasi-Verbindung seines Untergebenen im Bilde war – dessen MfS-Zugehörigkeit bekannt geworden sein mußte. Nicht auszuschließen ist, daß die Dekonspiration für den Abbruch der Beziehungen ausschlaggebender war als die Doppelagenten-Tätigkeit selbst.

Bei den Treffs mit den englischsprachigen Geheimdienstmitarbeitern erhielten die MfS-IMB zumeist schriftliche Fragenkataloge überwiegend zum Stand der zivilen und militärischen elektronischen Produktion der Warschauer-Pakt-Staaten (Informations- und Aufklärungswünsche); gleichzeitig erfüllten sie ihre MfS-Aufträge, die darauf gerichtet waren, ihrerseits den feindlichen Spionagedienst auszuforschen. Über die Durchführung der Treffs und den Inhalt ihrer Gespräche mit den englischsprachigen Geheimdienstlern lieferten die IMB (bes. IMB

---

4 BStU, ZA, AOV 16170/91, V/1, Bl. 87.

„Bach“ und IMB „Richter“) bei ihren MfS-Führungsoffizieren umfangreiche Berichte ab.

Der in den Gesprächen sichtbar werdende Informations- und Wissensstand der ausländischen Geheimdienstler führte in der HA XVIII/8 des MfS im Rückschluß zu der Einschätzung, daß der, wie sie vermuteten, englische Geheimdienst „mit Sicherheit“<sup>5</sup> über weitere Quellen („Agenturen“) im Bereich Elektrotechnik/Elektronik der DDR verfügen müßte.

Zusammengefaßt verfolgte die MfS-HA XVIII mit dem ZOV „Operation II“ eine doppelte Zielstellung: zum einen die Aufklärung und Identifizierung des englischsprachigen Geheimdienstes und seiner Mitarbeiter, zum anderen die Aufdeckung seiner mutmaßlichen Agenturen in der DDR.

## *2. Auswahl und Festlegung der Verdächtigen*

Als mutmaßliche Agentur geriet im ZOV „Operation II“ vor allem ins Blickfeld der Staatssicherheit, wer über Informationen verfügte, wie sie beim englischsprachigen Geheimdienst vorlagen und dazu eine Dienstreisetätigkeit in den Westen aufwies, die sich mit den dem MfS bekannten Anwesenheitszeiten der ausländischen Geheimdienstmitarbeiter überschneidet. Verdacht lenkte ebenfalls auf sich, wer ein „postalisches Verbindungssystem“ nach England unterhielt – mit anderen Worten: Briefe per Post nach England schickte.

Im Zuge einer ausdifferenzierten „Fahndungs- und Vergleichsarbeit“ ermittelte die Staatssicherheit diese Verdachtsmerkmale verdeckt. So führte die konspirative Kontrolle von mehr als tausend Postsendungen, die täglich aus der DDR nach England geschickt wurden, zur Feststellung von 29 Verbindungen, die weiter geprüft werden sollten; einem ständigen Reisekader jedoch war keine dieser Verbindungen zuzurechnen. Die Durchforstung von Informationsspeichern der Linie XVIII wie Struktur-, Personen- und Sachkarteien, Ein- und Ausreiseübersichten, darunter zum Beispiel auch etwa 400 von der dortigen Stasi-Objektdienststelle angelegte Handakten von Reisekadern des Kombines Carl Zeiss Jena, und ihr Abgleich mit den Treffterminen des englischsprachigen Geheimdienstes im Westen lenkte den Blick in der Anfangsphase des ZOV vor allem auf sechs leitende, im Bereich Forschung und Entwicklung der Mikroelektronikindustrie tätige Kader, die aufgrund ihres Informationsstandes und ihrer Reisetätigkeit in den Westen nach Ansicht der Stasi-Mitarbeiter als mögliche Agenturen in Betracht zu ziehen waren:

- einen Leiter eines Forschungs- und Entwicklungsbereiches im Werk für Fernsehelektronik in Berlin (1963 von der MfS-HA II als IM geworben, 1975 archiviert),

---

<sup>5</sup> Hauptabteilung XVIII/8, Eröffnungsbericht zum Zentralen Operativ-Vorgang „Operation II“, Berlin, 7.2.1980 (BStU, ZA, AOV 16170/91, V/1, Bl. 19).

- einen Gruppenleiter im Zentrum für Forschung und Technik der Mikroelektronik (ZFTM) Dresden (1975 als IM geworben),
- einen Abteilungsleiter des Forschungszentrums des VEB Carl Zeiss Jena, in der Laserforschung des wissenschaftlichen Gerätebaus tätig (1976 durch die BV Gera als IM geworben),
- einen Fachgebietsleiter im Amt für Standardisierung, Meßwesen und Warenprüfung (ASMW), Prüfdienststelle Dresden (IM der Abteilung XVIII der BV Dresden),
- den Beauftragten für technologische Spezialausrüstungen in einem Betrieb für die Herstellung des Siliziumgrundmaterials in der Mikroelektronik sowie
- einen Mitarbeiter des Forschungszentrums des VEB Carl Zeiss Jena (1965 als IM von der Abteilung II der BV Gera geworben, die Zusammenarbeit wurde 1967 wegen vermuteter Dekonspiration beendet).

Mal pflegten diese sechs Verdächtigen heimliche Westkontakte, mal hatten sie durch falsche Angaben in ihren Reiseberichten Mißtrauen geweckt. Weder ihre hohe berufliche Stellung noch ihre Zusammenarbeit mit dem MfS – drei der sechs hatten dem MfS früher als inoffizielle Mitarbeiter gedient, zwei weitere taten dies immer noch -, schützten sie davor, nunmehr selbst unter „operative Kontrolle“ genommen und „aktiv bearbeitet“ zu werden. Unter Federführung der HA XVIII/8 waren daran die Abteilungen XVIII der Bezirksverwaltungen Dresden und Gera beteiligt; in der MfS-Zentrale wurden die Hauptabteilungen II (Spionageabwehr), VIII (Ermittlungen und Beobachtungen) und IX (Untersuchungsorgan) einbezogen und Serviceleistungen der Abteilungen M (Postkontrolle), OTS (Operativ-Technischer Sektor) und 26 (telefonische, akustische, optische und elektronische Überwachung und Beobachtung) in Anspruch genommen. „Aktive Bearbeitung“ bedeutete in den vorliegenden sechs Fällen für die Betroffenen

- „- umfassende Kontrolle vor und während der NSW[Nichtsozialistisches Wirtschaftsgebiet]-Reisen (IM-Einsatz, HA VIII, M) zur Feststellung der postalischen und telegrafischen Verbindungsaufnahme, Betreten eines Treffobjektes im NSW, Kontakte zu den bekanntesten GD[Geheimdienst]-Mitarbeitern,
- konspirative Kontrolle von Wohnung, Arbeitsplatz und Reisegepäck zur Feststellung von Adressen, Containern, G[eheimschrift]-Mitteln,
- Feststellung der Vermögensverhältnisse einschließlich NSW-Konten,
- Kontrolle der Kontakte mit NSW-Bürgern in der DDR und im SW.“<sup>6</sup>

### 3. Zwischenbilanz im August 1984

Trotz des umfassenden Einsatzes all dieser Mittel mußte die federführende HA XVIII/8 im August 1984, fast fünf Jahre nach der Eröffnung des ZOV, einräu-

---

<sup>6</sup> Hauptabteilung XVIII/8, Sachstandsbericht zum ZOV „Operation II“ – Reg.-Nr. XV/3136/80, Berlin, 18.6.1981 (BStU, ZA, AOV 16170/91, V/1, Bl. 69).

men, daß es ihr nicht gelungen war, „einen eindeutigen Beweis für eine Feindtätigkeit zu erbringen.“<sup>7</sup> Und trotz des seit 1980 sechsmaligen Einsatzes von MfS-Agenten im Westen war es ebenfalls nicht gelungen, die englischsprachigen Geheimdienstmitarbeiter aufzuklären – nicht einmal ein Foto hatte man von ihnen schießen können. Die für Spionageabwehr zuständige HA II des MfS hatte Mitte 1981 auf Anfrage der HA XVIII mitgeteilt, aktuelle Kenntnisse zum „britischen“ Geheimdienst lägen nicht vor, die letzten Agenturen seien in den 60er Jahren inhaftiert worden; man könne nur vermuten, daß es sich im vorliegenden Fall um den MI 5 handle. Zum militärischen Aufklärungsapparat der Briten, so der Eindruck eines Mitarbeiters der HA XVIII nach einem weiteren Gespräch mit der HA II, lägen dort „offensichtlich keinerlei Erkenntnisse“ vor; nur die Binsenweisheit, daß MI 5 und MI 6 Struktureinheiten des britischen Secret Intelligence Service (SIS) seien, hatte er noch in Erfahrung bringen können.<sup>8</sup>

Als Erfolg des beträchtlichen Aufwandes wurde ausgegeben, daß bei der schon drei Jahre währenden systematischen Durchforstung aller von der DDR nach England gehenden Briefsendungen „eine Anzahl operativ interessanter Absender/Adressen“ angefallen sei.<sup>9</sup> Zudem hätten sich die Verdachtsmomente gegen zwei Personen „verdichtet“. Hintergrund dieser Behauptung war der zweimalige Einsatz chemischer Markierungsmittel im November 1983 und im November 1984. Am 6. November 1983 hatte ein IM während der Productronica in München den Beifahrersitz des von den englischsprachigen Geheimdienstmitarbeitern benutzten Autos sowie die Sitzmöbel ihres Hotelzimmers – und dabei zwangsläufig auch sich selbst – mit einer chemischen Geruchssubstanz markiert. Ein Differenzierungshund identifizierte anschließend zwei von 33 eingereichten Proben als sicher positiv, doch befriedigte der Spür- und Geruchssinn eines Hundes nicht das Bedürfnis der Stasi nach einem verwertbaren objektiven Beweismittel. Der Leiter der HA XVIII bat die MfS-Chemiker deshalb um objektivere Nachweismöglichkeiten, beispielsweise durch den Einsatz von Mitteln auf fluoreszenter oder radioaktiver Basis.<sup>10</sup> Entsprechend war beim zweiten Einsatz während der Münchener „Electronica“-Messe im November 1984 ein anderes „spezielles chemisches Mittel“ verwendet worden; hier ergab die Analyse der Proben der in die DDR zurückkehrenden Reisekader, daß eine der Personen Träger des Markierungsmittels war. Aus beiden Einsätzen zog die HA XVIII/8 den Schluß, daß ein oder zwei Reisende „mit dem Treffzimmer und/oder PKW

---

7 Hauptabteilung XVIII/8, Kurzauskunft zum ZOV „Operation II“, Reg.-Nr. XV/3136/80, Berlin, 31.8.1984 (BStU, AOV 16170/91, V/1, Bl. 131).

8 HA XVIII/8, Notiz, Berlin, 24.6.1981 (BStU, AOV 16170/91, V/1, Bl. 43); HA XVIII/8 Absprache mit Gen. Risse, HA II/9, am 8.10.1981, Berlin, 12.10.1981 (BStU, AOV 16170/91, V/1, Bl. 45).

9 Hauptabteilung XVIII/8, Zwischenbericht zum Bearbeitungsstand des ZOV „Operation II“, Berlin, 8.12.1984 (BStU, AOV 16170/91, V/1, Bl. 147).

10 Schreiben von HA XVIII/Leiter an Leiter OTS, 6.3.1984 (BStU, ZA, OTS 2390, Bl. 23/24).

des Gegners in Kontakt gekommen sein“ müßten<sup>11</sup> Die HA XVIII/8 klammerte sich an diese Feststellung, obwohl sie in einem gemeinsamen Protokoll mit den Stasi-Chemikern der Abt. Operativ Technischer Sektor (OTS), die die Kontaktmarkierungsmittel bereitgestellt hatte, zuvor zu dem Ergebnis gekommen war, daß „eine weitergehende sichere Differenzierung (...) aufgrund der unvermeidbaren gegenseitigen Kontakte der Personen als auch aufgrund der notwendigen Übertragungseigenschaften der eingesetzten Mittel nicht möglich“ sei.<sup>12</sup>

Für die HA XVIII/8 und die nachgeordneten Linien mochte der Haupterfolg bis zu diesem Zeitpunkt darin bestehen, daß sie eine Reihe „operativer Ausgangsmaterialien“ in abrechenbare „operative Vorgänge“ (OV) bzw. „operative Personenkontrollen“ (OPK) umgewandelt hatte, was ihr zunächst auch helfen mochte, ihr Plansoll an diesbezüglichen Aktivitäten zu erfüllen oder gar zu übertreffen. Mit zunehmender Bearbeitungsdauer und ausbleibendem Erfolg geriet sie jedoch massiv unter Kritik, und zwar zum einen der HA IX, die die erarbeiteten Ergebnisse im Hinblick auf ihre Verwendbarkeit in Strafprozessen zu prüfen hatte, und zum anderen der Leitung der HA XVIII: beide wollten statt bloßer Indizien endlich handfeste Beweise sehen.

Im Oktober 1986 legte der Leiter der Abteilung 8 der Leitungsrunde der HA XVIII einen schriftlichen Bericht über den „Stand der Realisierung der Planaufgaben“ vor, in dem er auch Auskunft über den Bearbeitungsstand des ZOV „Operation II“ gab.<sup>13</sup> Alle Verdachtsfälle, die sich mittlerweile als haltlos erwiesen hatten, wurden darin souverän übergangen; Kern des ZOV „Operation II“, so hieß es, seien aktuell sechs operative Vorgänge und eine operative Personenkontrolle. Drei davon waren neu hinzugekommen. Sie richteten sich gegen:

- den Direktor für Ausrüstungen in einer Forschungs- und Entwicklungseinrichtung der Mikroelektronik („OV Manipulator“, bearbeitet von der Abt. XVIII der BV Dresden);
- einen führenden Wissenschaftler auf dem Gebiet der Rechentechnik, zugleich Mitglied der DDR-Volkskammer (OV „Liberalist“, bearbeitet von der Abt. XVIII der BV Dresden) und
- den leitenden Mitarbeiter in einem Elektronik-Betrieb, gleichzeitig aktiver IM des MfS (OV „Fokus“, angesiedelt bei der KD Stadroda im Bereich der BV Gera).

---

11 Hauptabteilung XVIII/8, Zwischenbericht zum Bearbeitungsstand des ZOV „Operation II“, Berlin, 8.12.1984 (BStU, ZA, AOV 16170/91, V/1, Bl. 146).

12 OTS/Abteilung 34/2 und HA XVIII/8, Protokoll zur Realisierung von Maßnahmen gemäß Schreiben des Leiters der HA XVIII an den Leiter des OTS vom 3.8.1982, Berlin, 24.11.1984 (BStU, ZA, AOV 16170/91, V/1, Bl. 149).

13 HA XVIII/8, Vorlage zur Berichterstattung des Leiters der Abteilung 8 zur Leitungssitzung der HA XVIII am 10. Oktober 1986, Thema: Stand der Realisierung der operativen Planaufgaben; Schlußfolgerungen für die weitere Qualifizierung der politisch-operativen Arbeit unter Beachtung der Auswertung der Beschlüsse des XI. Parteitag im Sicherungsbereich Elektrotechnik/Elektronik, Berlin, 27. September 1986 (BStU, ZA, HA XVIII 6417, Bl. 5-21).

Die in den vier weiteren Vorgängen bearbeiteten Personen standen bereits seit Anfang der achtziger Jahre unter Verdacht. Es handelte sich – wie bereits oben angeführt – um

- den Leiter eines Forschungs- und Entwicklungsbereiches im Werk für Fernsehetelektronik in Berlin (jetzt TV „Diode“, bearbeitet von der Abt. 8 der HA XVIII),
- den Gruppenleiter im Zentrum für Forschung und Technik der Mikroelektronik (ZFTM) Dresden (jetzt OV „Mikro“, bearbeitet von der Abt. XVIII der BV Dresden),
- den Abteilungsleiter des Forschungszentrums des VEB Carl Zeiss Jena, in der Laserforschung des wissenschaftlichen Gerätebaus tätig (jetzt OPK „Sprung“; bearbeitet von der Abt. XVIII der BV Gera);
- den Beauftragten für technologische Spezialausrüstungen in einem Betrieb für die Herstellung des Siliziumgrundmaterials in der Mikroelektronik (jetzt OV „Kristall“, bearbeitet von der KD Freiberg im Bereich der BV Karl-Marx-Stadt).

Die Behauptung, im Falle der Operativen Vorgänge „Manipulator“, „Liberalist“ und „Fokus“ sei der Kontakt zum Geheimdienst „inoffiziell“, im Falle der OPK „Sprung“ „inoffiziell vermutlich“ dokumentiert worden, und wegen dieser „Erfolge“ sei die Bearbeitung der OV „Mikro“ und des TV „Diode“ zurückgestellt worden, war nicht nur schwammig, sondern reine Augenwischerei. Denn zum einen hatte der neuerliche Einsatz chemischer Kontaktmarkierungsmittel in den OV „Manipulator“ und „Liberalist“ nach Ansicht der HA IX gerade „keine absolute eindeutige Klarheit“ gebracht, daß die beiden Wissenschaftler die vermutete Geheimdienstverbindung gehabt hatten.<sup>14</sup> Zum anderen hatten die in der OPK „Sprung“ realisierten Maßnahmen auch wegen tschekistischer Mißgeschicke – wie etwa der Leerung falscher Briefkästen – nicht einmal „inoffizielle“ Beweise gegen den Wissenschaftler erbracht.<sup>15</sup> Und schließlich waren gerade die in den beiden jetzt als „zurückgestellt“ bezeichneten Vorgängen „Mikro“ und „Diode“ bearbeiteten Wissenschaftler, der eine aktiver, der andere archivierter IM des MfS, in den zurückliegenden Jahren bezichtigt worden, mit dem „Treffzimmer und/oder PKW des Gegners in Berührung gekommen“ zu sein und ihre weitere Bearbeitung erfolversprechend als Schwerpunkt des ZOV bezeichnet worden.<sup>16</sup>

---

14 HA XVIII/8, Absprache am 14.7.1986 bei der Hauptabteilung IX/1 zum OV „Manipulator“, Berlin, 15.7.1986 (BStU, ZA, AOV 16170/91, V/1, Bl. 208/209).

15 Hauptabteilung XVIII/8, Bericht zum Stand der operativen Bearbeitung in der OPK „Sprung“ der Bezirksverwaltung Gera, Abteilung XVIII, Berlin 5. Mai 1986 (BStU, ZA, AOV 16170/91, V/1, Bl. 201-206).

16 Hauptabteilung XVIII/, Zwischenbericht zum Bearbeitungsstand des ZOV „Operation II“, Berlin, 8. Dezember 1984 (BStU, ZA, AOV 16170/91, V/1, Bl. 144-148, hier Bl. 146).

Entsprechend kritisch nahm die Auswertungs- und Kontrollgruppe (AKG) der HA XVIII den Bericht auseinander. Zwar wurde die „Suche“ nach „neuen Wegen und Methoden der Beweisführung zu nachrichtendienstlichen Verbindungen“ in Zusammenarbeit mit den Linien II, IX und OTS am Beispiel der OV „Manipulator“ und „Liberalist“ als „positiv und initiativreich“ hervorgehoben, damit aber zugleich indirekt darauf hingewiesen, daß diese Suche bisher ergebnislos verlaufen war. Vernichtend war dann die Feststellung, daß schon „die Auswahl bearbeitungswürdiger Ausgangshinweise“ der HA XVIII/8 kritisch zu beurteilen sei. Nüchtern betrachtet, so die MfS-Kontrollleure, stagniere eine „erhebliche Anzahl der in den Jahren 1979 – 1985 angelegten OV mit der Bearbeitungsrichtung Spionage“, weil „trotz umfangreicher Kontrollmaßnahmen keine Bestätigung der Ausgangshinweise erarbeitet werden konnte.“<sup>17</sup> Die Einleitung der Vorgänge habe in der Leitung der HA XVIII und bei den Leitern der einbezogenen MfS-Bezirksverwaltungen Erwartungen geweckt, die durch die konkrete Arbeit bisher nicht erfüllt worden seien. Somit herrsche „eine Diskrepanz zwischen der Angriffsrichtung sowie erkannten Aktivitäten imperialistischer Geheimdienste und der personifizierbaren, beweismäßigen Sicherung der Feindaktivitäten.“<sup>18</sup>

In der Sitzung selbst wurden deshalb von der HA XVIII/8 „entscheidende Durchbrüche vor allem bei der komplexen Spionageabwehr“ verlangt, die sich gegebenenfalls auch im Abschluß derartiger Vorgänge niederschlagen müßten.<sup>19</sup> Die Wahrnehmung der Federführung durch die HA XVIII – wie etwa im ZOV „Operation II“ – erfordere zudem, daß die Erwartungshaltungen der BV, KD/OD an die HA XVIII „durch qualifizierte operative Eigenleistungen der HA XVIII gerechtfertigt/unterstützt werden“ müßten.<sup>20</sup>

Die Abt. Elektrotechnik/Elektronik der HA XVIII befand sich in einer Zwickmühle: jedes der drei Treffen ihres IMB „Günter Richter“ mit den englischsprachigen Geheimdienstmitarbeitern gerade im Jahr 1986 – im März in Zürich, im April in Hannover und im September in Mailand – hatte Verdachtsmomente bestärkt, daß diesen neben IMB „Richter“ noch Informationen aus weiteren Quellen zuflossen; ihre Fragen und ihr Informationsstand zumindest legten diesen Schluß nahe.<sup>21</sup> Über die Herkunft dieser Quelle/n tappte die HA XVIII/8 völlig im Dunklen; trotz der bisher erfolglos gebliebenen Suche war nicht auszu-

---

17 HA XVIII/AKG, Zuarbeit für die Leitungssitzung am 10. Oktober 1986, Berichterstattung des Leiters der HA XVIII/8, Thema: Stand der Realisierung der operativen Planaufgaben; Schlußfolgerungen für die weitere Qualifizierung der politisch-operativen Arbeit unter Beachtung der Auswertung der Beschlüsse des XI. Parteitages; erforderliche Maßnahmen/Entscheidungsvorschläge, Berlin, den 4. Oktober 1986 (BStU, ZA, HA XVIII 6417, Bl. 25).

18 Ebd., Bl. 25.

19 HA XVIII/Leiter, Protokoll der Leitungssitzung vom 10.10.1986, Berlin, 15.10.1986 (BStU, ZA, HA XVIII 6417, Bl. 2).

20 Ebd., Bl. 3.

21 Vgl. die Treffberichte und Treffauswertungen in der Akte des IMB „Richter“ ((BStU, AIM 10794/91, Teil II, Bd. 15, Bl. 80/81, 107, 145/46, sowie ebd., Bd. 16, Bl. 8, 22/23 und 26).

schließen, daß eine Quelle in der DDR saß. An ein Ende des ZOV insgesamt war deshalb aus ihrer Sicht nicht zu denken.

Neuerliche gemeinsame Beratungen der HA XVIII/8 mit der HA II/6 und der HA IX/1 führten dann bis Mitte 1987 dazu, vier im Oktober 1986 noch als Erfolge gepriesene Vorgänge nun doch abschließen zu wollen, die zurückgestellten operativen Vorgänge „Mikro“ und „Diode“ dagegen mit verstärkten Anstrengungen fortzuführen. In Anbetracht der „Intensität und Gefährlichkeit der von der Dienststelle des englischen Geheimdienstes vorgetragene Angriffe gegen Forschungs- und Wissenschaftsbereiche der DDR“ sollte der ZOV zur „Kenntnisgewinnung zu Geheimdienstmitarbeitern, angewandten Mitteln und Methoden und „zur Erkennung und Bearbeitung weiterer Zielpersonen“ in jedem Fall weiter betrieben werden.<sup>22</sup> Faktisch bedeutete dies: neue Verdächtige mußten her, um neue OPK/OV einleiten und den ZOV am Leben halten zu können.

#### *4. Aktion Wasserschlag: Der Maßnahmeplan zur „Produktionica 1987“ in München*

Im August 1987 beschloß die HA XVIII/8, alle „operativen Kräfte und Mittel“ zu konzentrieren mit der „ausschließlichen Zielsetzung“, einen Beweis im Sinne von § 97 StGB zu erarbeiten. Den geeigneten Anlaß für diesen „konzentrierten Kräfteinsatz“ schien die Produktionica 1987 in München zu bieten – eine internationale Elektronikmesse, zu der das Ministerium für Elektrotechnik und Elektronik (MfEE) eine Delegation entsenden würde.

Der dafür ausgearbeitete „Maßnahmeplan“ übertraf in jeder Hinsicht alle bisher unternommenen Aktivitäten.<sup>23</sup> Er begann mit der Einflußnahme auf die Zusammensetzung der MfEE-Delegation, um die Teilnahme der verdächtigen Wissenschaftler und einer ausreichenden Zahl zuverlässiger IM unter den Reisekadern zu gewährleisten und ging bis zur Planung der Hotelzimmerbelegung in München. Doppelagent IMB „Richter“ wurde beauftragt, während der Messe einen Treff mit den vermuteten englischen Geheimdienstmitarbeitern zu vereinbaren; die HA VIII/6 und die OTS sollten das Treffquartier so unter Kontrolle nehmen, „daß die Identifizierung einer unbekanntem Agentur zweifelsfrei möglich“ wäre. Ein „mechanisches“ Kontaktmarkierungsmittel sollte eingesetzt und die verdächtigen Personen täglich von IM auf eventuelle Spuren kontrolliert werden. Auch an die Absicherung des Umfeldes wurde gedacht: der HA VI wurde die Aufgabe zugewiesen, alle DDR-Ausreisenden im Zeitraum der Produktionica festzustellen; die HA III sollte sämtliche Aktivitäten westlicher Geheimdienste im Umfeld der Messe dokumentieren; auch wurde sie gebeten, abgehende Tele-

---

22 HA XVIII/8, Maßnahmen zum ZOV „Operation II“, Berlin, 14. Mai 1987 (BStU, ZA, AOV 16170/91, V/1, Bl. 276-278, hier: Bl. 278).

23 HA XVIII/8, Maßnahmeplan zum ZOV „Operation II“, Berlin, 6. August 1987 (BStU, ZA, AOV 16170/91, V/1, Bl. 297-299).



gramme von München nach Großbritannien, insbesondere London, festzustellen und wörtlich der HA XVIII/8 zu übermitteln.<sup>24</sup>

Das Ergebnis all dieser Anstrengungen war ernüchternd. Weder zur Arbeitsweise noch zu den Mitarbeitern des fremden Geheimdienstes konnten neue Erkenntnisse gewonnen werden. Auch die Überwachung und Kontrolle der in den operativen Vorgängen „Diode“, „Fokus“ und „Mikro“ bearbeiteten Wissenschaftler ergab keine Hinweise auf eine Spionagetätigkeit. Während der Messe standen sie – von zwei bis drei Stunden abgesehen – rund um die Uhr unter Beobachtung, wurden heimlich auf Spuren des Kontaktmarkierungsmittel getestet, ihr Gepäck bei der Wiedereinreise in die DDR durchsucht und ihre Ausgaben und Einkäufe überprüft. In ihrer Abwesenheit waren zudem Wohnungen und Arbeitsplätze in der DDR konspirativ durchsucht und ihre Datenträger ausgewertet worden.

Wenn die HA XVIII/8 dennoch zu der Einschätzung kam, daß sich „die komplexen operativen Maßnahmen (...) bewährt“ hätten, mochte das daran liegen, daß zu zwei Reisekadern Hinweise geliefert wurden, die zur weiteren Überprüfung und Bearbeitung dieser Personen einluden und insofern als Argumente für die Fortsetzung des ZOV dienen konnten. Soweit es jedoch den Vorwurf der Spionage gegen die Wissenschaftler betraf, deren Verdächtigung den ZOV nicht weniger als acht Jahre am Leben gehalten hatte, erwies sich die Produktion als eine Aktion Wasserschlag: in den kommenden Wochen und Monaten mußte die Haltlosigkeit dieser Verdächtigungen eingeräumt werden; die operativen Vorgänge wurden einer nach dem anderen eingestellt.<sup>25</sup>

##### 5. Das „KMM“-Debakel

Der 1987 wiederum veranlaßte Einsatz eines „spezifisches Markierungsmittels“ während der Productronica, dieses Mal angebracht durch die IMS „Max“ und IMS „Friedemann“, sollte der letzte im ZOV „Operation II“ bleiben.

Bereits während einer Leitungsberatung im Mai 1987 hatten die Ermittler der HA IX ihren Kollegen von der HA XVIII/8 darauf aufmerksam gemacht, daß die bis dahin eingesetzten Markierungsmittel keine zuverlässigen Ergebnisse erbracht hätten, „da Zufallsübertragungen mit Sicherheit nicht ausgeschlossen

---

24 Vgl. HA XVIII/8, Schreiben an die HA XVIII/Abteilung 14 vom 21.10.1987 (BStU, ZA, AOV 16170/91, V/1, Bl. 319).

25 Vgl. dazu HA XVIII/8, Abschlußbericht zum TV „Diode“, Reg.-Nr. XV/4159/85, Berlin 24. Februar 1988 (BStU, ZA, AOV 16170/91, Akte 1/2. Bd., Bl. 24-26); HA XVIII/8, Ergebnisbericht zur Realisierung von Abschlußmaßnahmen mit der HA IX/1 im ZOV „Operation II“, Berlin, 2. Mai 1988 (BStU, ZA, AOV 16170/91, Akte 1/2. Bd., Bl. 49/50); Bezirksverwaltung für Staatssicherheit Dresden/Abteilung XVIII, Vorschlag zum Abschluß des OV „Mikro“, Reg.-Nr. XII/29/83, Dresden, den 26.1.1989 (BStU, ZA, AOV 16170/91, Akte 1/2. Bd., Bl. 142-147); Bezirksverwaltung für Staatssicherheit Dresden/Objektdienststelle TU, Abschlußbericht zum OV „Liberalist“, Reg.-Nr. XII 893/84, Dresden, 29. März 1989 (BStU, ZA, AOV 16170/91, Akte 1/2. Bd., Bl. 148-152)

werden konnten“.<sup>26</sup> Im September bilanzierte die HA XVIII/8 den Einsatz dieser Mittel – aus den unvollständig überlieferten Akten geht der mindestens elfmalige Einsatz zwischen 1983 und 1987 hervor – schließlich selbst als Debakel.

Nach zweimaligem Einsatz des Kontaktmarkierungsmittels „46401/020“ im November 1984 in München und Paris wurden dessen Spuren bei der Rückreise der jeweiligen DDR-Delegation im ersten Fall bei 14 von 22, im zweiten Fall bei allen sechs Mitreisenden nachgewiesen. Eine zweifelsfreie Aussage darüber, wer sie infiziert hatte – ob der fremde Geheimdienst oder nicht vielmehr der inoffizielle Mitarbeiter, der sich bei der Anwendung des Mittels selbst hochgradig verunreinigte und mit der Delegation reiste – konnte nicht getroffen werden; auch nicht, wo dies letztendlich geschehen war. Die Anwendung hatte somit keinerlei Beweiswert.

Nicht anders verlief der Einsatz im März 1985, als IMB „Richter“ in Zürich das Hotelzimmer der fremden Geheimdienstmitarbeiter mit einem neuen Kontaktmarkierungsmittel („46401/100“) kontaminierte. Da in diesem Fall zwei Mitreisende als potentielle Träger des Mittels, darunter der IMB „Richter“ als vermutlicher Seuchenherd, nach ihrer Rückkehr nicht untersucht wurden, konnte wiederum der Ursprung der bei einem Reisekader festgestellten Infizierung nicht eindeutig nachgewiesen werden.

Da weder die Schlüsselblätter noch die Gebrauchsanweisungen für die verwendeten Kontaktmarkierungsmittel (die Schlüsselbezeichnungen lauteten u.a. „46401/020“, „46401/100“, „46401/102“, „46501/122“, „46401/022“) vorliegen, bleibt deren genaue chemische Zusammensetzung vorläufig ungeklärt. Es wurden zunächst offenbar chemische Stoffe verwandt, die einen Farbumschlag als Nachweis ermöglichten (Fluoreszenzstoffe). In einem Fall aus dem Jahr 1986, der sich aus der Aktenlage nahezu vollständig rekonstruieren läßt, diente Hydrazin als Markierungsmittel:

- Am 14.2.1986 übergab die OTS/Abt. 34 zwei präparierte weiße Zellstofftaschentücher an die HA XVIII. Die zuständige Stasi-Chemikerin, Major Sabisch, hielt fest: „Die Taschentücher wurden mit dem Mittel 46401/022 (ohne Fluoreszenzstoff) beidseitig durch Sprühen präpariert, wieder original gefaltet und in einen blauen Reklametaschentuchbehälter gelegt. Das Behältnis wurde von außen gewischt bis der Wischtest negativ war, das heißt kein KMM außen mehr vorhanden war. An je einer Stelle der Taschentücher wurde zur Kontrolle ein Abdruck genommen, der Nachweis kam ganzflächig, sehr stark.“<sup>27</sup> Als Markierungssubstanz, so geht aus den Unterlagen hervor, wurde Hydrazinsulfat verwendet.<sup>28</sup>
- Bei seiner Instruierung für den Einsatz während der Semicon-Messe in Zürich (3.-7.3.1986) erhielt IMB „Richter“ am 19.2.1986 von seinem Führungs-

---

26 HA XVIII/8, Maßnahmen zum ZOV „Operation II“, Berlin, 14. Mai 1987 (BStU, ZA, AOV 16170/91, V/1, Bl. 276).

27 Einsatz des KMM 46401-022, 13.2.1986 (BStU, ZA, OTS 2342, Bl. 32).

28 Ebd., Bl. 33.

- offizier die präparierten Taschentücher mit der damit verbundenen Aufgabenstellung.
- Während der Treffauswertung am 12.3.1986 meldete IMB „Richter“ seinem Führungsoffizier Vollzug. Bei seinem Treffen mit den englischsprachigen Geheimdienstmitarbeitern in einem Züricher Hotel hatte er die Sitzmöbel, aber vor allem sich selbst, mit den Taschentüchern kontaminiert: „Die Tür wurde geöffnet, ich habe Mantel und Hut abgelegt und habe mich hingesetzt, habe dabei dann zwischendurch das Taschentuch benutzt, ja ich bin erkältet, bei mir kommt etwas. Da gab er mir sogar noch eine Tablette, so daß ich absolut sicher bin, daß da keine Vermutungen aufgekommen sind, habe dann aus Versehen das Taschentuch hier eingeklemmt und dann wieder benutzt und dann in die Tasche gesteckt und noch einmal geschneuzt.“<sup>29</sup>
  - Über 60 Proben der unter Spionageverdacht stehenden Personen („Manipulator“, „Kristall“, „Mikro“, „Sprung“, „Fokus“, „Schleier“, „Liberalist“), aber auch der eingesetzten IM, entnommen von Flugzeugsitzen, Kleidungsstücken, PKW-Sitzen, Stühlen und Sesseln am Arbeitsplatz und in Privatwohnungen, brachten die Mitarbeiter der HA XVIII den OTS-Fachleuten anschließend zur Analyse. Diese standen unter Druck: Die vorhergehende Auswertung war ihnen gründlich mißglückt. Zunächst waren alle Proben für negativ befunden, bei einer Überprüfung der Ergebnisse kurze Zeit später alle bis auf eine positiv. Des Rätsels Lösung war, daß das Markierungsmittel bei Aufräumungsarbeiten im Labor verschleppt und dabei die nicht ordnungsgemäß abgedeckten Proben infiziert worden waren. Jetzt wurden alle Proben auf zwei Markierungsmittel geprüft, da neben 46401/022 durch IMB „Richter“ zwischenzeitlich auch noch das Mittel 46401/102 versprüht worden war. Das Ergebnis: Bei allen sieben unter Verdacht stehenden Personen war mit Ausnahme von „Schleier“ mindestens eine Probe positiv.

So wie die vorhergehenden erwiesen sich alle zwischen 1985 und 1987 erfolgten neun Einsätze operativ als wertlos, der damit verbundene immense Aufwand als völlig sinnlos, da die Infizierung nicht zuletzt aufgrund der über Jahre anhaltenden Wirkung der Mittel nicht eindeutig zurechenbar war. Die DDR-Reisekader konnten sich auch alle untereinander verunreinigt haben: „Die Möglichkeiten der Übertragbarkeit des KMM durch die DDR-Reisekader untereinander bzw. über öffentliche Bestuhlung in Gaststätten, Hotels, Ausstellungsräumen bis hin zu benutzten Flugzeugsitzen lassen daher keinen Schluß darauf zu, daß ein Kontakt mit den infizierten Mitarbeitern der britischen Dienststelle stattgefunden hat.“<sup>30</sup> Zu dem Ergebnis, zu dem man schließlich im September 1987 kam, hätte man auch schon nach den ersten Einsätzen 1984 kommen können: Der Einsatz von

29 BStU, ZA, AIM 10794/91, Teil II, Bd. 15, Bl. 82.

30 HA XVIII/8/4, Bericht von Major Engelhardt, Berlin, 7. September 1987 (BStU, ZA, AOV 16170/91, V/1, Bl. 301).

Kontaktmarkierungsmitteln im Rahmen von Delegationsreisen empfehle sich nicht, da „die gegenseitige Übertragbarkeit prinzipiell nicht auszuschließen ist und damit der operative Wert gemindert bleibt.“<sup>31</sup>

### 6. Tschekisten-Schelte

Für die HA IX schien nach dem operativen Mißgriff des Markierungsmittel-Einsatzes und der fehlgeschlagenen Aktion in München der Zeitpunkt gekommen, die Vorgehensweise der HA XVIII/8 beim ZOV „Operation II“ insgesamt kritisch unter die Lupe zu nehmen. Auch „im Interesse des Kräfteinsatzes“ müsse es künftig darum gehen, vor der Einleitung von OV/OPK „Ausgangshinweise allseitig zu prüfen“, „subjektiv geprägte Wunschvorstellungen völlig auszuschalten“ und „einseitige Betrachtungsweisen der Zielpersonen zu unterlassen sowie be- und entlastende Hinweise gleichermaßen im OV zu dokumentieren.“ Die HA IX/1 sei bereit, hieß es abschließend, „Ausgangsmaterial mit der HA XVIII/8 vor Anlegen von OPK/OV zu beraten, um Fehlmaßnahmen und unnötigen Kräfteinsatz zu vermeiden und das Verhältnis Aufwand-Nutzen verbessern zu helfen.“<sup>32</sup>

Ob diese Ratschläge aus dem April 1988 von der HA XVIII/8 in der Folgezeit beherzigt worden wären, muß dahingestellt bleiben. Zunächst einmal log sie sich die abgeschlossenen Vorgänge, allesamt miserable Fehlschläge, in Erfolge um. Weil sich die Verdachtsmomente nicht bestätigt hätten, so kehrten die Tschekisten ihre Ausgangslogik um, sei der Nachweis erbracht worden, daß die Verdächtigten „keine geworbenen Agenturen waren“, womit „Kader für den Einsatz zum Unterlaufen des Embargos erhalten“ worden seien<sup>33</sup>, die in den OVs „Diode“ und „Sprung“ bearbeiteten Wissenschaftler wurden als IM reaktiviert.<sup>34</sup>

Mit der Einleitung neuer Überprüfungsverfahren gegen Wissenschaftler, nur weil sie sich während einer Messe angeblich „Freiräume“ verschafft hatten bzw. Einkäufe in West-Mark in einer Höhe tätigten, die über dem gewährten DM-Tagesatz lagen, wurde das alte Spiel mit neuen Verdächtigen fortgesetzt. Die Eröffnung neuer operativer Personenkontrollen wie den OPK „Algol“ und „Komet“ in Zusammenarbeit mit der OD Carl Zeiss Jena und „Leier“ mit der Abteilung XVIII der BVfS Gera im Jahr 1988 erhielt der HA XVIII den ZOV „Operation II“ jedenfalls als Betätigungsfeld. Das tschekistische Spiel ging mit „bewährten Maßnahmen“ in eine neue Runde: konspirative Arbeitsplatz und Wohnungs-

---

31 Ebd.

32 HA XVIII/8/4, Bericht über Absprache mit Gen. OSL Krüger der HA IX/1 zum ZOV „Operation II“, Berlin, 28. April 1988 (BStU, ZA, AOV 16170/91, Akte 1/2. Bd., Bl. 44-46; Zitate Bl. 44, 46).

33 HA XVIII/8, Vorlage zur Berichterstattung zum Stand der Realisierung der politisch-operativen Aufgaben und Schlußfolgerungen für die weitere Qualifizierung der politisch-operativen Grundprozesse, Berlin, 16. Juni 1988 (BStU, ZA, HA XVIII 5345, Bl. 148).

34 HA XVIII/8/4, Jahresbericht 1988, Berlin, 18. November 1988 (BStU, ZA, HA XVIII 10981, Bl. 126).

durchsuchungen fanden statt, IM wurden in Stellung gebracht, die Postkontrolle der Abt. M nach England wurde als Globalfahndung fortgesetzt, „operative Maßnahmen“ für die 1989 stattfindenden Fachmessen, Ausstellungen und Kongresse vorbereitet.

Doch entgegen der dem MfS vielfach bescheinigten Perfektion stellten sich nicht nur Mißgeschicke wie das Kopieren falscher Schlüssel ein, was eine konspirative Wohnungsdurchsuchung scheitern ließ. Auch Engpässe der DDR-Mangelwirtschaft schlugen auf die Arbeitsbedingungen der Stasi durch: Wegen Papierknappheit konnte die Abt. M zunächst nur noch die Umschläge der Briefe, nicht aber mehr deren Inhalt kopieren, bevor sie dann zum 31. Mai 1989 die Postkontrolle nach England wegen des nicht mehr zu bewerkstellenden personellen Aufwandes schließlich gänzlich einstellte. Die Anforderung der HA XVIII/8 an die Abteilung OTS, nach den Fehlschlägen der Vergangenheit nunmehr ein Kontaktmarkierungsmittel zu entwickeln und bereitzustellen, das „Streueffekte“ ausschließe und „zweifelsfreie Aussagen“ erlaube, wurde mit dem Hinweis beschieden, dies setze Forschungs- und Entwicklungskapazität voraus, die gegenwärtig nicht gegeben sei. Neuentwicklungen auf dem Gebiet der chemischen Markierung, so war in einem internen Papier der dafür zuständigen Abteilung 34 der OTS schon Ende 1986 geklagt worden, würden schon seit einigen Jahren nicht mehr durchgeführt; für das entsprechende Arbeitsgebiet stünden statt wie früher fünf nur noch zwei Mitarbeiter zur Verfügung.<sup>35</sup> Dem „Perspektivplan“ zufolge, so die vertröstende Auskunft, solle an diesem Thema jedoch ab 1991 wieder gearbeitet werden; mit dem Abschluß der Arbeiten sei allerdings voraussichtlich erst 1994/95 zu rechnen. Doch nicht einmal dieses Versprechen konnte eingehalten werden: die Weiterentwicklung von Kontaktmarkierungsmitteln als Entwicklungsthema der OTS kam im „Staatsplan F/E Aufgaben 1991-1995“ gar nicht mehr vor.<sup>36</sup>

Daß drei neue Mitarbeiter der ausländischen Geheimdienststelle „personifiziert“ worden seien, wie der Ergebnisbericht 1988 der HA XVIII/8 angab, dürfte kaum Anlaß zum Jubel gewesen sein, auch nicht die „gesicherten Erkenntnisse“, wonach „der Sicherheit von Agenturen zunehmender Stellenwert“ durch die neu eingeführten Geheimdienstmitarbeiter beigemessen werde<sup>37</sup>; „personifiziert“ worden waren ihre Vorgänger schließlich auch, hatten aber dennoch unerkannt abtauchen können. Es liegt nahe, Verzweiflung darin zu erkennen, daß sich die HA XVIII angesichts dieser Schwierigkeiten und neunjähriger erfolgloser Bearbeitung des ZOV „Operation II“ im Juli 1989 nach einer Schilderung des eigenen bescheidenen Wissensstandes mit der Anfrage an den bulgarischen Geheimdienst wandte, ob eventuell ihm die Mitarbeiter des englischen Geheimdienstes

---

35 Siehe: BStU, ZA, OTS 2272.

36 Siehe: BStU, ZA, OTS 1482, Bl. 58-64.

37 HA XVIII/8, Ergebnisbericht 1988, Berlin, 7.12.1988, BStU, ZA, MfS, HA XVIII 13276, Bl. 33.

und ihr Aufenthaltsort bekannt wären.<sup>38</sup> Eine Antwort aus Sofia ist in den Akten nicht mehr überliefert.

## 7. Zusammenfassung

*Erstens:* Dem MfS gelang bis Ende 1989 die Identifizierung des mutmaßlich englischen Geheimdienstes nicht; am Ende stand wie bereits zu Beginn lediglich als Vermutung, daß es sich um den MI 5 oder MI 6 (Secret Intelligence Service) handeln könnte.

Es scheiterte ebenfalls die Identifizierung auch nur eines einzigen der englischsprachigen Agenten; der operative Ertrag bestand in dieser Hinsicht in konspirativ aufgenommenen, verschwommenen Fotos von drei Mitarbeitern. Der „Agentenführer“ brach am 4. September 1986 auf Anweisung seiner Zentrale die Verbindung zu dem bereits seit einigen Jahren pensionierten IMB „Bach“ ab, weil dessen Informationen nicht mehr „inhaltsreich“ wären. 1989 verabschiedet er sich von IMB „Richter“ und verschwand unerkannt – in Pension, wie er mitteilte.

Auch die Suche nach einer mutmaßlichen Agentur der englischsprachigen Geheimdienststelle in der DDR verlief ergebnislos. Alle sieben wichtigen, mit großem Aufwand betriebenen Operativen Vorgänge bzw. Personenkontrollen wurden bis 1989 wegen Nichtbestätigung des Verdachts gegen die Zielpersonen abgelegt. Der Mißerfolg schien erfinderisch zu machen: Es drängt sich der Eindruck auf, daß neue Operative Materialien sowie neue oder neu herangezogene OV bzw. OPK in einem starken Maße als Rechtfertigung zur Fortführung des ZOV angelegt werden. Das Eingeständnis des Mißerfolgs wurde auf diese Weise durch Aktionismus bzw. Scheinaktivitäten hinausgeschoben. Intern wurde als Erfolg ausgegeben, daß die Option für einen zukünftigen Erfolg erhalten blieb: Mißerfolg macht bescheiden.

Die Überlegung, daß es möglicherweise gar keine unerkannte Agentur in der DDR gab, Informationen statt dessen genauso gut auf andere Weise, etwa durch funkelektronische Überwachung oder über „republikflüchtige“ Leitungskader in den Westen gelangen könnten, tauchte zwar auf, wurde aber nicht ernst genommen. Das MfS war im August 1989 wie im Februar 1980 unverändert darauf fixiert, „daß eine feindliche Quelle in der DDR tätig ist, die den Geheimdienst mit Ausgangsinformationen für dessen gezielte Fragen ausstattet.“

*Zweitens:* Selbst offensichtliche Fehlschläge und Mißerfolge wurden nicht zugegeben, sondern als Erfolge auf Nebengebieten verkauft. Auf die Erfolglosigkeit reagierte die federführende Dienststelle des MfS mit einer gewaltigen Ausdeh-

---

<sup>38</sup> Information zu Arbeitsmethoden einer bekannten Dienststelle des englischen Geheimdienstes, 20.7.1989 (BStU, ZA, AOV 16170/91, Akte 1/2. Bd., Bl. 165 ff.). – Der Anfrage war eine Arbeitsberatung der HA XVIII mit der IV. Verwaltung der Staatssicherheit der VR Bulgarien im Oktober 1988 in Sofia vorausgegangen, bei der die bulgarische Stasi den ostdeutschen Genossen Unterstützung im Hinblick auf die Aufklärung des ausländischen Geheimdienstes zugesagt hatte (BStU, ZA, AOV 16170/91, Akte 1/2. Bd., Bl. 121).

nung des Mittel- und Methodeneinsatzes (z.B. „Globalfahndungs“-Maßnahmen wie einer Kontrolle zunächst der gesamten ausgehenden Post nach Großbritannien in sieben (!) Bezirken der DDR). Wo dies zu Lasten der Arbeitskapazität anderer Linien (etwa der MfS-Linie M – Postkontrolle –) erfolgte, kam es zu Widerspruch, teilweise auch scharfer Kritik und zum Teil offenen, zum Teil verdeckten innerbürokratischen Auseinandersetzungen zwischen den beteiligten MfS-Linien.

*Drittens:* Der ZOV „Operation II“ ist ein Beispiel für die Anwendung nahezu des gesamten geheimdienstlichen Instrumentariums: Es erfolgten der umfassende Einsatz von inoffiziellen Mitarbeitern, Fahndungsmaßnahmen in Zusammenarbeit mit den Linien II, VI und M, der Einsatz technischer Spezialmittel in Zusammenarbeit mit den Linien VIII und OTS (neben dem Einsatz chemischer und physikalischer Kontaktmarkierungsmittel wurde auch eine „Stimmstreßanalyse“ durchgeführt), Abhörmaßnahmen, Handschriftenüberprüfungen, Postkontrolle, Reisekontrolle, Gepäckkontrolle, konspirative Kontrollen in Privatwohnungen und am Arbeitsplatz, Feststellung der Vermögensverhältnisse durch Kontenüberprüfungen in der DDR und der Bundesrepublik, Kontrolle der Kontakte mit NSW-Bürgern in der DDR und im SW und schließlich die komplexe Absicherung von Fachveranstaltungen (möglichst lückenlose Observierung bei Messen, Kongressen etc.). Angewandt wurden all diese Maßnahmen im vorliegenden Fall nicht gegenüber Oppositionellen, sondern gegen Angehörige der Wirtschaftselite der DDR, gegen Leistungsträger des SED-Regimes.

*Viertens:* Die Eröffnung des ZOV zu Beginn des Jahres 1980 fiel in die Phase der Forcierung der Mikroelektronik in der DDR auf der einen, der Zuspitzung innerer Krisen in den Warschauer-Pakt-Staaten (Wirtschaftskrise, Kreditboykott, drohende Zahlungsunfähigkeit verschiedener RGW-Staaten) und der Verschärfung der Blockkonfrontation (Mittelstrecken-Raketenstationierung; Verstärkung der Hochrüstung) auf der anderen Seite. Inwieweit die Eröffnung des ZOV tatsächlich den Spionageaktivitäten oder aber dem politischen Klima, möglicherweise sogar vor allem den Planerfüllungs- bzw. Geltungszwängen der HA XVIII geschuldet war, ist ex post schwer zu beurteilen. Daß jedoch selbst die untersuchungsführende HA II des MfS der HA XVIII im Nachhinein – im Jahr 1987 – eine mangelhafte Prüfung entlastender Beweise und „Wunschdenken“ bereits bei der Eröffnung der Einzel-OV vorwarf, bietet ausreichend Anlaß, neben der Spionage des Gegners auch allgemein-politische und nicht zuletzt innerbürokratische Gründe für die Eröffnung dieses ZOV anzunehmen. Aufwand (Mittleinsatz) und Nutzen (Erkenntniszugewinn) des ZOV standen in einem krassen Mißverhältnis; am Ende standen wie zu Beginn lediglich Indizien, aber nicht ein einziger direkter Beweis.

*Kontakt:* [hertle@zzf-pdm.de](mailto:hertle@zzf-pdm.de)

**EXPERTENKOMMISSION ZUR SCHAFFUNG EINES GESCHICHTSVERBUNDES  
„AUFARBEITUNG DER SED-DIKTATUR“ BERUFEN**

**Irmgard Zündorf**

In den letzten 15 Jahren sind in der Bundesrepublik – vor allem in den neuen Bundesländern und ganz besonders in Berlin – eine Reihe von Einrichtungen entstanden, die sich auf unterschiedliche Weise und mit unterschiedlicher Ausstattung der Aufarbeitung der SED-Diktatur widmen. Die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien hat im Mai 2005 eine Expertenkommission unter Leitung des ZZF-Direktors Prof. Dr. Martin Sabrow berufen, die den gegenwärtigen Stand dieser öffentlichen Aufarbeitung der DDR-Geschichte bilanzieren und eine langfristige Perspektive als Teil der nationalen „Erinnerungslandschaft“ im europäischen Kontext entwickeln soll. Ihre Aufgabe ist es, eine Gesamtkonzeption für einen Geschichtsverbund „Aufarbeitung der SED-Diktatur“ zu erarbeiten.

Der ehrenamtlich arbeitenden Expertenkommission, die sich aus unabhängigen Fachexperten zusammensetzt und ein breites Spektrum aus Wissenschaft, Publizistik, Gedenkstätten und Museen repräsentiert, gehören neben Prof. Sabrow als Vorsitzendem an: Dr. habil. Rainer Eckert, Dr. Monika Flacke, Prof. Dr. Klaus-Dietmar Henke, Roland Jahn, Freya Klier, Tina Krone, Prof. Dr. Peter Maser, Ulrike Poppe und Dr. Hermann Rudolph. Die Kommission ist organisatorisch am ZZF in Potsdam angesiedelt und wird dort von einem zweiköpfigen Arbeitsstab (Dr. des. Irmgard Zündorf; Kai Gregor, M.A.) unterstützt.

Die Kommission hat sich in den ersten Monaten ihrer Arbeit ein umfassendes Bild von thematischer Ausrichtung, personeller und materieller Ausstattung, inhaltlicher Präsentation, öffentlicher Nutzung, fachlicher Vernetzung und Forschungskapazitäten sowie internen Zukunftsplanungen der einschlägigen Institutionen zu verschaffen versucht. Im Mittelpunkt steht die Frage nach der Integrationsmöglichkeit der Einrichtungen in einen Geschichtsverbund, wobei der Umgang mit den Sachzeugnissen und historischen Überresten des SED-Staates und seiner Gesellschaft von zentraler Bedeutung ist.

Gegenstand der Bestandsaufnahme sind vor allem Gedenkstätten und Erinnerungsorte, Museen und Ausstellungen, archivalische Sammlungen und Dokumentationen, aber auch Institutionen der politischen Bildung und wissenschaftliche Forschungseinrichtungen von überregionaler Bedeutung. Primär der wissenschaftlichen Forschung und der politischen Bildung gewidmete Einrichtungen werden allerdings nur insoweit in die Empfehlungen der Kommission einbezogen, als sie an der gegenständlichen Formung dieser Erinnerungslandschaft beteiligt sind. Die von der Kommission einbezogenen Gedenkstätten und Erinnerungsorte sind zwar überwiegend, aber nicht ausschließlich im Berliner Raum angesiedelt, um ein dezentrales und zugleich föderales Verständnis von zeitgeschichtlicher Aufarbeitung zu fördern, das die Erinnerung an die SED-



Diktatur und die Zeit der deutschen Doppelstaatlichkeit als eine gesamtstaatliche Aufgabe betrachtet.

Das so umrissene Feld der DDR-bezogenen Diktaturaufarbeitung läßt sich nach verschiedenen Kriterien systematisch erschließen. Aus institutioneller Perspektive können die gegenwärtig bestehenden Institutionen zur Aufarbeitung der DDR-Geschichte entsprechend ihren Hauptfunktionen und –aufgaben in folgende Gruppen gegliedert werden: Gedenkstätten und Erinnerungsorte, Museen und Ausstellungen, archivalische Sammlungen und Dokumentationen, Institutionen der Politischen Bildung und wissenschaftliche Forschungseinrichtungen.

Zur Bestimmung inhaltlicher Schwerpunkte bietet es sich hingegen an, die von der Enquêtekommision des Deutschen Bundestags verwendete, thematische Systematisierung der DDR-Geschichte in die drei Abteilungen „Herrschaft“, „Verfolgung“ und „Teilung“ weiter auszudifferenzieren. Dadurch lassen sich folgende inhaltliche Dimensionen der Aufarbeitung voneinander unterscheiden: Herrschaft und Gesellschaft, Repression und Überwachung, Alltag in der Diktatur, Opposition und Widerstand, die Diktatur der Grenzen sowie die DDR in der europäischen Geschichte des 20. Jahrhunderts.

Dabei zeigt bereits ein erster Überblick über die Repräsentation dieser Aspekte der DDR-Geschichte eine erhebliche Disproportionalität zwischen den inhaltlichen Schwerpunkten der Aufarbeitung: Während die repressiven und überwachenden Aspekte der SED-Diktatur breit vergegenwärtigt werden, sind die Bereiche „Opposition und Widerstand“, „Herrschaft und Gesellschaft“ und „Alltag in der Diktatur“ erkennbar unterrepräsentiert. Die Kommission wird sich des weiteren bemühen, in ihr Votum Fragen der inhaltlichen Abgrenzung und der organisatorischen Verknüpfung der gegenwärtig bestehenden und eventuell in Zukunft zu schaffender Einrichtungen aufzunehmen.

Die Kommission wird voraussichtlich bis Ende Februar 2006 Richtlinien ihres Votum formuliert haben und auf einem öffentlichen Symposium zur Diskussion stellen. Darin sollen Grundlinien eines Gesamtkonzepts für einen Geschichts- und Gedenkstättenverbund zur Aufarbeitung der SED-Diktatur entwickelt werden, die die Bewertung des bisher Geleisteten mit Vorschlägen zu einer zukunfts-fähigen Ausgestaltung verbinden. Dabei geht die Kommission davon aus, daß der zu schaffende Geschichtsverbund sowohl zur Aufklärung über den Diktaturcharakter der DDR, über Formen und Ausmaß politischer Repression des SED-Regimes und zur Würdigung von Widerstand und Opposition beitragen als auch die Vielschichtigkeit, „Veralltäglicdung“ und „konstitutive Widersprüchlichkeit“ der DDR abbilden soll. Zentrale Bedeutung misst die Kommission weiterhin einer Einordnung der DDR und ihrer Aufarbeitung in die vergleichenden und beziehungsgeschichtlichen Dimensionen der deutsch-deutschen Doppelstaatlichkeit, der Blockintegration und des Ost-West-Konflikts zu.

Die abschließende Empfehlung für die Schaffung eines Geschichtsverbundes soll im Sommer 2007 übergeben werden.

*Kontakt: zuendorf@zzf-pdm.de*

**AUFGABEN UND ZIELE DER KOORDINATIONSSTELLE  
„PROJEKTVERBUND ZEITGESCHICHTE BERLIN-BRANDENBURG“**

**Thomas Schaarschmidt**

Im Brennpunkt der deutschen Geschichte wurde die Hauptstadtregion während des 20. Jahrhunderts zu einem Laboratorium politischer Ordnungsentwürfe, globaler Systemauseinandersetzungen und fundamentaler Kontroversen über die Deutung der Geschichte. Markante Orte wie das Gelände des Reichssicherheitshauptamts, das Olympiastadion von 1936, das Konzentrationslager Sachsenhausen, die Seelower Höhen, die MfS-Untersuchungshaftanstalt Hohenschönhausen, das Notaufnahmelager Marienfelde, das Schöneberger Rathaus und die Reste der Berliner Mauer in der Bernauer Straße dokumentieren die tiefen Einschnitte beider deutscher Diktaturen, die demokratischen Traditionen sowie den weltpolitischen Antagonismus des Kalten Krieges und seine Überwindung in der friedlichen Revolution von 1989/90.

Trotz der finanziellen Einsparungen in den letzten Jahren verfügen Berlin und Brandenburg auch heute über ein dichtes Netz zeithistorischer Forschungseinrichtungen. Hierzu zählen eine Vielzahl größerer und kleinerer Gedenkstätten und Museen, die entsprechenden Institute der Universitäten in Berlin, Potsdam und Frankfurt (Oder) sowie mehrere außeruniversitäre Forschungsinstitute und viele aus bürgerschaftlichem Engagement erwachsene Aufarbeitungsinitiativen. Obwohl sich die Rahmenbedingungen für die Zeitgeschichtsforschung so günstig wie in kaum einer anderen Region Deutschlands darstellen, mangelt es bisher an Impulsen, die zeithistorische Topographie der Hauptstadtregion systematisch zu erschließen und die Auseinandersetzung mit den materiellen Hinterlassenschaften der Geschichte für die Forschung fruchtbar zu machen.

Nach dem Willen des Brandenburgischen Wissenschaftsministeriums und der Berliner Senatsverwaltung für Wissenschaft, Forschung und Kultur sollen die Impulse und Forschungsideen aus den Gedenkstätten, Museen, Universitätsinstituten und außeruniversitären Forschungseinrichtungen zukünftig in weitaus stärkerem Maße miteinander verzahnt werden, um innovative Projekte zu entwickeln. Da die meisten Gedenkstätten und Museen der Region in Zeiten knapper Kassen nicht über ausreichende finanzielle Mittel, personelle Ressourcen und Planungskontinuität verfügen, um größere zeithistorische Projekte zu realisieren, sind sie in den meisten Fällen auf die Zusammenarbeit und gemeinsame Drittmittelinwerbung mit universitären und außeruniversitären Forschungsinstituten angewiesen. Zudem haben Antragsteller von Einzelprojekten oft Schwierigkeiten, ihre Kooperationsbeziehungen und die Einbindung in Forschungsnetzwerke plausibel zu machen, die eine wichtige Voraussetzung für die Bewilligung von Drittmitteln sind.

*Von der Arbeitsgruppe des „Rundes Tisches Zeitgeschichte“ zur Schaffung der Koordinationsstelle*

Um die wissenschaftlichen Möglichkeiten, die die vielschichtige und stark fragmentierte Geschichtslandschaft der deutschen Hauptstadtregion bietet, besser auszuschöpfen, artikulierten führende Vertreter der zeithistorischen Forschung und Wissenschaftspolitiker bereits vor fünf Jahren den Wunsch, neue Formen der Kooperation und Koordination zu entwickeln. Erste Überlegungen, wie die wissenschaftliche Arbeit der Museen und Gedenkstätten auf der einen sowie der Hochschulinstitute und außeruniversitären Einrichtungen auf der anderen Seite vernetzt und ihre Projekte und Projektideen gebündelt und unterstützt werden könnten, entstanden in der „Arbeitsgruppe des Rundes Tisches Zeitgeschichte“. Aus diesen Anfängen entwickelte sich der „Zeithistorische Forschungs- und Gedenkstättenverbund Berlin-Brandenburg“ i.G., an dem sich Fachkolleginnen und -kollegen aus folgenden Einrichtungen beteiligen: der Gedenkstätte Deutscher Widerstand (GdW), der Stiftung Topographie des Terrors, der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten, der Gedenkstätte MfS-Untersuchungshaftanstalt Hohenschönhausen, der Abteilung Bildung und Forschung der Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen (BStU), der Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, dem Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam (ZZF) und dem Forschungsverbund SED-Staat an der Freien Universität Berlin.

Auf ihre Initiative geht die Koordinationsstelle zurück, die im Dezember 2004 ihre Arbeit aufnahm und organisatorisch an das ZZF angeschlossen ist. Im Juli dieses Jahres trat ihr wissenschaftlicher Beirat zu seiner ersten Sitzung zusammen, dem neben führenden Vertretern Berliner und Brandenburger Forschungseinrichtungen und Gedenkstätten auch zwei auswärtige Mitglieder angehören. Finanziert wird die Koordinationsstelle von der Berliner Senatsverwaltung für Wissenschaft, Forschung und Kultur und dem Brandenburgischen Wissenschaftsministerium für zunächst elf Monate mit der Option, die Zuwendungen für weitere zwei Jahre zu verlängern.



*Mitbegründer der Koordinationsstelle: Ulrich Mählert (Stiftung Aufarbeitung), Konrad H. Jarausch (ZZF), Gabriele Camphausen (BStU), Manfred Wilke (Forschungsverbund SED-Staat), Markus Ohlhauser (Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten), Reinhard Rürup (Topographie des Terrors)*

Der Projektverbund Zeitgeschichte Berlin-Brandenburg konstituierte sich am 4. Juli 2005 auf einer Tagung in der Gedenkstätte Deutscher Widerstand, an der

rund 50 Vertreter von Forschungsinstituten, Gedenkstätten, Museen und historischen Aufarbeitungsinitiativen teilnahmen. Die Bezeichnung „Projektverbund Zeitgeschichte“ trägt der Tatsache Rechnung, daß es bei der Initiative der beteiligten Kolleginnen und Kollegen nicht um die Schaffung einer neuen Organisation geht, sondern um die Entwicklung transparenter Strukturen für eine erfolgreiche Vorbereitung und Durchführung vernetzter Forschungsprojekte.

#### *Aufgaben, Ziele und Themenschwerpunkte*

Die Serviceleistungen der Koordinationsstelle orientieren sich zum einen an den individuellen Bedürfnissen der beteiligten Forschungseinrichtungen, Gedenkstätten und Museen. Zum anderen tragen sie dem Anspruch Rechnung, den Dialog der verschiedenen Ansätze zur Erforschung der zeithistorischen Erinnerungslandschaft der deutschen Hauptstadtregion miteinander zu vernetzen. Die wichtigsten Ausgaben der Koordinationsstelle bestehen darin,

- an der Entwicklung neuer Projektideen mitzuwirken,
- den Informations- und Gedankenaustausch über thematisch verwandte Forschungsvorhaben zu fördern,
- geeignete Partner aus Gedenkstätten, Museen, historischen Aufarbeitungsinitiativen und akademischer Forschung für Verbundprojekte zu vermitteln,
- an der Vorbereitung von Projektanträgen mitzuwirken,
- die Antragsteller bei der Einwerbung von Drittmitteln zu unterstützen.

Zur Zeit richtet die Koordinationsstelle mehrere Foren ein, die zum Dialog der an zeithistorischen Fragen interessierten Wissenschaftler über aktuelle Forschungsfragen und wichtige Desiderate beitragen sollen und damit der Erschließung neuer Untersuchungsfelder dienen. Folgende Foren befinden sich seit Mitte des Jahres im Aufbau:

- Workshops zu einzelnen Schwerpunktthemen, in denen neue Projektideen entwickelt und Erfahrungen zu Forschungsschwerpunkten ausgetauscht werden,
- eine im Herbst beginnende Veranstaltungsreihe mit Vorträgen und Führungen von Fachkollegen, die wichtige Themen der Berlin-Brandenburgischen Erinnerungslandschaft im Kontext größerer Forschungsdebatten behandeln,
- eine Homepage, die vor allem dem Informationsaustausch der an den gemeinsamen Forschungsvorhaben beteiligten Institutionen dient ([www.zeitgeschichte-online.de/pvs](http://www.zeitgeschichte-online.de/pvs)).

In den bisher durchgeführten Workshops und in vielen Gesprächen mit Leitern und Mitarbeitern von Museen, Gedenkstätten und Forschungseinrichtungen hat die Koordinationsstelle im ersten Entwurf eines Forschungsrahmenprogramms über 20 Projektideen zusammengestellt, die für Verbundprojekte geeignet erscheinen. Diese verteilen sich auf die Themenschwerpunkte:

- System- und Regimewechsel,
- Herrschaft und Integration,
- Wirtschaft – Gesellschaft – Alltag,

- Ausgrenzung und Abgrenzung,
- Repression und Verfolgung,
- Opposition und Widerstand,
- Erinnerungskulturen.

Die Workshops, die sich auf die einzelnen Themenschwerpunkte des Projektverbunds Zeitgeschichte beziehen, dienen sowohl der Vernetzung von Forschungsinteressen als auch der Entwicklung neuer Verbundprojekte. So wurden auf dem ersten Workshop, der im Juni 2005 zum Thema „Teilung – Flucht – Mauer“ im Dokumentationszentrum Berliner Mauer in der Bernauer Straße stattfand, Projektideen diskutiert, die teils recht zügig, teils auch erst mittel- und langfristig in Forschungsvorhaben mehrerer Partner realisiert werden können. Als Forschungsdesiderate wären hier beispielsweise der Wandel der Fluchtmotive zwischen 1949 und 1989 oder der alltägliche Umgang mit der Teilung in Ost und West zu nennen. Wichtig ist bei diesen Projektvorhaben, daß alle Seiten von der gemeinsamen Arbeit gleichermaßen profitieren, die Projekte also sowohl der akademischen Forschung im engeren Sinne zugute kommen als auch Grundlagen für die Dokumentation in Gedenkstätten und Museen schaffen.

Eine Veranstaltungsreihe des Projektverbunds Zeitgeschichte Berlin-Brandenburg präsentiert im Winterhalbjahr vier Vorträge und eine Führung zum Thema „Historisches Erinnern und Gedenken im 20. Jahrhundert“. Sie beginnt im November 2005 mit einem Vortrag zum Thema „Zwischen Konsens und Konkurrenz – deutsche Erinnerungskulturen im Spannungsfeld von politischen Erwartungen und Verbandsinteressen“. Von Januar bis März 2006 folgen Vorträge zur Denkmalkultur in Frankreich nach 1944, zu den Geschichtsbildern junger Migranten in Deutschland, den unterschiedlichen Modi des Umgangs mit der NS-Vergangenheit sowie eine Führung durch die neu gestaltete Ausstellung im Haus der Wannsee-Konferenz. Über Termine und nähere Angaben informiert die Homepage des Projektverbunds ([www.zeitgeschichte-online.de/pvs](http://www.zeitgeschichte-online.de/pvs)).

*Kontakt: [schaarschmidt@zzf-pdm.de](mailto:schaarschmidt@zzf-pdm.de)*

*Postanschrift:*

*Koordinationsstelle des Projektverbunds Zeitgeschichte Berlin-Brandenburg  
Am Neuen Markt 1  
D-14467 Potsdam*

*Tel.: 0331/62071-93 (-94) oder 0170/4111754  
Fax: 0331/2899140*

**TODESOPFER AN DER BERLINER MAUER**  
**Kooperationsprojekt des Vereins Berliner Mauer und des ZZF**

**Hans-Hermann Hertle/Maria Nooke**

Die Einmauerung der Bevölkerung, der Schießbefehl und das Sterben an der Grenze gehören zu den Merkmalen der SED-Diktatur, die von einer breiten Öffentlichkeit wahrgenommen wurden. Die Mauer stand weltweit als Symbol für die Unmenschlichkeit eines Systems, dessen Menschenverachtung in Todeschüssen auf Flüchtlinge seinen Ausdruck fand und das ohne diese Form des Grenzregimes nicht hätte bestehen können.

Geschichte, Struktur und Funktionsweise des DDR-Grenzregimes, das bis 1989 die Existenz der DDR sicherte, sind mittlerweile gut erforscht. Die strafrechtliche Aufarbeitung der Gewalttaten an Mauer und Grenze ist seit November 2004 nahezu abgeschlossen. Dennoch existieren auch 44 Jahre nach dem Mauerbau und 15 Jahre nach der Öffnung der DDR-Archive keine gesicherten Angaben über die Zahl der Todesopfer. Je nach Erfassungsgrundlage bewegen sich die Zahlenangaben zwischen 86 (Staatsanwaltschaft Berlin), mindestens 92 (Der Polizeipräsident von Berlin), 114 (Zentrale Erfassungsstelle Salzgitter), 122 (Zentrale Ermittlungsstelle für Regierungs- und Vereinigungskriminalität) und 201 (Arbeitsgemeinschaft 13. August; Stand: 2004).



*Peter Fechter wurde am 17. August 1962 bei einem Fluchtversuch angeschossen. Er verblutete im Todesstreifen – vor den Augen der Welt*  
*(Foto: Polizeihistorische Sammlung Berlin)*

Zu DDR-Zeiten versuchten SED-Führung, Grenztruppen und MfS, Todesfälle an Mauer und Grenze wann immer möglich zu verheimlichen und zu verschleiern, in vielen Fällen selbst gegenüber den Familienangehörigen. In West-Berlin und in der Bundesrepublik hingegen war die Erfassung von Gewaltakten an Mauer und Grenze nur eingeschränkt möglich; wenn Schüsse an der Grenze fielen und beobachtet wurde, daß Flüchtlinge abtransportiert wurden, war zumeist nicht klar, wer diese Menschen waren und ob sie wirklich getötet worden waren. Die strafrechtliche Aufarbeitung nach 1990 galt ausschließlich den Fällen, in denen Flüchtlinge durch direkte Gewaltanwendung ums Leben gekommen waren; in den „Mauerschützen-Prozessen“ der zurückliegenden Jahre standen entsprechend die Täter im Mittelpunkt. So blieben der breiten Öffentlichkeit die Namen vieler Todesopfer, ihre Biographien, die Umstände, unter denen sie ums Leben kamen, und die Art und Weise, wie mit den Toten und ihren Angehörigen umgegangen wurde, bis heute weitgehend unbekannt.

Ziel unseres Projektes ist es, dieses Defizit zu beheben und die genaue Zahl der Todesopfer an der Mauer zu ermitteln, die Lebensgeschichten und Todesumstände aller Mauertoten in Text und Bild in Form biografischer Portraits zu dokumentieren, in den zeitgeschichtlichen Kontext einzubetten und in der Topographie der geteilten Stadt zu verorten. Wie viele Menschen kamen zwischen 1961 und 1989 an der Berliner Mauer ums Leben? Wer waren diese Menschen? Wie kamen sie zu Tode? Wie wurde mit den Familienangehörigen und dem Freundeskreis der Toten umgegangen? Welche öffentlichen und politischen Reaktionen lösten die Todesfälle in Ost und West aus?

Das Projektvorhaben, das von dem Bundesbeauftragten für Kultur und Medien gefördert wird, macht es sich zur Aufgabe, diesen Fragen auf breiter Quellengrundlage nachzugehen. Erstmals können dabei neben den Unterlagen in den einschlägigen Archiven alle Verfahrensakten umfassend ausgewertet werden, die die Staatsanwaltschaft im Zuge der strafrechtlichen Verfolgung von Gewalttaten an der Berliner Mauer in den zurückliegenden Jahren angelegt hat; auch die BStU-Akten werden im Rahmen dieses Projektes zum ersten Mal systematisch zu allen Todes- und Verdachtsfällen ausgewertet.

Arbeitsgrundlage des Projekts ist eine Definition des Begriffs „Todesopfer an der Berliner Mauer“, die folgende Fallgruppen umfaßt:

- Personen, die bei einem Fluchtversuch im Grenzgebiet von Angehörigen der bewaffneten Organe der DDR (i. d. R. durch Schusswaffeneinsatz) getötet wurden oder an den Folgen der dabei erlittenen Verletzungen gestorben sind;
- Personen, die bei einem Fluchtversuch im Grenzgebiet ohne Fremdeinwirkung durch einen Unfall zu Tode gekommen oder an den Folgen der dabei erlittenen Verletzungen gestorben sind (z. B. durch Stürze, Ertrinken, Herzversagen, etc.);
- Personen, die unabhängig von einer Flucht im Grenzgebiet aufgrund von Handeln oder Unterlassen staatlicher Organe der DDR verstorben sind (z. B. West-Berliner, die die Staatsgrenze der DDR „verletzten“, indem sie über die

Mauer kletterten oder Ost-Berliner, die versehentlich für Flüchtlinge gehalten und erschossen worden sind);

- Angehörige der DDR-Grenztruppen, die von Flüchtenden oder im Zusammenhang mit Fluchtaktionen im Grenzgebiet getötet oder tödlich verletzt wurden;
- Personen, die durch oder bei Handlungen der Grenzorgane zu Tode kamen, z.B. bei einer Kontrolle.

Auf der Grundlage aller vorhandenen Listen und der Sekundärliteratur, deren Angaben miteinander abgeglichen wurden, wurde in einer Vorstudie zu diesem Projekt eine Datenbank angelegt, die etwa 240 Todes- und Verdachtsfälle umfaßt. Alle diese Fälle werden im Rahmen der Projektarbeit überprüft.

Zu mehr als 120 Todesopfern finden sich bereits überwiegend von Gabriele Schnell verfaßte kurze Skizzen auf der Website „[www.chronik-der-mauer.de](http://www.chronik-der-mauer.de)“, die ebenfalls im Rahmen der Vorstudie erstellt wurden. Sie werden nach Auswertung aller Quellen im Zuge des Projekts zu ausführlichen Portraits vervollständigt. Mehr als 100 Fälle bedürfen intensiver Überprüfung. In vielen dieser Fälle fehlen Angaben zu Namen, Ort, Datum und/oder den Umständen des Todes. Der Rechercheaufwand für die Klärung dieser Verdachtsfälle ist besonders hoch. Bei einigen ist ein Zusammenhang mit dem Grenzregime nach dem jetzigen Kenntnisstand unwahrscheinlich, muß aber dennoch geprüft werden. Dazu gehören etwa Fälle, in denen Grenzsoldaten durch Suizid oder durch Schußwaffenunfälle gestorben sein sollen, oder aber Fälle, in denen Wasserleichen in Grenzgewässern geborgen wurden.

Die Ergebnisse werden der Öffentlichkeit in verschiedenen Formen zugänglich gemacht. Porträts einzelner Todesopfer werden bereits im Laufe der zweijährigen Projektarbeit im Dokumentationszentrum Berliner Mauer audiovisuell dargestellt. Diese multimediale Präsentation wird fortlaufend erweitert, bis ein vollständiges elektronisches Handbuch entsteht, das alle Todesfälle umfaßt. Parallel dazu werden Fallgeschichten auf der Webseite „[www.chronik-der-mauer.de](http://www.chronik-der-mauer.de)“ (Bundeszentrale für politische Bildung, Deutschlandradio und Zentrum für Zeit-historische Forschung) multimedial präsentiert. Den Abschluß der Projektarbeit bildet die Publikation der Ergebnisse in Form eines biographischen Handbuches, das in Texten und Abbildungen alle Todesopfer porträtiert und eine zeitgeschichtliche Kontextualisierung der Todesfälle an der Berliner Mauer leistet. Einzelne Fallgeschichten sollen zudem in die Dauerausstellung des Hauses der Brandenburgisch-Preußischen Geschichte in Potsdam integriert werden. Darüber hinaus gehen die Ergebnisse der Projektarbeit in die weitere Ausgestaltung des Gedenkensembles an der Bernauer Straße ein.

Das Projektvorhaben schafft eine Voraussetzung für die Erarbeitung einer Gesamtdokumentation aller Opfer des DDR-Grenzregimes im Sinne des „Gedenkkonzepts Berliner Mauer“ des Senats von Berlin. Zugleich leistet es einen ersten Schritt hin zur Aufarbeitung aller Todesfälle an Mauer und innerdeutscher Grenze in der gesamten Zeit der deutschen Teilung 1949 bis 1989. Damit bietet es auch eine wesentliche Grundlage für das im Antrag der CDU/CSU-Fraktion des



Deutschen Bundestages (BT Drs. 15/4719) geforderte Totenbuch, das als Ergänzung zum Mahnmal im Marie-Elisabeth-Lüders-Haus ausgelegt werden soll, und für das Gedenken an die deutsche Teilung, als dessen Ort der Deutsche Bundestag am 30. Juni 2005 einstimmig das Gelände um das Brandenburger Tor festgelegt hat (BT Drs. 15/4795; BT Plenarprotokoll 15/184, 30.6.2005).

*Kontakt: [hertle@zzf-pdm.de](mailto:hertle@zzf-pdm.de); [nooke@berliner-mauer-dokumentationszentrum.de](mailto:nooke@berliner-mauer-dokumentationszentrum.de)*

*Projektmitarbeiter:*

*Dr. Udo Baron ([baron@berliner-mauer-dokumentationszentrum.de](mailto:baron@berliner-mauer-dokumentationszentrum.de))*

*Christine Brecht, M.A. ([brecht@berliner-mauer-dokumentationszentrum.de](mailto:brecht@berliner-mauer-dokumentationszentrum.de))*

*Kontaktanschrift:*

*Projekt Mauertote*

*Dokumentationszentrum Berliner Mauer*

*Bernauer Str. 111*

*D-13355 Berlin*



*Denkmal für die Todesopfer der Mauer in Treptow (Foto: HHH)*

**ZWISCHEN IDEOLOGIE UND ÖKONOMIE.  
Das Politikum der Ganztagschule im deutsch-deutschen Vergleich  
(1945-1989)**

**Karen Hagemann/Konrad H. Jarausch**

Die Volkswagen-Stiftung bewilligte in diesem Jahr die Förderung eines dreijährigen Forschungsprojektes mit dem Titel „Zwischen Ideologie und Ökonomie: Das Politikum der Ganztagschule im deutsch-deutschen Vergleich (1945-1989)“ für drei Jahre. Das Projekt wird von Prof. Dr. Karen Hagemann (Technische Universität Berlin und University of North Carolina/Chapel Hill) und Prof. Dr. Konrad H. Jarausch (Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam und University of North Carolina/Chapel Hill) geleitet und von der Historikerin Dr. Monika Mattes bearbeitet. Es ist angebunden an das Zentrum für Zeithistorische Forschung in Potsdam und eingebunden in eine internationale und interdisziplinäre Forschungsgruppe zum Thema „Das deutsche Halbtagsmodell: Ein Sonderweg in Europa? Eine Analyse der Zeitpolitiken öffentlicher Bildung im Ost-West-Vergleich (1945-2000)“, die von Prof. Dr. Allemann-Ghionda (Pädagogisches Seminar der Universität Köln), Prof. Dr. Karen Hagemann (Projektleitung) und Prof. Dr. Konrad H. Jarausch durchgeführt und ebenfalls von der Volkswagen-Stiftung für einen Zeitraum von drei Jahren gefördert wird. Im Rahmen des Projekts werden ein interdisziplinärer Workshop mit internationaler Beteiligung in Potsdam (31. März – 1. April 2006) und eine wissenschaftliche Tagung in Köln (1.-3. März 2007) stattfinden.

Beide Vorhaben widmen sich mit der Ganztagschule einem höchst aktuellen politischen Thema, dessen Diskussion sie historische Tiefenschärfe geben wollen. Die systematische Vergleichsperspektive wird die spezifische Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland erklären helfen und dadurch auch Hinweise darauf geben können, wo bei einer erfolgreichen Reform angesetzt werden müßte.

Die Ganztagschule ist heute in fast allen europäischen Ländern der Normalfall. Neuerdings steht sie auch in der Bundesrepublik auf der bildungspolitischen Agenda ganz oben, obwohl sie dort noch bis vor kurzem primär als Schule für „Problem- und Schlüsselkinder“ galt. Das Angebot an ganztägiger Bildung und Betreuung, das die Bundesrepublik für Grundschul Kinder bereitstellt, ist im internationalen Vergleich außerordentlich gering. Lediglich fünf Prozent aller Kinder im Grundschulalter besuchen derzeit eine Ganztagschule, weitere fünf Prozent einen Hort. Dies erschwert es insbesondere Frauen, Familie und Beruf miteinander zu vereinbaren. Mit zunehmender Qualifikation entscheiden sich Frauen auch aus diesem Grund immer häufiger gegen Kinder. Erst die Sorge um die bevölkerungspolitische Entwicklung einerseits und um die Leistungsfähigkeit deutscher Schulkinder nach PISA andererseits hat in den letzten Jahren die Annäherung der bis dato sehr unterschiedlichen Positionen zur Ganztagschule

beschleunigt. Mittlerweile wird der Ausbau des Ganztagsangebots parteienübergreifend befürwortet. Der Weg von der politischen Absichtserklärung zur flächendeckenden Realisierung ist allerdings noch weit.

Die zeithistorische Studie über die Diskurse und Politiken zur ganztägigen Bildung und Erziehung von Schulkindern im BRD-DDR-Vergleich möchte die aktuelle bildungspolitische Diskussion durch eine historische Langzeitanalyse mit vergleichendem Blickwinkel vertiefen. Die systematische Vergleichsperspektive ermöglicht es, die spezifische Entwicklung der Bundesrepublik herauszuarbeiten. Dies bietet die Chance zu verstehen, welche politischen und kulturellen Faktoren in der Bundesrepublik den Ausbau des Ganztagschulangebots bislang blockierten.

Bundesrepublik und DDR, die nach 1945/1949 diametral entgegengesetzte Pfade bei der Gestaltung ihrer Bildungs-, Erziehungs- und Sozialsysteme einschlugen, teilten eine gemeinsame Tradition: die in der Weimarer Republik institutionalisierte Aufgabenteilung zwischen Staat, Gesellschaft und Familie, bei der Schulbildung als Staatsaufgabe und Kindererziehung als Elternpflicht definiert und ein öffentliches Erziehungsangebot nur für soziale Problemfälle vorgesehen war. Die Bundesrepublik knüpfte an dieses Modell an, dem das Ernährer-Hausfrau-/Zuverdienerin-Ideal zugrunde lag. Die DDR beschritt hingegen einen neuen Weg, der Kindererziehung offiziell zur Staatsaufgabe machte. In der Praxis blieb die Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern trotz einer hohen Frauenerwerbsquote weitgehend unangetastet, so daß für die „staatssozialistische“ Kleinfamilie vom „Zwei-Verdiener-Hausfrau/Mutter“-Modell gesprochen werden kann.

Im Westen wie im Osten Europas waren beide Staaten mit ihrer jeweiligen Ausgestaltung der Zeitstruktur des öffentlichen Bildungs- und Erziehungssystems einzigartig. In keinem anderen Land in Westeuropa außer in Österreich ist die Halbtagschule heute mehr das dominante Modell – die Bundesrepublik hat hier seit den 1960er Jahren einen ‚Sonderweg‘ beschritten. Die DDR wiederum betrieb einen stärkeren Ausbau des ganztägigen Bildungs- und Betreuungsangebots für Kindergarten- und Schulkinder als jedes andere Land im ehemaligen Ostblock. Damit korrespondierten eine vergleichsweise hohe Erwerbsbeteiligung von Müttern in der DDR und eine eher niedrige, über Teilzeitarbeit allmählich steigende Erwerbsbeteiligung von Müttern in der Bundesrepublik.

Das Projekt untersucht die Ursachen für die weitreichenden Unterschiede, fragt aber auch nach systemübergreifenden Gemeinsamkeiten. Es analysiert, welche Faktoren bei der Ausformung der veröffentlichten und internen Diskurse und realisierten Politiken zur Ganztagsbildung und -erziehung in Ost und West wie und in welchen historischen Kontexten zusammenwirkten und nachwirkten. Dabei werden die historisch gewachsenen rechtlichen und organisatorischen Grundlagen des Erziehungs- und Schulsystems ebenso in den Blick genommen wie die kulturell jeweils vorherrschenden Konzepte von Bildung, Erziehung, Familie und der angemessenen geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung, die gesellschaftlichen und politischen Interessengruppen in Bildungs- und Erziehungs-

fragen und nicht zuletzt die politik-, gesellschafts- und wirtschaftsgeschichtlichen Rahmenbedingungen der beiden deutschen Teilstaaten.

Das Forschungsvorhaben setzt zeitliche und regionale Schwerpunkte. Zeitlich widmet es sich ausführlich dem ersten Jahrzehnt nach 1945, das für beide deutsche Staaten eine Phase entscheidender Veränderungen darstellte, und den 1960er und 1970er Jahren, die in beiden Teilen Deutschlands durch einen Reformschub gekennzeichnet waren. Um regionale Differenzen und konkrete historische Kontexte genauer auszuleuchten, sollen für die föderativ strukturierte Bundesrepublik Fallstudien für die Bundesländer Bayern, Hessen und West-Berlin erarbeitet werden. Für die DDR wird neben der „Hauptstadt Berlin“ die Region Sachsen exemplarisch untersucht.

In ihrer theoretischen Verortung und ihrem methodischen Vorgehen wird sich die Studie einerseits auf die sozial- und politikwissenschaftliche Debatte über „Geschlecht und Wohlfahrtsstaat“ stützen, die vorrangig im angloamerikanischen und skandinavischen Raum stattfindet. Andererseits wird auf das Konzept der „Pfadabhängigkeit“ zurückgegriffen. Dieses Konzept zielt darauf ab zu erklären, warum und aufgrund welcher Konstellationen sich in verschiedenen Gesellschaftssystemen politische und gesellschaftliche Lösungsmuster durchsetzen können.

Weitere Informationen zum Projektverbund und zum Programm von Workshop und Tagung finden sich auf den Websites [www.zzf-pdm.de](http://www.zzf-pdm.de) und [www.time-politics.com](http://www.time-politics.com).

*Kontakt: [hagemann@kgw.tu-berlin.de](mailto:hagemann@kgw.tu-berlin.de) oder [hagemann@unc.edu](mailto:hagemann@unc.edu)*

## DEMONTAGEN IN DER SBZ UND BERLIN 1945-1948: SACHTHEMATISCHES INVENTAR

**Klaus Jochen Arnold**

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges demontierte die Sowjetunion in ihrer Besatzungszone und Berlin rund 3470 Objekte; 5.114.000 Millionen Tonnen Material wurden abtransportiert. Der Abbau kompletter Industrieanlagen, vor allem der Rüstungsindustrie, erfolgte gemäß den alliierten Erklärungen von Jalta und Potsdam 1945 zur Entmilitarisierung und diente in der SBZ als Reparationsleistung für die im Zweiten Weltkrieg durch das Deutsche Reich in den sowjetischen und polnischen Gebieten angerichteten Zerstörungen.

Der Abtransport von wertvollen – zumeist den modernsten – Industrieanlagen sowie wichtiger Teile der Infrastruktur, insbesondere von Gleis- und Kommunikationsanlagen, hatte einschneidende Folgen für die Wirtschaft der SBZ und die spätere Entwicklung der DDR. Die Demontagen wurden in mehreren Wellen vorgenommen; nicht selten fielen unter großen Anstrengungen aufgebaute Betriebe einem neuerlichen Abbau zum Opfer. Auch die Haltung der Deutschen gegenüber der Besatzungsmacht wurde durch die oft als willkürlich und kontraproduktiv empfundenen Maßnahmen beeinflusst – und nicht ohne Grund wurde dieses Thema in den Nachkriegsjahren kontrovers diskutiert.

Gleichwohl sind wichtige Aspekte der sowjetischen Demontagepolitik und ihrer Folgen bislang nicht näher untersucht worden. Welche Bedeutung die Demontagen für den sozialen Wandel der ostdeutschen Gesellschaft besaßen, ist eine der Fragen, für die sich die Forschung in wachsendem Maße interessiert. Dazu gehören beispielsweise auch die teilweise brutalen Umstände, unter denen 1945/46 Hunderttausende für Abbaumaßnahmen eingesetzt wurden.

Im Jahr 1997 stieß Jochen Laufer (ZZF) im Bestand des Chefs der Zentralen Statistischen Verwaltung der UdSSR in Moskau auf eine „Liste der demontierten und in die UdSSR aus der SBZ in Deutschland abtransportierten Betriebe“. Dieser Fund war Anlaß für zwei Arbeitstreffen deutscher und russischer Historiker und Archivare, die schließlich in ein gemeinsames Projekt des Brandenburgischen Landeshauptarchivs und des Zentrums für Zeithistorische Forschung mündeten, das von der Deutschen Forschungsgemeinschaft gefördert wird.

Ziel des Projektes ist die systematische Erfassung der Quellen mit Demontagebezug auf der Ministerialebene, außerdem die Verifizierung der Moskauer Liste („ZZF-Liste“). Mit Hilfe des sachthematischen Inventars soll die Forschung beflügelt und ein Arbeitsmittel bereitgestellt werden, entsprechende Quellen in den Archiven zügig aufzufinden. Außerdem kann auf diese Weise eine Voraussetzung für die künftige Erschließung der sowjetischen Quellen geschaffen werden. Weitere Informationen bietet die Website [www.zzf-pdm.de/demontage.html](http://www.zzf-pdm.de/demontage.html).

*Kontakt: [arnold@zzf-pdm.de](mailto:arnold@zzf-pdm.de)*

**VERFILMUNG, DIGITALISIERUNG, INDIZIERUNG UND VERÖFFENTLICHUNG  
DER DOKUMENTE DER SOWJETISCHEN MILITÄRADMINISTRATION  
IN DEUTSCHLAND 1945-1949  
IM STAATSARCHIV DER RUSSISCHEN FÖDERATION (GARF)**

**Konrad H. Jarausch/David Pike/Hartmut Weber**

Durch die Erarbeitung einer innovativen Datenbank von digitalisierten Dokumenten aus dem russischen Staatsarchiv (GARF) will das Projekt, das von der Volkswagen Stiftung gefördert wird, die Erforschung der Sowjetischen Besatzung in Deutschland einen wesentlichen Schritt vorwärts bringen. Es setzt die bisherige Arbeit des Bundesarchivs zur Verfilmung und zur Digitalisierung der SMAD-Bestände im russischen Staatsarchiv fort, baut auf den vorherigen Arbeiten an den SMAD-Befehlen, die bereits von der VW-Stiftung finanziert wurden, auf, und erweitert diese durch die vollständige Einbeziehung aller weiteren Sachakten der SMAD-Sammlung, die im GARF aufbewahrt sind. Die daraus resultierende Datenbank wird durch die vielfältige Indexierung der darin enthaltenen Digitate für alle interessierten Historiker ein einmaliges Forschungswerkzeug zur Verfügung stellen, das ihre Arbeit in der Zukunft wesentlich erleichtern wird, da es Originalquellen in leicht suchbarer Form zugänglich macht. Die Bereitstellung der Datenbank im Bundesarchiv, am ZZF sowie in den USA wird es der internationalen Forschergemeinschaft erlauben, über die traditionelle archivalische Erschließung hinaus schnell entsprechende sowjetische Betreffe zu finden.

Auf der Grundlage der im Befehlsprojekt gesammelten Erfahrungen verfolgt das neue Projekt folgende Ziele:

- 1) die komplette, systematische Verfilmung der deklassifizierten Dokumente der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD), die im russischen Staatsarchiv (GARF) vorhanden sind;
- 2) die Weiterführung der Digitalisierung der gesamten Dokumente;
- 3) die Fortsetzung der Indexierung dieser Dokumente auf der Ebene a) von kompletter Verzeichnung sowie b) selektiver wissenschaftlicher Aufarbeitung;
- 4) die Kombination der existierenden Datenbanken in ein einziges „elektronisches SMAD-Archiv“ mit den bereits im Befehlsprojekt entwickelten tiefen Suchmöglichkeiten;
- 5) die Verbindung aller verwandten digitalisierten Dokumente in Datenbankeinträgen zur PC-Sichtung;
- 6) die Herausgabe von auf der Datenbank aufbauenden, thematischen Dokumenteneditionen;
- 7) schließlich auch die Vorbereitung von Auswahlbänden der obigen Editionen in deutscher Sprache für allgemein interessierte Leser.

In seiner Gesamtheit wird das Projekt einen wesentlichen Beitrag zum Verständnis zentraler Fragen der äußeren Beeinflussung der deutschen Nachkriegsgeschichte leisten sowie die Kenntnis der inneren Dynamik der Sowjetischen Besetzung Deutschlands entscheidend vertiefen. Die technologische Innovativität des Projekts (wie die Entwicklung eines Web-Zugangs zur Datenbank) ermöglicht einen bisher unbekanntem Grad der Benutzung russischer Dokumente durch die digitale Reproduktion der Originale und ihre vielfältige schnelle Suchbarkeit nach Schlüsselinformation. Darüber hinaus wird das Projekt den Abschluß der Verfilmung der sowjetischen Dokumente im GARF garantieren, also das Gegenstück zu der OMGUS-Überlieferung endlich auch in Deutschland zugänglich machen.

\* \*  
\*

#### **HISTORIKERIN AUS NEW ORLEANS ZU GAST IM ZZF**

*Das Zentrum für Zeithistorische Forschung in Potsdam unterstützt eine von Hurricane „Katrina“ betroffene Kollegin aus New Orleans: Dr. Marline Otte, Historikerin an der Tulane University, forscht von Oktober bis Dezember 2005 als Gastwissenschaftlerin über die Geschichte der Amateurfotografie im geteilten Deutschland zwischen 1949 und 1990 und arbeitet dabei mit dem von Privatdozent Dr. Thomas Lindenberger geleiteten Projekt „Massenmedien im Kalten Krieg“ zusammen.*

*Marline Otte hat in Bielefeld Geschichte studiert und an der University of Toronto mit einer Studie über jüdische Künstler in der Unterhaltungsindustrie in Deutschland um 1900 promoviert. Ihren Potsdam-Aufenthalt will sie vor allem für die Suche nach Materialien und Zeugnissen von Privatpersonen aus der DDR nutzen. Besonders interessiert sie sich für Familien-Fotoalben und Brigade-Fotoalben.*

*Die größte Hochschule von New Orleans, die Tulane University, muß wegen Flutschäden voraussichtlich bis Anfang nächsten Jahres geschlossen bleiben und kann ihren Mitarbeitern auch keine Gehälter zahlen. Ermöglicht wurde die unbürokratische und rasche Unterstützung von Frau Otte durch das von der Deutschen Forschungsgemeinschaft geförderte Gastwissenschaftlerprogramm des ZZF.*

*Wer bereit ist, Frau Otte Fotoalben aus der DDR-Zeit zur Einsicht zur Verfügung zu stellen, kann sich gerne an das ZZF wenden (Kontakt: Sekretariat ZZF, 0331 - 28991 57).*

TL

**KATHOLISCHE LAIEN IN EUROPA 1945-1989.  
Überblicke und Diskussionen über die Forschung in fünf Ländern  
(Deutschland, Frankreich, Italien, Polen, Ungarn)  
ZZF-Workshop, Potsdam, 25. Februar 2005**

**Krisztina Csörgei/Agnes Kuciel**

Der Workshop „Katholische Laien in Europa 1945-1989“, der am 25. Februar 2005 am Zentrum für Zeithistorische Forschung (ZZF) in Potsdam stattfand, widmete sich neueren Ansätzen innerhalb der Katholizismusforschung in Beziehung zur Zeitgeschichtsschreibung in Europa. Dabei erwies sich die Teilnahme von Historikerinnen und Historikern aus Frankreich, Polen und Ungarn, aber auch aus der Schweiz und den Niederlanden als sehr gewinnbringend. Herkömmliche historiographische Fixpunkte wie die Entstehung der Christdemokratie oder das Zweite Vatikanische Konzil (1962-65) spielten ebenso wie übergreifende Erklärungsmodelle (Säkularisierung, Privatisierung, Individualisierung) während der Diskussion eine geringere Rolle. Gesucht wurde stattdessen nach alternativen, differenzierenden und eher kulturhistorischen Ansätzen, um sowohl Unterschiede als auch Gemeinsamkeiten in der Geschichte des europäischen Laienkatholizismus nach 1945 in den Blick zu nehmen.

Einen Überblick über die bisherige Forschung zum deutschen (Laien-)Katholizismus lieferte *Christoph Kösters* (Bonn), der für eine Lockerung der Periodisierung eintrat. Statt mit dem Jahr 1945 zu beginnen, plädierte er für die Untersuchung der ‚langen 40er-Jahre‘ (1943 bis zum Mauerbau) als ‚Sattelzeit‘ einer Neuformierung des deutschen Laienkatholizismus sowie für eine stärkere Berücksichtigung der Vor- und Nachgeschichte des Konzils. Kösters wies aber auch auf die Schwierigkeiten für die zeitgeschichtliche Katholizismusforschung aufgrund der Sperrfristen von Kirchenakten hin. Während die Quellenlage für die DDR bereits relativ gut erschlossen sei, müsse für die Bundesrepublik noch mit großen Verzögerungen gerechnet werden. Doch ließe sich schon jetzt eine Tendenzwende in der Katholizismusforschung feststellen, die sich nun stärker auf Westdeutschland ausrichte. In methodischer Hinsicht wäre für die Erforschung des Katholizismus in beiden deutschen Staaten wünschenswert, die bisherige Fokussierung auf organisationszentrierte Untersuchungen zugunsten einer stärkeren Berücksichtigung der Mentalitäten und kollektiven Identitätsbildungsprozesse, auch unter Berücksichtigung des generationellen Aspektes, zu überwinden.

Hinsichtlich des polnischen Laienkatholizismus wies *Izabella Main* (Poznań) auf die Defizite der bisherigen Forschungsansätze hin, die zu sehr auf das institutionelle Verhältnis von Staat und Kirche ausgerichtet seien. Die einseitige Behandlung des Themas durch die theologische Kirchengeschichtsschreibung hätte zu Verkürzungen geführt, die häufig einen binnenkirchlichen, wenn nicht gar apologetischen Charakter aufwiesen. Ganze Bereiche des religiösen Lebens,



insbesondere des Laienkatholizismus, seien bislang vernachlässigt worden, weshalb der Trugschluß, in Polen habe der Laienkatholizismus kaum eine Rolle gespielt, so lange überdauern konnte. Bei näherer Betrachtung treffe man jedoch auf eine beeindruckende Fülle von grassroots-Bewegungen, die sich seit den staatlichen Registrierungserlassen und der Unterdrückungspolitik ab 1949 nur in inoffiziellen und losen Formationen zusammenfinden konnten. Izabella Main präsentierte ein beeindruckendes Tableau solcher katholischen Kleingruppen, die vor allem seit Mitte der 1970er-Jahre im Zuge der charismatischen Erneuerungsbewegung gerade unter katholischen Jugendlichen Zuspruch fanden. Hinzukamen zahlreiche kleinere akademische Gruppen, die häufig im direkten Zusammenhang mit der Solidarność-Bewegung standen und zum Dialog zwischen linken Dissidenten und katholischen Positionen beitrugen.

Wie stark der Katholizismus auch in Frankreich vom jeweiligen politischen Kontext beeinflußt war, wies *Marie-Emmanuelle Reytier* (Lyon) nach. Die weltanschauliche Konkurrenz mit der sehr populären kommunistischen Partei, die nach 1945 merklige Erfolge verbuchen konnte, führte hier zu innovativen Ansätzen des Apostolats, wie etwa zur Bewegung der Arbeiter-Priester und der milieuorientierten Mission. Bis 1968 besaß die französische Kirche gerade aufgrund ihrer politisch-sozialen Reaktions- und Anpassungsfähigkeit, nicht zuletzt durch die Initiative des Erzbischofs von Paris (Suhard), eine große gesellschaftliche Bedeutung. Allerdings kam es während der 1960-er und 1970-er Jahre aufgrund des Wirtschaftsaufschwungs und allgemeinen Wohlstands zu einer Abnahme katholischer Wertbezogenheit innerhalb der französischen Bevölkerung. Vor allem aber die Studentenbewegung Ende der 1960-er Jahre führte zu einem deutlichen Bedeutungsverlust der katholischen Kirche in der Öffentlichkeit, da die neuen intellektuellen Moden die kulturellen Eliten nun in gegensätzliche Richtungen auseinander trieb und den Dialog zwischen katholischer Intelligenz und den Anhängern eines antihumanistisch auftretenden Strukturalismus für lange Zeit unmöglich machte. Abschließend wurde von Reytier die Frage aufgeworfen, inwiefern das Jahr 1989 tatsächlich als Epochenzäsur in der Geschichte des europäischen Laienkatholizismus aufgefaßt werden könne, denn zumindest für den Katholizismus in Frankreich habe der Fall der Mauer nur eine geringe Rolle gespielt.

In seinem Vortrag zu Ungarn stellte *Csaba Szabó* (Budapest) die wichtigsten Forschungsrichtungen zum Thema Katholizismus nach 1945 in diesem Land vor. So sei die Forschungslandschaft bis 1989 von marxistischen Historikern dominiert gewesen, die zwar zum Teil gute Quellenforschung betrieben hätten, deren ideologische Feindseligkeit gegenüber der katholischen Kirche jedoch nicht zu übersehen sei. Die Gruppe der katholischen Theologen, welche vor allem aus dem Exil heraus schrieben, litt demgegenüber unter dem schlechten Quellenzugang. Auch nach 1989 konnten die bestehenden Forschungslücken noch nicht vollständig geschlossen werden. Es wurde deutlich, daß für den ungarischen Katholizismus die Verständigung zwischen der Staatsführung und dem Vatikan Anfang der 1960er-Jahre eine zentrale Bedeutung besaß, während das Zweite

Vatikanische Konzil insgesamt nur einen geringeren Einfluß ausübte. Wegen des 1964 zwischen dem Staat und dem Vatikan abgeschlossenen Abkommens sei die Kirche gezwungen worden, sich von vielen kleinen Laiengruppierungen zu distanzieren bzw. diese zu disziplinieren. In Ungarn war das religiöse Engagement somit stark verknüpft mit politischer Dissidenz.

*Árpád von Klimó* (Potsdam) schilderte in seinem Vortrag die Forschungslage zum italienischen Laienkatholizismus. Die katholische Kirche sei hier in den ersten Nachkriegsjahren von einem starken Triumphgefühl geleitet gewesen, da sie als einzige große Institution den Zweiten Weltkrieg unbeschadet überstand. So wurde sie zum begehrten Verhandlungspartner für die USA, genoß eine starke Unterstützung seitens des italienischen Staates und feierte letztendlich mit dem Wahlsieg der Democrazia Cristiana (DC) am 18. April 1948 politische Erfolge. Als das Besondere an der italienischen Christdemokratie kann ihre starke Verbindung mit der Katholischen Aktion (Azione Cattolica, AC) gelten, welche bis Mitte der 1960er-Jahre rund 2,5 Millionen Mitglieder zählte. In der Forschung wurden AC und Christdemokratie daher lange Zeit im Sinne eines homogenen „mondo cattolico“ gleichgesetzt. Ein neuerer Blick zeigt jedoch, daß die AC in sich zersplittert war und langsam an Einfluß einbüßte. Parallel zur Machtentfaltung der katholischen Kirche (Wahltriumph der DC) habe eine rasante Entkirchlichung der italienischen Gesellschaft stattgefunden, in deren Verlauf sich die Lebenswelt katholischer Laien stark verändert habe. Die Verengung der Forschungsperspektive auf katholische Eliten und Intellektuelle, bei gleichzeitiger Vernachlässigung der breiten gesellschaftlichen Basis habe allerdings dazu geführt, daß diese Entwicklungen noch nicht hinreichend erforscht seien und die Katholizismusforschung in Italien somit noch immer auf der Suche nach dem „Laien“ sei.

Die Schwierigkeiten, den Unterschieden zwischen den einzelnen Ländern gerecht zu werden ohne die strukturellen Gemeinsamkeiten aus den Augen zu verlieren, waren noch einmal Thema des zusammenfassenden Abschlußreferats von *Klaus Große Kracht* (Potsdam). Problematisiert wurde hier zunächst der Milieubegriff, da sich dieser auf konfessionell homogene Gesellschaften wie Frankreich oder Polen vermutlich nur schwer anwenden lasse. Auch Begriffe wie ‚Laizismus‘ oder ‚Säkularisierung‘ erschienen zunehmend problematisch, da sie häufig von konfessionellen Vorannahmen geprägt seien. Des Weiteren müsse die Frage nach dem Verhältnis zwischen interner (theologisch-kirchengeschichtlicher) und externer (historisch-sozialwissenschaftlicher) Perspektive geklärt werden. Zu vermeiden sei vor allem eine essenzialisierende Sicht, denn das, was jeweils als ‚Katholizismus‘ erscheine, sei im hohen Maße kulturell und sozial konstruiert. Für die Europäisierung der Perspektive schlug Große Kracht deshalb vor, im Anschluß an Norbert Elias oder Pierre Bourdieu von ‚religiösen Figurationen‘ oder ‚religiösen Feldern‘ auszugehen, um die Machtverhältnisse zwischen den jeweiligen Akteuren eines Feldes sowie die Friktionen mit anderen gesellschaftlichen Bereichen stärker in den Blick zu nehmen.

In der abschließenden Diskussion wurden die einzelnen Forschungszugänge noch einmal aufgegriffen. *Franziska Metzger* (Fribourg, Schweiz) betonte die Wichtigkeit der Berücksichtigung der Geschichte der jeweiligen religiösen Semantiken in den einzelnen Ländern, die nicht immer ineinander übersetzbar seien. Vielmehr müsse der „Katholizismus“ als ein spezifisches „Kommunikationssystem“ analysiert und beschrieben werden. *Christian Kuchler* (München) griff diesen Ansatz insbesondere hinsichtlich der Mediengeschichte auf: Da die modernen Massenmedien in sich supranational ausgerichtet seien, böten sie – etwa hinsichtlich der Frage der Haltung von Katholiken zu internationalen Kinoerfolgen – gute Vergleichsmöglichkeiten. Gleichzeitig sei die Rezeption medial vermittelter Inhalte regional bzw. national äußerst unterschiedlich. Auch *Bartosz Kaliski* (Warschau) und *Peter von Dam* (Amsterdam) wiesen in ihren Kommentaren auf nationale Besonderheiten in der Entwicklung des europäischen Laienkatholizismus hin, ebenso wie *Hella Dietz* (Erfurt) und *Antonius Liedhegener* (Jena). Bereits zuvor hatte *Wolfgang Tischner* (Leipzig) hinsichtlich des europäischen Vergleichs vor der modernisierungstheoretischen Schimäre eines West-Ost-Gefälles gewarnt. So ließe sich z.B. der Katholizismus in der DDR nicht auf einen traditionellen Ghettokatholizismus reduzieren, da er z. T. sehr moderne Formen katholischer Praktiken und Frömmigkeit aufweise. Die Untersuchung der religionsgeschichtlichen Gemeinsamkeiten in den verschiedenen europäischen Gesellschaften zur Zeit des Kalten Krieges bleibt somit weiterhin ein wichtiges Desiderat der zeitgeschichtlichen Katholizismusforschung. *Árpád von Klimó* nannte abschließend folgende, sich zum Vergleich eignende Faktoren: die Konstruktion einer katholischen Identität, den Papstbezug, den Marienkult, die Kirche als soziale Institution. In kulturgeschichtlicher Perspektive erscheine der (Laien-)Katholizismus als ein Ensemble aus Praktiken, Ritualen und Orten, das nur im Spannungsverhältnis dieser drei Ebenen zueinander verstanden werden könne.

**MEDIEN UND POLITISCHE TRANSFORMATIONSPROZESSE  
IN EUROPA NACH 1945  
3. Doktorandenforum des ZZF, Potsdam, 3./4. März 2005**

**Steffen Peske/Kristin Winter**

Organisiert von Friederike Kind, Heiner Stahl, Melanie Arndt und Christopher Görlich veranstaltete das Zentrum für Zeithistorische Forschung im März 2005 das 3. ZZF-Doktorandenforum, das sich dem Thema „Medien und politische Transformationsprozesse in Europa nach 1945“ zuwandte. Der geschäftsführende Direktor des ZZF, Prof. Dr. Martin Sabrow, betonte in seiner Eröffnungsansprache, daß die ZZF-Doktorandenforen nicht nur international sowie interdisziplinär den wissenschaftlichen Nachwuchs, sondern auch die Vernetzung zwischen Universitäten und außeruniversitären Forschungseinrichtungen fördern sollen. Das 3. ZZF-Doktorandenforum nahm diese Forderung ernst, wie seine Zusammensetzung aus jungen Historikern, Kunsthistorikern, Politologen und Kommunikationswissenschaftlern zahlreicher europäischer Länder auf dem Podium und im Plenum zeigte, aber auch die Mitwirkung von wissenschaftlichen Mitarbeitern des Potsdamer Instituts als Kommentatoren und Moderatoren.

Den Einführungsvortrag „Medien und Transformation“ hielt *Dr. Michaela Tzankoff (Hamburg)*. Die Kommunikations- und Politikwissenschaftlerin wies darauf hin, daß die Politikwissenschaft die Transformation der Medien bisher kaum erforscht hat. Tzankoff versuchte das Feld zu erschließen, indem sie Kriterien aufstellte, mit denen die Transformation beschrieben werden kann. In der anschließenden Diskussion entfaltete sich jedoch mitunter heftige Kritik daran, den Grad der „Professionalität“ der Journalisten oder der „Unabhängigkeit“ der Medien als Maßstab für die Transformation gelten zu lassen.

Die erste Sektion, die sich mit der Thematik medialer Identität und Ästhetik beschäftigte, und von *Dr. Pavel Kolar (Potsdam)* moderiert wurde, begann mit einem Vortrag von *Manuela Tesak (Wien)* über „Medien als Quelle für kollektive Alteritäts- und Identitätsdiskurse in den 90er Jahren in Österreich“. Nach einer ausführlichen Darstellung österreichischer Identitätskonstruktionen („Abgrenzungsidentität“, „Opferthese“) versuchte Tesak zu zeigen, wie sich verschiedene Diskursstränge zur Identitätsbildung im Nachkriegsösterreich mit Diskursen um die DDR und das vereinigte Deutschland kreuzten. Als Beispiele wählte sie u.a. die Auseinandersetzung um die deutsche Einheit, die Beschreibung der DDR als „anderen deutschen Staat“ und den Umgang mit der DDR-Retrokultur. In der anschließenden Diskussion wurde angeraten, die Besonderheit des DDR-Diskurses und seinen Einfluß auf die österreichische Identitätskonstruktion genauer zu definieren.

Der anschließende Vortrag von *Nathalie Neumann (Berlin)* beschäftigte sich mit einer Fotoreportage Willy Ronis', die das französische DDR-Bild widerspiegelte und, so die These, auch Einfluß auf die Geschichte genommen habe. Ronis pro-

duzierte mit seinen Bildern ein „relativ positives Erscheinungsbild der Gesellschaft der DDR“ und des DDR-Alltags. Kritische Kommentare hoben auf die Doppelwertigkeit eines einerseits kunsthistorisch, andererseits geschichtswissenschaftlich angelegten Projekts ab, und bemerkten zudem einschränkend, daß die Bedeutung der Fotoausstellung für die Perzeption der DDR nicht überbewertet werden dürfte.

Die erste Sektion schloß *Natalie Gravenor* (Berlin) mit ihrem Vortrag über den Einfluß von Musikclips in Ost- und Mitteleuropa sowie deren Tradition und den symbolischen Austausch mit dem Westen ab. Die Musikindustrie, so Gravenor, sei kein westlich marktwirtschaftliches Phänomen, sondern habe sich ebenfalls in planwirtschaftlich orientierten Ländern Ost- und Mitteleuropas durchgesetzt, wo sie teilweise allerdings in verschiedenen Kontexten entstanden sei: „in kulturellen Grauzonen oder gar in Opposition zur dominanten Kultur“. Das Aufgreifen eines solch populären, für die Geschichtswissenschaft eher untypischen Diskurses wurde positiv aufgenommen. Kritisiert wurde, daß in dem Vortrag die Präsenz des staatlichen Fernsehens kaum eine Rolle spielte.

*Dr. Árpád von Klimó* (Potsdam) faßte im abschließenden Kommentar noch einmal die wichtigsten Statements der Vortragenden zusammen und wies darauf hin, daß es doch eine unterschiedliche Sprache der auf dem Forum vertretenen Wissenschaftendisziplinen gäbe.

Die zweite Sektion über Politik in den Medien, moderiert von *Dr. Christoph Classen* (Potsdam), begann mit *Ivo Indzhovs* (Frankfurt/Oder) Vortrag über die politischen Kommunikation im Fernsehen Bulgariens. Durch eine Analyse der Primetime-Programmangebote kam er zu dem Schluß, daß die Abhängigkeit der öffentlich-rechtlichen Fernsehanstalten von Staatssubventionen, der Mangel an politischem Verantwortungsbewußtsein im Privatfernsehen und der Selbstdarstellungsdrang hochrangiger Politiker den herrschenden Unwillen zeigen, politische Inhalte zu kommunizieren. Im Ergebnis ließe sich so das Scheitern der politischen Kommunikation konstatieren. In der Diskussion wurde dieser pessimistischen Einstellung die Frage nach der Erwartungshaltung hinsichtlich der Medien entgegengestellt, die nicht per se aus den westlichen Medienvorstellungen hergeleitet werden könne.

*Ewa Musialowska* (Dresden) betrachtete in ihrem Vortrag die Transformationsprozesse der Presse in Polen und Weißrussland. Im Zuge der Transformation wurde die polnische Presse zur einer „institution of an urban, democratic and capitalist social order“. In Weißrußland seien solche demokratisierenden Entwicklungen jedoch nicht zu beobachten. Noch immer nähme der Staat massiven Einfluß auf die Berichterstattung und Meinungsbildung in den Zeitungen. Da das Augenmerk von Musialowska vor allem auf die gegenwärtige Situation gerichtet war, wurde in der Diskussion versucht, die Gründe dieser unterschiedlichen Entwicklungen aufzuzeigen. Dabei wurde deutlich, daß die von Musialowska verwendeten Indikatoren („political parallelism“, „state intervention in the media system“ und „journalistic professionalism“) nur begrenzt für die historische Analyse mittelosteuropäischer Gesellschaften geeignet scheinen.

In der dritten, von *Dr. Lu Seegers* (Gießen) moderierten Lektion wandte sich zunächst *Paulina Gulinska* (Potsdam) den beiden polnischen Zeitungen „Tygodnik Powszechny“ und „Polityka“ zu. Sie zeigte auf, wie beide Zeitungen – wenn auch aus unterschiedlichen Perspektiven – die Entstehung, die Entwicklung und schließlich den Verfall des Kommunismus in Polen begleiteten und so die „Grundlagen für die Herausbildung einer öffentlichen Meinung“ schufen. Beide Zeitungen trugen damit zur Erosion des herrschenden politischen Systems bei und spielten eine besondere Rolle im gesellschaftlichen Transformationsprozeß.

*Justyna Wozna* (Wrocław) beschäftigte sich anschließend mit ausländischen Investitionen in der polnischen Medienlandschaft in den neunziger Jahren. Vor allem deutsche Medienkonzerne investierten im östlichen Nachbarland, so daß jenseits der Oder der Eindruck entstanden sei, der polnische Markt werde regelrecht von der „deutschen“ Presse überflutet. Die „Internationalisierung“ des Pressemarktes in Polen löste daher quasi-nationalistische Reaktionen aus, die von vielen Empfindlichkeiten geprägt waren. Sie zielten darauf, die politische Einflußnahme der westlichen Konzerne zurückzudrängen.

Anders als die vorherigen Vorträge, die sich mit den gesellschaftlichen und politischen Transformationen im „Ostblock“ in den Jahren 1989/91 befaßten, wandte sich *Roberto Sala* (Berlin) den politisch-gesellschaftlichen Wandlungen in der Bundesrepublik zu. Er untersuchte die Radiosendungen im westdeutschen öffentlich-rechtlichen Rundfunk der sechziger und siebziger Jahre für Migranten aus Griechenland und Spanien. Sala führte aus, daß die Gastarbeitersendungen der ARD Anfang der sechziger Jahre nicht aus sozialpolitischen Gründen eingeführt wurden, wie es in der heutigen Selbstdarstellung der Sendeanstalten heißt. Vielmehr hatte die Bundesregierung massiven Druck ausgeübt, um mit den westdeutschen Rundfunkbeiträgen die – vor allem seitens der Regierung der Heimatländer der Gastarbeiter – befürchtete kommunistische Einflußnahme durch fremdsprachige Sendungen des „Ostblocks“ zu verhindern. Auch für die weitere Entwicklung zeigte Sala Wechselwirkungen und Verflechtungen zwischen der Außenpolitik des Bundesrepublik, der gesellschaftlichen Entwicklungen in der Bundesrepublik sowie den jeweiligen Heimatländern einerseits und den Sendungen für Gastarbeiter andererseits auf.

Im abschließenden Kommentar zur dritten Sektion bemängelte *Dr. Jan Behrends* (Berlin), daß sich die sehr heterogenen Referate im Kern zwar durchweg auf das sich wandelnde Verhältnis der Medien zur Macht bezogen, eine Historisierung dieses Verhältnisses jedoch ausblieb. Weder Kontinuitäten noch Kontinuitätsbrüche seien aufgezeigt worden.

In der Abschlusßdiskussion offenbarten sich noch einmal die Kontroversen, die sich bereits in den Diskussionen zu den einzelnen Referaten und in den Kommentaren widerspiegeln: Zum einem ging es um die Art und Weise, wie Veränderungen von Medien in den Transformationsgesellschaften beschrieben und bewertet werden sollten. Immer wieder zeigte sich, daß die normativen, westlichen Medienvorstellungen nicht ohne weiteres auf andere Gesellschaften übertragen werden können.

Zum anderen wurden in der abschließenden Diskussion noch einmal die unterschiedlichen Fragestellungen, Erklärungsansätze und Wissenschaftssprachen von Historikern und Vertretern anderer Disziplinen deutlich. Während letztere sich häufig ausschließlich auf die Gegenwart bezogen, forderten die Historiker immer wieder die Kontextualisierung in der historischen Entwicklung ein, um so die unkritische Übernahme westlicher Qualitätsmerkmale gegenüber den Medien in Transformationsgesellschaften zu vermeiden. Auch wenn die Verständigung aufgrund der beschriebenen Probleme oftmals schwierig war, blieb das Doktorandenforum mit seinen kontroversen Debatten doch anregend für alle Beteiligten.

Das nächste ZZF-Doktorandenforum findet am 28./29. April 2006 zum Thema „Europäischer Kulturtransfer im 20. Jahrhundert“ statt.

*Buchveröffentlichungen in der ZZF-Reihe  
„Zeithistorische Studien“ zum Thema:*



**OPPOSITION UND REPRESSION IM WANDEL  
VON DEN SECHZIGER ZU DEN ACHTZIGER JAHREN IN DER DDR  
ZZF-Workshop, Potsdam, 23./24. Mai 2005**

**Bernd Florath**

Unter dem Titel „Herrschaftswandel und Oppositionsbildung in der Ära Honecker. Die siebziger und achtziger Jahre im Vergleich“ veranstaltete das Zentrum für Zeithistorische Forschung am 23. und 24. Mai 2005 einen Workshop in Potsdam. Von verschiedenen Seiten wurden Zugänge zur Oppositionsgeschichte der siebziger Jahre in der DDR gesucht. Der Workshop öffnete damit den Blick auf einen Zeitraum, der für die Oppositionsgeschichte weitgehend unerschlossen ist. Bisherige Forschungen konzentrierten sich auf die Nachkriegszeit und auf die achtziger Jahre. Punktuelle Untersuchungen zu Robert Havemann, den Protesten gegen die Okkupation der ČSSR 1968 und zur Biermann-Ausbürgerung blieben im Grunde isoliert von längerfristigen Zusammenhängen.

Der Workshop wollte hier erste Leitlinien zur Orientierung einziehen und nach Kontinuitäten und Brüchen in der Geschichte der politischen Gegnerschaft fragen, die bereits in den sechziger Jahren neu entstand. Im Mittelpunkt der Tagung standen die Veränderungen in den siebziger und frühen achtziger Jahren.

In drei Sektionen gingen die Teilnehmer dem „Wandel in den Formen von Repression“ (I), der „Soziale Schichtungen und Protest/soziale Protestformen und Milieus“ (II) und der „Oppositionellen und widerständigen Praxis in den siebziger und achtziger Jahren: Politisierung und gesellschaftlicher Wandel“ (III) nach. Sektion I wurde von *Annette Weinke* (Berlin) mit einer Einführung in die Strafrechtspolitik und Urteilspraxis in der Ära Honecker eröffnet. Kennzeichnend sei, so hielt sie fest, eine Tendenz zur Normalisierung der Strafrechtspraxis, einer Zunahme von kodifizierten Regelungen und einer Abnahme extralegalen Strafrechtspraxis. Daß dieser Trend nicht mit einer Verrechtlichung zu verwechseln sei, verdeutlichen die verschiedenen Praxen der Rechtsprechung, die gegen den Träger des von der SED jeweils definierten politischen Hauptproblems mit exemplarischer Härte vorging, seien dies nun die sogenannten Asozialen oder die Ausreisewilligen. *Jürgen Raschka* (Berlin), dessen Monographie zum Thema seit einiger Zeit vorliegt<sup>1</sup>, konzentrierte sich in seinen Ausführungen auf die Ausarbeitung des 2. Strafrechtsänderungsgesetzes von 1977. Er verdeutlichte, daß die durch die Unterzeichnung der KSZE-Schlußakte motivierte ursprüngliche Intention der Entrümpelung des StGB vom Vokabular des Kalten Krieges und offenkundig rechtsstaatlicher Regeln widersprechender Paragraphen mit dem Problem kollidierte, der für die SED problematischen wachsenden Ausreisebereitschaft

---

1 Johannes Raschka, *Justizpolitik im SED-Staat. Anpassung und Wandel des Strafrechts während der Amtszeit Honeckers*, Köln 2000 (Schriften des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung Nr. 13).



von DDR-Bürgern Einhaltung gebieten zu müssen. Der verbalen Zivilisierung stand demzufolge eine Ausweitung und Verschärfung des Instrumentariums gegenüber, die von verschiedenen Seiten her die Praxis der Ausreisewilligen kriminalisierte. Während aber auf der einen Seite das Streben der SED-Führung nach internationaler Anerkennung die Rechtsetzung in ihrem Wortlaut zu stärkerer Anpassung an internationale Standards zwang, drängten Mahnungen aus Moskau zu kompromißlosem Kampf gegen die ideologische Subversion auch mit den Mitteln des Strafrechts. Dieses Dilemma war schlechterdings jenseits inkonsistenter Gesetzestexte und einer sich auf die Uneindeutigkeit der Gesetzestexte stützende Rechtsprechung zu lösen. Zusätzlich erläuterte *Leonore Ansorg* (Potsdam/Berlin) in dieser Sektion die Konsequenzen des Trends zur Formalisierung des Rechtssystems innerhalb des Strafvollzugs. Auch hier stand einer Normalisierung im Sinne des Erlasses bindender Rechtsvorschriften die Praxis der dehnbaren Auslegbarkeit gegenüber. Die praktische Unmöglichkeit für Strafgefangene, ihre Rechte gegen das Wachpersonal durchzusetzen, die Abwesenheit jeglicher unabhängiger Kontroll- und Klagemöglichkeit unterwarf die Praxis, innerhalb deren das Vollstreckungsrecht umgesetzt wurde de facto auf die Bedürfnisse der unwidersprochenen Sanktion.



*Intérieur des Potsdamer Stasi-Untersuchungsgefängnisses in der Lindenstraße 54 (Foto: HHH)*

Sektion II widmete sich den sozialen und soziokulturellen Bedingungen, die einerseits Grundlage des politischen Protestes und andererseits Voraussetzung für dessen Beherrschung durch SED und Staat bildeten. Politische Aufladung bzw. Entpolitisierung von Konflikten, so erhellten die Beiträge, standen dabei nicht in zwingendem Zusammenhang mit den jeweiligen Intentionen der Beteiligten. Hier konnte zugleich angeknüpft werden an einen früheren Workshop des Zentrums für Zeithistorische Forschung, der sich u.a. mit der politischen Rele-

vanz generationsspezifisch oder kulturell abweichenden oder gar nur randständigen Verhaltens beschäftigte.

*Michael Hoffmann* (Jena) beschäftigte sich mit dem Beispiel der Reaktionen von Leipziger Arbeitern auf die Okkupation der ČSSR am 21. August 1968 mit den soziokulturellen Schichten innerhalb der Arbeiterschaft und die Spezifik ihres politischen Verhaltens. Er skizzierte zwei habituelle Gruppen: a) die traditionsorientierte Facharbeiterschaft und b) die eher konsumorientierten Gelegenheitsarbeiter. Erstere verortete er als politisch in sozialdemokratischen Traditionen verwurzelte Basis eines strukturell inhaltenden Widerstandes gegen den Maßnahmestaat. Aus diesem Milieu heraus erhoben sich betriebsöffentlich Proteste gegen die in den sechziger Jahren sich vollziehenden Prozesse der betrieblichen Konzentration, die die in überschaubareren strukturellen Produktionseinheiten eher durchsetzbaren Eigeninteressen einer nun anonymen und schwer angreifbaren Zentrale unterwarfen. Dagegen unterstützte das eher konsumorientierte Milieu weitaus schneller unmittelbar politische Protestaktionen außerhalb der Betriebe, wie z. B. die Beat-Proteste 1965 und öffentlichkeitswirksame Aktionen nach dem 21. August 1968. Der administrative Druck auf die Sprecher der traditionsorientierten Arbeiterschaft im Sommer 1968 brach deren letzten Widerstand, weshalb Hoffmann diese Proteste als die letzten Zeichen von betriebsöffentlicher Opposition aus der Arbeiterschaft in der DDR bezeichnete.

Hoffmanns inspirierende, wenn auch nicht unumstrittenen Thesen griff *Thomas Lindenberger* (Potsdam) in seinem Beitrag auf, der der Frage nachging, ob es in der DDR eine „underclass“ gegeben habe. Inwieweit dieser die von Hoffmann skizzierten konsumorientierten Gelegenheitsarbeiter zuzurechnen seien, welche Rolle die als Asoziale bezeichneten und insbesondere zu Beginn der siebziger Jahre hohem Verfolgungsdruck Ausgesetzten hierin spielten und inwiefern eine solche „underclass“ mit ähnlichen Phänomenen der sich wandelnden Industriegesellschaft im Westen vergleichbar sei, sind Problemfelder, mit denen Lindenberger gleichsam beiläufig ganze Programme für künftige Forschungen umriß.

Für die Beantwortung der Frage nach der Verwurzelung der sich in den späten siebziger Jahren herausbildenden Opposition in der DDR und in anderen ostmitteleuropäischen kommunistischen Staaten sind sie von nicht unerheblicher Relevanz. Die durch die ökonomischen Wandlungen sich vollziehenden Verschiebungen der sozialen Milieus von den traditionellen auf großindustrieller Produktion basierenden organisierter Arbeiterschaft hin zu mehr oder minder entwurzelten, in kleineren und kurzfristigeren Gruppen kooperierenden, dementsprechend auch an kurzfristigeren konsumrelevanten Resultaten interessierten Arbeitern löste den letzten in der Tradition der sozialistischen Arbeiterbewegung beruhenden Zusammenhalt von kommunistischem Regime und Bevölkerung auf. Die nachgewachsenen und in der DDR erzogenen Generationen drängten nach draußen oder auf qualitative Veränderung. *Henning Pietzsch* (Berlin) untersuchte am Beispiel der Jenaer Opposition das Verhältnis von politischer, auf Veränderung der DDR zielender Opposition und Ausreisebewegung. Die in ihren Zielen zum Teil gegensätzlichen Bewegungen bezogen sich trotz aller Divergenzen

aufeinander und adaptierten ihre auf die Öffentlichkeit gerichteten Artikulationsformen – was nicht zuletzt auch zur Verwirrung des Repressionsapparates führte. In den Beiträgen der Sektion III des Workshops wurde die Entwicklung der oppositionellen Gruppen diskutiert. *Bernd Gehrke* (Berlin/Potsdam) gab einen weit in die sechziger Jahre zurückreichenden Aufriß der Vorgeschichte jener Oppositionskultur, die in den achtziger Jahren sicht- und spürbar wurde. Er beschrieb eine Fülle von Kontinuitäten, die den landläufigen Anschein, die DDR-Opposition sei eine Frucht der späten siebziger Jahre, konterkarierten. Sein Beitrag war zugleich ein erster Entwurf von Grundlinien einer noch zu schreibenden Oppositionsgeschichte dieser bislang vernachlässigten Zeit. *Thomas Klein* (Potsdam), dessen zeitlicher Fokus an Gehrke anknüpfte, konzentrierte sich vor allem auf die Frage nach den Formen der Herstellung von Gegenöffentlichkeit durch die Opposition. Diese Kernfrage oppositioneller Tätigkeit unter Bedingungen einer Diktatur entzieht sich vereinfachenden Vorstellungen, die mit einem unreflektierten Öffentlichkeitsbegriff die vielfältigen Schattierungen, Einschränkungen, aber auch Chancen und Brüche oppositioneller Konfliktartikulation in der monopolisierten Scheinöffentlichkeit diktatorischer Gesellschaften nicht beschreiben können. Er konstatierte eine wachsende Politisierung der unabhängigen Friedens-, Ökologie- und Menschenrechtsbewegung in der DDR, die zu neuen Formen politischer Opposition durch Verbindung konspirativer und begrenzt öffentlich agierender Kreise führte. Den Abschluß des von konzentrierten Debatten gekennzeichneten Workshops bildete der Beitrag von *Walter Süß* (Berlin), der gleichermaßen von der Gegenseite her die Wandlungen der Repressionsstrategie der Staatssicherheit auf die Frage hin beleuchtete, welches Bild sich die DDR-Staatssicherheit, aber auch ihre osteuropäischen Partner in Moskau, Warschau, Budapest oder Prag von der Opposition, der von dieser ausgehenden Gefährdung der kommunistischer Herrschaft und den probaten Mitteln, ihrer Herr zu werden, machten.

In seiner Schlußbemerkung gab *Thomas Klein* unter großer Zustimmung der Teilnehmer der Hoffnung Ausdruck, daß die Beiträge des Workshops möglichst bald veröffentlicht werden können, um weiteren fruchtbaren Debatten zur Geschichte der Opposition in den sechziger und siebziger Jahren Impulse zu verleihen.

**DIE POTSDAMER KONFERENZ 1945 UND DIE NEUORDNUNG EUROPAS**  
**Wissenschaftliche Konferenz, Potsdam, 23./24. Juni 2005**

**Tobias Schulz**

Am 23. und 24. Juni 2005 fand in Potsdam eine Tagung anlässlich des sechzigsten Jahrestages der Potsdamer Konferenz statt, die vom Zentrum für Zeithistorische Forschung, dem Historischem Institut der Universität Potsdam, der Friedrich Naumann Stiftung sowie der Landeszentrale für politische Bildungsarbeit in Berlin, der Brandenburgischen Landeszentrale für politische Bildung und der Landeshauptstadt Potsdam organisiert wurde. Eröffnet wurde die Veranstaltung am Donnerstagabend im Truman-Haus, dem heutigen Sitz der Friedrich-Naumann-Stiftung, mit einer Lesung von Schauspielern des Potsdamer Hans-Otto-Theaters aus zeitgenössischen Tagebuchaufzeichnungen und einem Vortrag von *Detlef Junker* (Heidelberg) zur Frage der Beziehungen zwischen den USA und Europa nach dem Zweiten Weltkrieg. In einem spannungsreichen Bogen von 1945 bis zur Gegenwart schilderte er die wechselseitigen Bezüge auf dem Gebiet der Politik, Wissenschaft und Kultur, die sich vor allem am Beispiel der Bundesrepublik als vielfältig gebrochener Lernprozeß darstellen lassen.



*Stalin – Truman – Churchill: Die „Großen Drei“ in Potsdam, Juli 1945 (Foto: Potsdam-Museum)*

Die Tagung am Freitag im Alten Rathaus leitete der Potsdamer Oberbürgermeister Jann Jakobs mit einem Grußwort ein, in dem er auf den Zusammenhang zwischen dem Tag von Potsdam 1933 und der Potsdamer Konferenz 1945 hin-

wies und zu einer möglichst differenzierten Auseinandersetzung mit der Geschichte aufrief.

Die erste Sektion, moderiert von *Jürgen Danyel* (Potsdam), galt dem Thema „Das Potsdamer Abkommen. Friedensschluß durch Grenzverschiebung und Vertreibung“. Er machte vor allem auf das Problem der „wildern Vertreibungen“ in Polen im Frühsommer 1945 aufmerksam, wodurch die Flüchtlingsfrage auf besondere Weise die Agenda der Potsdamer Konferenz bestimmen sollte.

*Jochen Oltmer* (Osnabrück) behandelte in seinem Vortrag die Frage, vor welchem historischen Hintergrund die alliierten Vertreter auf der Potsdamer Konferenz zu der Festlegung in Art. 13 des Potsdamer Abkommens kamen, daß die Umsiedlung von Deutschen aus Polen, der ČSSR und Ungarn „auf humane Weise und in geordneter Form“ zu erfolgen hatte und das Recht der von der deutschen Besatzung befreiten Staaten auf Vertreibung der Deutschen nicht bestritten wurde, sondern zu einem anerkannten Mittel der Politik wurde. Mit der verstärkten Herausbildung der Nationalstaaten in Europa im 19. Jahrhundert entwickelte sich das Phänomen des Ausschlusses nicht zur Nation gehörender Gruppen, nationaler Minderheiten, die als Gefahr für die „innere Sicherheit“ aus den „nationalstaatlichem Homogenisierungsprojekten“ ausgeschlossen wurden. Dies führte zu Integrationssschranken, restriktiver Minderheitenpolitik und einem Machtgefälle zwischen den Nationalstaaten und den Minderheiten. Am deutschen Beispiel zeigte sich dies im „Ethno-Nationalismus“ im Kaiserreich, der ethnischen Aufladung der Nation als Abstammungsgemeinschaft, die auch zur Instrumentalisierung deutscher Minderheiten in mittelosteuropäischen Ländern führte. Nach dem Ersten Weltkrieg und den aus den Versailler Verträgen resultierenden Migrationsbewegungen nahm die Politik des NS-Regimes die Politik der Instrumentalisierung von nationalen Minderheiten in ihren Lebensraumplänen wieder auf. Ausgehend von der Vertreibung der polnischen Bevölkerung in den annektierten Gebieten Polens und den darauf folgenden Ansiedlungen von „Volksdeutschen“ kam es im Verlauf des zweiten Weltkrieges zu ca. 50-60 Millionen Zwangsmigranten in Europa. Oltmer führte informativ in die Thematik der Zwangsmigration ein und arbeitete das in den mittelosteuropäischen Staaten vorherrschende Motiv heraus, das Deutschland nach dem zweiten Weltkrieg aufgrund der historischen Erfahrungen in der Zukunft möglichst nicht mehr in der Lage sein sollte, die deutschen Minderheiten in Mittelosteuropa zu instrumentalisieren.

Im zweiten Vortrag des Panels behandelte *Claudia Kraft* (Erfurt) die Einordnung der Potsdamer Konferenz in den Kontext des Zweiten Weltkrieges, die beteiligten Akteure und die der Vertreibung zugrunde liegenden Konzepte. Während es in Großbritannien seit 1942 einen „Planungsstab für ethnische Entmischung“ gab, der Pläne zum Bevölkerungsaustausch als Konfliktlösung erarbeitete, gab es in den USA keine derartigen Vorbereitungen. Für die Sowjetunion dagegen war die Zwangsumsiedlung von Bevölkerungsgruppen ein Mittel im imperialen Großmachtspiel. Eine weitere Akteursgruppe waren die Exilregierungen Polens und der Tschechoslowakei, die Vertreibungspläne entwickelten, die sich im

Verlauf des Krieges bis zum Ziel der Totalaussiedlung der Deutschen – unabhängig von ihrer politischen Haltung zum NS-Regime – radikalisierten. In der Exilregierung Polens bestand eine ambivalente Situation, da man nach dem Schock des Überfalls von 1939 Polen im Westen aus Sicherheitsgründen arrondieren wollte, auf der anderen Seite aber die bürgerliche Exilregierung die von der Sowjetunion annektierten Gebiete in Ostpolen nicht preisgeben wollte. Als dritter Akteur traten die Untergrund- und Widerstandsbewegungen in den von den Deutschen besetzten Ländern auf, für die bei der Vertreibung der deutschen Minderheiten ein Bestrafungs- und Vergeltungsaspekt überwog. Die von den verschiedenen Akteuren vertretenen Konzepte zur Vertreibung unterschied die Referentin nach vier Motivgruppen: dem Ziel eines ethnisch homogenen Nationalstaats, der imperialen Politik seitens der Sowjetunion, sozialökonomischen Plänen und dem Motiv der Bestrafung.

In der Einordnung der Vertreibung in den Kontext der Ereignisse des Zweiten Weltkrieges betonte die Referentin die komplexe Situation um die Festlegung der polnischen Westgrenze und die von der Sowjetunion annektierten ostpolnischen Gebiete im Spannungsfeld zwischen den westlichen Alliierten, der Sowjetunion und der polnischen Exilregierung. Daraus ergab sich zwischen Frühjahr und August 1945 die brutale Phase der wilden Vertreibungen besonders in den polnischen Westgebieten. Auf der Potsdamer Konferenz war die Frage der Regelungen der Vertreibung deswegen zwar ein dringendes Problem, gleichzeitig dominierten andere kontroversere Themen wie die Frage der Reparationsregelung die Auseinandersetzungen auf der Konferenz, so daß die Frage der Westgrenze Polen und die Regelung der Vertreibung zum Teil als Verhandlungsmasse für die Lösung dieser Fragen benutzt wurde.

Die zweite Sektion des Tages behandelte „Das Potsdamer Abkommen im Interpretationskonflikt“. Einführend betonte *Konrad H. Jarausch* (Chapel Hill/Potsdam) den Konsens der Alliierten bei den Beratungen in Potsdam über die grundsätzlichen Ziele bei der Neuordnung Deutschlands nach 1945, der Entmilitarisierung, Entnazifizierung, Entkartellisierung und Demokratisierung. Umstritten waren hingegen die Fragen der Grenzziehungen, der Reparationen und der Vertreibung. Im Sommer 1945 befand sich die Sowjetunion auf dem Höhepunkt ihrer Machtausdehnung, da die USA noch im Pazifik Krieg führten und sich die Atombombe fast zeitgleich mit der Konferenz als einsetzbar erwies. Jarausch zufolge wurde in der westlichen Interpretation der provisorische Charakter der Beschlüsse betont; in den USA habe „Potsdam“ relativ schnell nach der Konferenz einen negativen Beiklang bekommen, da es mit dem Ausverkauf westlicher Positionen gegenüber Stalin gleichgesetzt wurde.

*Jochen Laufer* (Potsdam) behandelte die sowjetische Position und Einschätzung der Konferenz und betonte den Zusammenhang zwischen Interpretationskonflikten und realen Konflikten, die unabhängig voneinander nicht zu verstehen seien. Im ersten Schritt erörterte er die Position von Kriegskonferenzen in der sowjetischen Politik, um die Motive der sowjetischen Führung für die Beteiligung an den Konferenzen darzulegen. Die Potsdamer Konferenz war nach Tehe-

ran und Jalta die letzte der großen Kriegskonferenzen der Anti-Hitler-Koalition, die alle drei von Spannungen und Antagonismen zwischen den westlichen Alliierten und der Sowjetunion geprägt waren. In den Vorbereitungen der Konferenzen und generell in den sowjetischen Planungen ist die zentrale Stellung Stalins hervorzuheben, ohne dessen Einwilligung keine Vorbereitung auf Nachkriegsfragen möglich war. Die sowjetische Konferenzvorbereitung und Nützlichkeitsabwägung kann als sehr pragmatisch bezeichnet werden, da von sowjetischer Seite nach dem Eingang der westalliierten Diskussionsvorschläge über die Zweckdienlichkeit der Verhandlungen entschieden wurde. Ab 1943 übernahm die Rote Armee die militärische Initiative und rückte in die osteuropäischen Staaten ein, die Moskau seit 1939 als Bestandteil der eigenen Einflußsphäre betrachtete. Die zeitgleiche Forderung der Alliierten nach der bedingungslosen Kapitulation Deutschlands – die maßgeblich vom Erfolg der sowjetischen Kampfhandlungen abhing – ermöglichte Stalin ein Mitspracherecht bei der Neuordnung dieser besetzten Staaten.

Im zweiten Schritt behandelte Laufer die organisatorische und inhaltliche Vorbereitung der Potsdamer Konferenz. Die Initiative zu einem Treffen der drei Regierungschefs nach dem Sieg über Deutschland ging nicht von Stalin aus, sondern im Mai 1945 von der amerikanischen Seite. Stalin stimmte einem Treffen im „Raum Berlin“ zu, angesichts der starken Kriegszerstörungen entschied man sich auf sowjetischen Vorschlag hin für das Schloß Cecilienhof in Potsdam als Tagungsort.

Das in sich widersprüchliche Ziel Stalins war die Aufrechterhaltung der Allianz trotz der aufkommenden Spannungen bei gleichzeitiger Wahrung der sowjetischen Handlungsfreiheit in allen Gebieten, die unter der direkten Kontrolle der Roten Armee standen. Eine gemeinsame inhaltliche Vorbereitung der Konferenz wurde durch die unterschiedlichen amerikanischen und sowjetischen Denkweisen, Wertesysteme und Planungsstile verhindert. So stehen einer großen Zahl amerikanischer Memoranden im Vorfeld der Konferenz nur eine sehr geringe Anzahl sowjetischer Dokumente gegenüber, die in Potsdam von Stalin kaum genutzt wurden. Laufer verdeutlichte, daß weder die Vorbereitung der Konferenz die sowjetische Besatzungspolitik bestimmte, noch die Beschlüsse der Konferenz zu einer Modifikation dieser Politik führten. Stalin war in Potsdam nicht bereit, die zukünftige Politik der UdSSR gegenüber Deutschland offen zu legen und mit den anderen Alliierten abzustimmen. Im Gegenteil wurden sowjetische Maßnahmen, wie die Bodenreform auf der Grundlage entschädigungsloser Enteignungen, die Schließung aller Banken und die Sperrung der Altguthaben von den Westalliierten nicht zur Diskussion gestellt.

Abschließend stellte Laufer die unterschiedlichen Bewertungen des Potsdamer Abkommens heraus. Während auf westlicher Seite das Abkommen später als peinlich und als Ausverkauf eigener Positionen interpretiert wurde, stellte die sowjetische Seite das Abkommen als Erfolg der eigenen Außenpolitik dar. Gegen das Abkommen sei in der SBZ und in der späteren DDR keine Politik mehr möglich gewesen. In der propagandistischen und historischen Bewertung gab es

dabei zwischen sowjetischer und ostdeutscher Seite völlige Deckungsgleichheit, die immer einen politischen Inhalt hatte und den Ost-West-Gegensatz widerspiegelte.

*Jost Döffler* (Köln) behandelte im zweiten Beitrag der Sektion die verschiedenen Interpretationskonflikte um das Potsdamer Abkommen von der unmittelbaren Nachkriegszeit bis zur deutschen Wiedervereinigung 1990. Als Rahmen für dieses Vorhaben skizzierte Döffler zunächst den unmittelbaren Kontext des Treffens in Potsdam als letzte Kriegskonferenz unter der Erwartung des Kriegsendes auch in Südostasien sowie als erste alliierte Besprechung im Schatten der atomaren Vernichtung und hob den Konsens der Beteiligten über den interimistischen Charakter der Konferenz hervor. Letzteres führte dazu, daß die vagen und widersprüchlichen Vereinbarungen auf der Konferenz nicht zu einem bindenden völkerrechtlichen Abkommen führten, sondern „nur“ zu einem Protokoll und einer Presseerklärung.

Nach diesen einführenden Überlegungen führte Döffler in kurzen Zügen durch die Konflikte um das Abkommen bis 1990. Spätestens seit der Rede des amerikanischen Außenministers Byrnes in Stuttgart im September 1946 erschienen eine Abkehr von Potsdam und ein westlicher Alleingang als eine Alternative. Während des Kalten Krieges diente „Potsdam“ als „Munitionslager“ für beide Seiten, die jeweils versuchten, die Beschlüsse von Potsdam als völkerrechtliche Legitimierung der eigenen Politik zu interpretieren. Zugleich hatten beide Lager ein Interesse daran, eine integrale Geltung der Beschlüsse – zumal in der Interpretation der anderen Seite – zurückzuweisen. So gehörte die Berufung auf die Verwirklichung von Potsdam durch die eigene Seite und die Zuschreibung der Verletzung der Beschlüsse durch die andere Seite zum Grabenkrieg in der Ost-West-Auseinandersetzung.

Einen besonderen „Potsdam-Komplex“ schrieb Döffler Konrad Adenauer zu, der darunter die Sorge vor einer gemeinsamen Politik der Großmächte zu Lasten Deutschlands faßte. Zwischen den unvereinbaren Positionen der Sorge vor einer Verständigung der vier Mächte über die Köpfe der Deutschen hinweg und der Verantwortung der vier Mächte für die Wiedervereinigung Deutschlands als Grundbedingung Adenauerscher Politik bestand nur ein schmaler Grat: die Westintegration der Bundesrepublik, um ein neues „Potsdam“ zu verhindern. Im Vereinigungsprozeß 1990 stand die Frage nach der Bedeutung des Potsdamer Abkommens wieder auf der Agenda. Die Regierung Kohl betrachtete sich rein rechtlich als nicht an das Abkommen gebunden, rein praktisch wurde angestrebt, daß die drei bzw. vier Mächte nicht vereint ohne deutsche Beteiligung über das Schicksal Deutschlands entscheiden sollten. Dies war der Grundgedanke hinter den Zwei-plus-Vier-Verhandlungen. Es erklärt auch das merkwürdige Zögern Kohls, die Oder-Neiße-Linie anzuerkennen, was nach dieser Argumentationslinie gesonderter deutsch-polnischer Verhandlungen bedurfte, die nur von einem gesamtdeutschen Souverän geführt werden konnten. Damit war, so Döffler, „Potsdam tot“.



In seiner abschließenden Einordnung betonte Düffler die Wirkungen des mißlungenen Projekts von Potsdam bis in die Gegenwart hinein. Das grundlegende Ziel Potsdams, der Strukturwandel Deutschlands zu einem friedensfähigen Staat, sei aber mit der Wiedervereinigung Deutschlands in den Grenzen, die in Potsdam in Aussicht genommen wurden, und der Integration Deutschlands in die europäische Ordnung gelungen. Somit sei Potsdam als politisches Argument dann doch tot.



*Eröffnung der Tagung im Garten der Truman-Villa, dem heutigen Sitz der Friedrich Naumann Stiftung (am Redepult: Prof. Dr. Detlef Junker) (Foto: Paul Benedikt Glatz)*

Die dritte Sektion befaßte sich mit der Thematik „Ordnungen Europas im Kalten Krieg.“ Zuerst referierte *Volker Berghahn* (New York/Berlin). Er faßte sein Thema weiter: nicht nur das Potsdamer Abkommen, sondern eine Analyse dessen, was aus Potsdam geworden sei, stand im Mittelpunkt seines Vortrags. Dabei ging er in seinem ersten Punkt auf die Rolle der Supermächte USA und Sowjetunion in der Planung der deutschen Nachkriegsordnung ein. Auf sowjetischer Seite handelte Stalin zögerlicher und flexibler in der Deutschlandfrage; die Sowjetisierung des Ostblocks und der SBZ setzte erst ab 1946/47 voll ein. In den USA gab es hingegen schon früher konkretere Visionen über die Neuordnungspläne und eine klare Strategie, bereits ab 1941/42 bestand eine Expertenkommission für Deutschland. In den Plänen für ein Engagement im besiegten Deutschland lag auch eine Lehre aus dem amerikanischen Verhalten nach dem Ersten Weltkrieg, als sich die USA schnell wieder in eine Position des außenpolitischen Isolationismus begeben hatten. In seinem zweiten Punkt ging Berghahn auf die Rolle der Nuklearfrage ein, die er als zentral für das Verständnis des Kalten

Krieges betrachtet. Das nukleare Patt zwischen den Supermächten ab 1953 habe zur Friedenssicherung beigetragen, da der nukleare Krieg nicht ausgebrochen sei. Dies begründete den Charakter des Kalten Krieges als einen kaltem Kulturkrieg, den Berghahn in seinem dritten Punkt anführte, und auf das Forschungsfeld der Cold War Culture verwies.

Im zweiten Beitrag unternahm *Manfred Görtemaker* (Potsdam) eine breite Einordnung des Potsdamer Abkommens in die Nachkriegsentwicklung. Er betonte den Charakter der Potsdamer Konferenz als eine Art Waffenstillstand, und zwar nicht im militärischen Sinne, sondern als Einsicht in die Unveränderbarkeit des Status Quo. Zum Zeitpunkt der Konferenz von Jalta im Februar 1945 erschienen viele Positionen noch offener, nach dem Ende des Krieges war eine andere Situation entstanden. Während die Sowjetunion an der Sicherung ihrer Westgrenze und der Erhaltung einer breiten Einflußzone in Ost-Mitteleuropa interessiert war, stand für die Westalliierten die mit der Konferenz von Bretton Woods im Sommer 1944 verbundene Neuordnung des Weltwirtschaftssystems mit einem stabilen System fester Wechselkurse und ohne Handelsbarrieren im Mittelpunkt ihres wirtschaftlichen Interesses. Damit verbunden war auch der Beginn der europäischen Integration, als die Mittelvergabe des Marshallplans von amerikanischer Seite 1949/50 daran gekoppelt wurde. Die Herstellung des nuklearen Patts, dem „Gleichgewicht des Schreckens“, mit der Entwicklung der sowjetischen Wasserstoffbombe 1953, führte zu der relativ stabilen Phase des Kalten Krieges, die erst mit dem Zusammenbruch der kommunistischen Ordnung im Ostblock endete, wobei Görtemaker als Ursachen auf das Zusammenspiel von westlicher Entspannungspolitik und endogenen Faktoren hinwies.

In der letzten Sektion des Tages wurde das Thema „Die Potsdamer Konferenz als Erinnerungsort und Handlungsmodell“ behandelt. Der Moderator der Sektion, *Martin Sabrow* (Potsdam), betonte in seiner Einführung die hohe Symbolkraft des Potsdamer Abkommens und stellte die Frage nach der Rolle Potsdams als Erinnerungsort in den verschiedenen Ländern in den Mittelpunkt der Sektion. *Christian Hacke* (Bonn) betonte die Pole Macht und Mythos, zwischen denen sich die Wirkung des Abkommens in der Erinnerungskultur entfaltet habe. Die Interpretationen der Ergebnisse seien in den beiden Lagern des Kalten Krieges sehr verschieden gewesen: Im Westen habe eine „Verflüssigung“ der Ergebnisse hinsichtlich der Hervorhebung des provisorischen Charakters der Vereinbarungen vorgeherrschte, während im östlichen Lager eine „Verfestigung“ der Ergebnisse, eine ständige Berufung auf die Ergebnisse der Potsdamer Konferenz bestanden habe. Dieses Phänomen umschrieb Hacke mit der Formulierung: „Jedem sein Potsdam“. In den letzten beiden Beiträgen stellten *Jakub Tyszkiewicz* (Wroclaw) und *Jaroslav Kucera* (Prag) die Erinnerungen in Polen und der ČSSR an die Potsdamer Konferenz dar, die sich nach 1945 auf die Legitimierung der Übergabe der deutschen Gebiete östlich der Oder-Neiße an Polen und auf die Frage der Vertreibung der Sudetendeutschen aus der ČSSR fokussierten. In dieser letzten Sektion wurde deutlich, daß das komplexe Thema des Umgangs mit der Vergangenheit in mittelosteuropäischen Ländern weiterer Vertiefung bedarf.

**FOLGEN DES KOREAKRIEGES: WAHRNEHMUNGEN, WIRKUNGEN  
UND ERINNERUNGSKULTUR IN EUROPA UND KOREA  
Internationale Konferenz, Potsdam, 13.-15. Oktober 2005**

**Bernd Stöver**

Die vom 13. bis 15. Oktober 2005 vom ZZF und dem Institute for Korean Historical Studies (Seoul) in Potsdam veranstaltete Konferenz war die Fortsetzung einer im November 2004 begonnenen Reihe zur Zeitgeschichte Koreas und Deutschlands im Vergleich. Sie beschäftigte sich mit den Folgen des Koreakrieges, den Wahrnehmungen, Wirkungen und nicht zuletzt den unterschiedlichen Erinnerungskulturen in Europa und Korea.

Am Beginn der Konferenz stand ein Vortrag von *Beatrice Heuser* (MGFA Potsdam) zur Frage des Einflusses des Koreakrieges auf den Kalten Krieg. Frau Heuser hob die militärisch-politischen Vorentscheidungen hervor, die mit dem für den Westen überraschenden Angriff nordkoreanischer Truppen auf den Südtteil Koreas getroffen wurden. Auch die anschließende Vorführung der erstmals 1980 im deutschen Fernsehen ausgestrahlten und im Jahr 2003 aktualisierten Fernsehdokumentation „Drei Jahre, die die Welt bewegten - Koreakrieg und deutsche Wiederbewaffnung“ zeigte vor allem die Instrumentalisierung des Krieges im Fernen Osten in Europa und insbesondere im geteilten Deutschland. Neu eingearbeitet waren die seit der Öffnung der russischen Archive bekanntgewordenen Details zur Entscheidungsfindung. Seit Mitte der neunziger Jahre ist nun auch durch sowjetische Quellen belegt, daß Stalin direkt und aktiv an dieser Entscheidung beteiligt war. Der Innsbrucker Historiker *Rolf Steininger*, gemeinsam mit *Heribert Schwan* Autor des Films, betonte, daß die Dokumentation 1980 nicht unumstritten war. Der Sendetermin sei damals direkt in die Debatte um die „Nachrüstung“ gefallen, in der im öffentlich-rechtlichen Fernsehen kritische Töne zur Atombewaffnung und zur Bundeswehr von offizieller Seite nicht gern gehört wurden. Einige koreanische Teilnehmer kritisierten insbesondere die drastische Darstellung des Kriegsverlaufs. In dieser Form hätte sie im koreanischen Fernsehen keinesfalls gesendet werden können. Die unterschiedliche Beurteilung der Art und Weise der Darstellung von Krieg und Gewalt in den Medien begleitete die Konferenz auch an den folgenden Tagen.

Der weitere Verlauf der Konferenz gliederte sich in vier jeweils koreanisch und deutsch besetzte Sektionen, die jeweils genügend Zeit für eine ausführliche, teilweise kontrovers geführte Debatte ließen. Im ersten, von *Bernd Stöver* (Universität Potsdam/ZZF Potsdam) moderierten Panel über die „Auswirkungen des Koreakrieges auf Gesellschaft und politische Kultur“ trug *Myung-Lim Park* (Seoul) seine sehr anregenden Thesen zu den Auswirkungen des Krieges auf Herrschaft, Ideologie und politische Kultur in beiden Teilen Koreas vor. Er unterstrich dabei insbesondere die Verhärtung der Lagermentalitäten und deren Folgen. Anschließend referierte *Thomas Lindenberger* (ZZF Potsdam) seine

Überlegungen zu den Folgen des Koreakrieges für die politische Kultur in Frankreich. Er betonte dabei vor allem die starke Position der französischen Linken, des Pazifismus und die Bedeutung des Antiamerikanismus in der Debatte. Der folgende Beitrag von *Michael Lemke* (ZZF Potsdam) beschäftigte sich mit der Kriegserfahrung in der DDR. Er unterstrich die gesamtdeutsche Friedenssehnsucht und den gesamtgesellschaftlichen Pazifismus. Der Koreakrieg, so seine These, habe dadurch weniger zur Trennung beider deutscher Staaten beigetragen als gemeinhin angenommen. Im anschließenden Kommentar griff *Unsuik Han* (Yonsei University, Seoul) vor allem diese These kritisch auf und fragte nach dem Unterschied von offizieller und privater Erinnerung. Immerhin habe die ostdeutsche Bevölkerung doch wohl fleißig Spenden für Nordkorea gesammelt, so daß man sehr wohl von einer deutlichen Spaltung sprechen könne.



An der Grenze zwischen Süd- und Nordkorea

(Foto: Thomas Lindenberg)

Das folgende Panel, das unter der Leitung von *Dong-Choon Kim* (Sungkonghoe University, Seoul) die internationalen Wirkungen des Koreakrieges erörterte, eröffnete *Gwang-Oon Kim* (National Institute of Korean History, Gwachon) mit einem Vortrag über die politischen Auswirkungen in Ostasien. Er interpretierte den Koreakrieg als ein Geschenk für Japan, das wie Deutschland damit aus der Isolation als großer Verlierer des 2. Weltkrieges habe heraustreten können. Der anschließende Beitrag von *Bernd Stöver* über die Auswirkungen des Koreakrieges auf die Bundesrepublik und die USA stellte vor allem die psychologischen und die politisch-militärischen Wirkungen auf internationalem Gebiet heraus. Der Koreakrieg sei neben der Berlinkrise 1948/49 der zentrale Beschleuniger und Verstärker für die Fortsetzung des Kalten Krieges gewesen, dessen Folgen selbst nach dem Ende des Kalten Krieges spürbar geblieben seien. In Deutschland und global habe er vor allem die Teilung beschleunigt und vertieft. In den Kommentaren von *Rolf Steininger* (Universität Innsbruck) und *Kwang-Seo Kee* (Chonsun University, Kwangju) wurde noch einmal die Instrumentalisierung des

Krieges für politische Ziele unterstrichen, während der Krieg selbst in der Wahrnehmung immer mehr zurückgetreten sei. Der Korea-Krieg sei daher zu Recht als „vergessener Krieg“ bezeichnet worden.

Das dritte Panel, von *Thomas Lindenberg* (ZZF Potsdam) moderiert, präsentierte Vorträge von *Seong-Bo Kim* (Yonsei University, Seoul) und *Werner Abels-hauser* (Universität Bielefeld) zu den wirtschaftlichen Folgen des Konflikts. Es beschäftigte sich ausführlich mit den Auswirkungen des Krieges auf die koreanische und die bundesdeutsche Wirtschaft. Auch in diesem Zusammenhang wurde die Katalysator-Funktion noch einmal deutlich herausgehoben, die eindeutig die großen Verlierer des Zweiten Weltkrieges begünstigt habe. Vor allem die Bundesrepublik und Japan hätten profitiert. Dies unterstrich dann auch der Kommentar von *Byung-Wook Jung* (National Institute of Korean History, Gwachon). In einem weiteren Kommentar stellte *André Steiner* (ZZF Potsdam) dagegen den Begriff des Koreabooms nachdrücklich in Frage und betonte, daß die wichtigsten Entscheidungen bereits vorher eingeleitet worden seien. Der Krieg in Korea, so seine These, sei für den wirtschaftlichen Aufschwung der Bundesrepublik längst nicht so entscheidend gewesen wie gemeinhin angenommen.

Eine von den koreanischen Teilnehmern als besonderes Highlight verstandene Sektion beschäftigte sich am Nachmittag mit der Wahrnehmung des Koreakriegs. Unter der Leitung von *Seong-Bo Kim* analysierten *Yoo-Seok Oh* (Songkonghoe University, Seoul) die Formen koreanischer Erinnerung und Nachkrieg im Wandel sowie *Arpad von Klimó* (ZZF Potsdam) und *Jan Behrends* (Wissenschaftszentrum Berlin) die Kriegserfahrung in Osteuropa am Beispiel Ungarns und Polens. Während man auch hier für Osteuropa zu dem Ergebnis kam, daß der Koreakrieg faktisch nur als Projektionsfläche politischer Entscheidungen und Strategien instrumentalisiert wurde, machten die koreanischen Beiträge deutlich, wie tief das Trauma des Krieges auch die heutige Gesellschaft Koreas beherrscht. Eine opferzentrierte Erinnerung wie in Deutschland sei in Korea nur wenig bekannt, so Lee, wengleich sich auch hier die offizielle Erinnerungspolitik langsam umkehre. Eine auch in Korea nur wenig bekannte Seite des Koreakrieges öffnete *Dong-Choon Kim* (Songkonghoe University, Seoul) mit seinem Vortrag über Massaker während des Krieges und die Probleme der „Vergangenheitsbewältigung“. In seinem Kommentar sprach *Yong-Ki Lee* von der Unterdrückung der Erinnerungskultur in Korea, während *Jürgen Danyel* (ZZF Potsdam) die Unterschiede zur Situation in Deutschland und Europa deutlich machte.

Die Abschlußdiskussion zeigte anschaulich, daß der Austausch der unterschiedlichen Wahrnehmungen und Erinnerungen an den Koreakrieg und Kalten Krieg ein Desiderat der zeithistorischen Forschung darstellt. *Christoph Kleßmann* (ZZF Potsdam) und *Unsuik Han* hoben in ihren Beiträgen ausdrücklich die Notwendigkeit hervor, den auch mit dieser Konferenz fortgesetzten internationalen Vergleich in der historischen Forschung weiter ernst zu nehmen. Eine Folgekonferenz ist für das Jahr 2007 ins Auge gefaßt. Die Veröffentlichung der bisherigen Ergebnisse in koreanischer und in deutscher Sprache ist geplant.

**LEINWAND ZWISCHEN TAUWETTER UND FROST:  
DER OSTEUROPÄISCHE SPIEL- UND DOKUMENTARFILM IM KALTEN KRIEG  
Internationales Symposium, Potsdam, 21.-23. Oktober 2005**

**Simone Schindwein**

Die große Bedeutung des Mediums Film für eine kultur- und gesellschaftsgeschichtliche Aufarbeitung des Kalten Krieges ist durch aktuelle Veröffentlichungen erneut deutlich geworden. Als Projektionsfläche für Sehnsüchte, Ängste und Stimmungen, als Träger kollektiver Erinnerungen und nicht zuletzt als Mittel ideologischer Einflußnahme liefern Filme wichtige Hinweise auf gesellschaftliche und politische Orientierungen europäischer Staaten im internationalen Wettbewerb der Systeme. Darüber hinaus haben Film und Fernsehen das Wissen und die Deutung von gesellschaftlichen Vorgängen entscheidend geprägt und die (Selbst-)Wahrnehmung der Akteure permanent beeinflusst. Sich als Historiker in diesem Zusammenhang dem Filmschaffen osteuropäischer Staaten zu widmen, ist nicht nur Ausdruck gegenwärtiger Bevorzugung kulturgeschichtlicher Themen. Der Film hatte - ebenso wie Literatur und Kunst - in sozialistischen Gesellschaften einen viel stärkeren gesellschaftspolitischen Bezug als im Westen. Um sie für machtpolitische Ziele instrumentalisieren zu können, bedienten sich die jeweiligen Regierungen gezielt des Zugriffs auf den staatlich kontrollierten Bereich der offiziellen Kultur und der Medien. Andererseits reagierten diese besonders sensibel auf den gesellschaftlichen Wandel und die jeweiligen politischen Kurswechsel. Insbesondere der Bereich des Films diente in diesem Zusammenhang häufig als Erprobungs- und Demonstrationfeld.

Ausgehend von diesen Prämissen wurde auf der Tagung erstmals der Versuch unternommen, die nationalen Filmkulturen Osteuropas vor dem Hintergrund des Kalten Krieges in der Perspektive eines transnationalen Vergleichs zu analysieren. Eingeladen waren Historiker, Sozial- und Kulturwissenschaftler östlicher und westlicher Provenienz. Das Rahmenthema wurde dabei unter interdisziplinären Aspekten und mit verschiedenen Zugängen diskutiert, um sich der gesellschaftlichen Funktion von Filmen in den Ländern Osteuropas während des Kalten Krieges sowohl zeitlich also auch inhaltlich möglichst umfassend zu nähern.

*Film als Instrument der kulturellen Diplomatie*

Der Film diente im Kalten Krieg als Medium der kulturellen Diplomatie, nicht nur zwischen den Blöcken, sondern auch innerhalb des Ostblocks. Durch die internationale Rezeption von Filmproduktionen wurden nicht nur deren Helden und Erzählungen über nationale Grenzen hinweg verbreitet, sondern auch der jeweilige nationale Zeitgeist, der durch den Film interpretiert und reflektiert wird. Diese These veranschaulichte *Marsha Siefert* (Budapest) in ihrem Eröffnungsvortrag „Russian Lives, Soviet Films: The Biopic, The Artist and the Cold

War“. Sie stellte damit nicht nur den Film als reines Exportprodukt in den Vordergrund ihrer Betrachtungen, sondern ebenso seine Protagonisten, seinen Regisseur, seinen Produzenten sowie den Inhalt und die Interpretation seiner Handlung. Die von ihr ausführlich untersuchten sowjetischen Biopics (biografische Musikfilme) dienten nach dem Zweiten Weltkrieg demnach primär der Rückbesinnung auf kulturelle Höhepunkte der nationalen Geschichte. Sie zelebrierten nicht nur die Werke großer Komponisten wie Čajkovskij oder Šostakovič, sondern auch den Zeitgeist, der diese in ihrem kulturellen Schaffen beeinflusste.

Insofern liefere das Genre der Biopics, so Siefert, einen verhältnismäßig schlechten Zugang zum sowjetischen Realismus des späten Stalinismus, da sie nicht die Wirklichkeit sondern den interpretierten, historischen Zeitgeist sowie den sozialen Diskurs einer vergangenen Ära einzufangen versuchten und zugleich überhöhten. Dennoch ermöglichen die biografischen Filmmotive in einer vergleichenden Betrachtung zwischen Ost und West, also zwischen Moskau und Hollywood, Erkenntnisse über das „typisch Sowjetische“ bzw. „typisch Sozialistische“ eines Films. Der positive Held eines spätstalinistischen Biopics demonstriert die Grenze der sozialistischen Erfahrungs- und Deutungshorizonte: Im Kontrast zu amerikanischen biografischen Filmkompositionen führt der sozialistische Protagonist kein privates Leben. Sein ganzes Schaffen, sein komplettes Werk, sein gesamtes Leben ist eine Reflektion des sozialen Diskurses jener Zeit. Demnach stellte sich in diesem Zusammenhang ebenso die Frage nach dem Verhältnis zwischen heroischen Filmen wie „Der Fall von Berlin“ (Padenie Berlina, SU 1949) und Stalins eigens generierten Personenkultes, der dem Genre des Biopics eine eindeutig politische Facette verlieh.

Marsha Siefert betonte in ihrem Vortrag die Wichtigkeit der zeitlichen Periodisierung, da auch der kulturelle Bereich des Films im Kalten Krieg mehrere Wandlungen vollzog und gewissen politischen Einflüssen ausgesetzt war. Diese Frage wurde auch im weiteren Verlauf der Tagung immer wieder aufgegriffen, ebenso wie die Frage der Rezeption der Filme im In- und Ausland.

#### *Film und Ideologie*

Dem Film als Herrschafts- und Repräsentationsmittel wurde in der ersten Sektion des Symposions besondere Aufmerksamkeit gewidmet. *Sergeij Dobrynin* (Budapest) analysierte in diesem Zusammenhang das Bild des Westens, das im späten sowjetischen Kino zwischen 1968 und 1986 generiert wurde. Er zeigte die innere Eigendynamik auf, die im Bereich des Filmschaffens in Gang gesetzt wurde, nachdem Stalins Deutungsmonopol nach dessen Tod keinen eng begrenzten und ideologisch fest umrissenen Rahmen mehr definierte. Während in der stalinistischen Periode der Film, seine Handlung sowie seine übergeordnete Botschaft von der totalitären Betrachtungsweise gekennzeichnet waren, nämlich daß die Lebenswelten der unterschiedlichen Systeme inkompatibel seien, sich die Welt in „Gut und Böse“, „sozialistisches Paradies und kapitalistische Hölle“ abgrenzen ließ, zeigt die post-stalinistische Entwicklung in der Filmproduktion ein facettenreicheres Weltbild. Nach wie vor blieb zwar die Thematik der Spio-

nage sowie die Immigration ins unbekannte Ausland eine zentrale Konstante in der inneren Handlung des Films und dessen Protagonisten. Dennoch unterliegen die Bilder, die in sowjetischen Filmen über das westliche Ausland gezeichnet werden, in den 60ern und 70ern eher liberaleren Tendenzen. Dobrynin demonstrierte seine Thesen anhand von Filmausschnitten aus „Der Brillantenarm“ (Briljantovaja ruka, SU 1968) von Leonid Gajdaj: eine russische Touristengruppe besichtigt das westliche Ausland, das hier in einer fiktiven Szenerie aus griechischen, arabischen und italienischen Einflüssen dargestellt wird. Das Repertoire der Protagonisten habe sich im Vergleich zu den Spionagefilmen deutlich erweitert und die Bilder des kapitalistischen Auslandes seien weniger ideologisch eingefärbt. Auch die zunehmende Zahl der Co-Produktionen zwischen sozialistischen und westlichen Filmproduzenten in den Jahren 1972 bis 1975 zeigen, daß in jener Zeit des „filmischen Tauwetters“ die Filmschaffenden mehr entideologisierte Räume zur Verfügung hatten, als allgemein angenommen. Auch Dobrynin griff im weiteren Verlauf seines Vortrages die Frage der Periodisierung und zeitlichen Wendepunkte innerhalb des Kalten Krieges erneut auf. Ähnlich wie Marsha Siefert kann auch Dobrynin in seiner Untersuchung nach 1979 eine erneute Ära des „Frosts“ im Kalten Krieg ausmachen, die sich deutlich im sowjetischen Spielfilm widerspiegelte: Die Stigmatisierung der Popmusik sowie die Samizdat-Literatur als Kultur-Propaganda zu Beginn der 80er Jahre bewiese die unüberbrückbaren Unterschiede zwischen Ost und West und diene demnach dem Zweck, die sowjetischen Werte mittels deutlicher Abgrenzung vom Westen zu festigen.

Diese These untermauerte anschließend *Detlef Kannapin* (Berlin) in seiner Untersuchung der ideologischen Grundlagen des sowjetischen Kinos. Zu den wichtigsten ideologischen Eckpfeilern, die über den Status des sowjetischen Films im Gefüge des Kalten Krieges und unter Berücksichtigung der Außensicht auf das osteuropäische Staatengeflecht sowjetischen Typs Erhebliches aussagen können, zählt er die am Anfang angesprochenen Basiswerte Sozialismus/Kommunismus, Modernität, das sozialistische Menschenbild und die filmische Darstellung des Zweiten Weltkrieges.

Er bemüht sich um die Einordnung des Films in den allgemeinen Diskurs der Kultur, wobei er das Medium Film als ästhetischen Ausdruck sozialer Aktion und Produktion von Sinnzusammenhängen versteht. So kann, seinem Verständnis nach, der Film als Herrschafts- und Repräsentationsmittel entweder nur ideologisch eingefärbt oder ideologiekritisch, jedoch nie gänzlich ideologiefrei sein. Der sowjetische Spielfilm diene demnach nicht nur in seiner Kulturaußenpolitik, sondern ebenso in seiner innenpolitischen Komponente der Produktion „ideologischer Abziehbilder“ und muß aus diesem Grund als gänzlich realitätsfern betrachtet werden. Der sozialistische Realismus, der stattdessen im Film generiert wird, ist dagegen funktional zu betrachten und verfolgt das Ziel der Disziplinierung des von ihm propagierten „neuen Menschen“. Zunächst als eine ultimative Praxisanleitung ausgeschrieben, entwickelte sich der Umgang mit der Doktrin des so genannten Sozialistischen Realismus nach 1956 im Filmwesen jedoch zu



einer verbal akzeptierten, aber ständig unterlaufenen Formalität, deren Bindungskraft für die ideologische Standortbestimmung mehr und mehr schwand. Denn die transnationale Attraktivität des sowjetischen Kinos sollte sich weniger aus dem offensiven Angriff auf das gegnerische politische System, sondern eher aus der positiven Darstellung des Gegenwartslebens der UdSSR ergeben, was im Laufe der Zeit zunehmend schwieriger wurde, weil die defizitären Strukturprobleme in der Gesellschaft nicht länger als deren Vorzüge inszeniert werden konnten.

#### *Film und Kinosaal*

Die zweite Sektion war der Frage nach der Filmöffentlichkeit und Zensur gewidmet, wobei die Referenten exemplarisch sowohl ideologisierte sowie ideologiekritische Kategorien und Themenbereiche präsentierten. *Günter Agde* (Berlin) referierte zur filmischen Instrumentalisierung von NS/KZ-, Spezial- und Kriegsgefangenenlagern von 1945 bis 1950 in osteuropäischen Kinematographien und formulierte die These, daß sich sowohl in Spiel- als auch in Dokumentarfilmen die Lager optisch nicht unterscheiden ließen, obwohl als Grundlage ihrer Szenerie nicht selten Originalaufnahmen verwandt wurden. Ob nun KZ, Gefangenenlager oder Gulag: als Sammelorte waren sie optisch von standardisierten Strukturen geprägt und somit propagandistisch motiviert. Anhand seiner komparativ angelegten Analyse zwischen der Lager-Darstellung im DDR-Kino sowie im polnischen Kino schlußfolgerte Agde, daß je mehr die Erinnerungskultur durch den Film instrumentalisiert wurde, die Lager umso weniger der Realität entsprochen hätten, da sie nachgebaut und idealisiert wurden.



*Elena Müller* (Dresden) präsentierte im Folgenden die Untersuchungsergebnisse zur sowjetischen Filmkomödie der Nachstalinzeit in ihrer historischen Entwicklung und lieferte somit eine exemplarische Analyse des ideologiekritischen Teilaspektes der sowjetischen Filmkultur. Bereits unter Stalin avancierte die Komö-

die zu *dem* Genre des Sowjetfilms und wurde somit auch in post-stalinistischer Zeit zu einem entscheidenden Faktor der populären Massenkultur. Für diesen Erfolg zieht Elena Müller zwei Gründe in Betracht: Zum einen war das humoristische Genre beinahe der einzige öffentliche Ort in der Sowjetkultur, wo Kritik an einzelnen Mißständen zugelassen war. Das in der Gesellschaft immanent vorhandene Bedürfnis, auch das Negative zu kommunizieren, das in der Sowjetkultur von oben stark eingeschränkt wurde, führte zur Popularität und der Aufwertung der Komödien wie des gesamten Satire-Genres der Kultur. Zum anderen konnten gerade die Komödien den Spagat zwischen verpönte westlicher Massenkultur und der ebenfalls verpönten elitären ‚bürgerlichen‘ Kultur eine Zeit lang erfolgreich meistern und waren tatsächlich zu einem Genre für das ‚gesamte Sowjetvolk‘ geworden, wobei der Begriff ‚massovost‘ (etwa: Massentauglichkeit) dagegen als durchaus positiv besetzt und galt.

Die Grenzen der Entstalinisierung zeigte im Anschluß *Carola Tischler* (Berlin) auf, die anhand des Films „Das Gesetz“ (*Zakon*) des Regie-Duos Alov und Naumov veranschaulichte, daß den sowjetischen Filmschaffenden in der post-stalinistischen Ära die Schranken ihrer gestalterischen Freiheiten aufgezeigt wurden. „Das Gesetz“ thematisiert die letzten Tage Stalins und ist mit Details bestückt, die erst nach 1989 zutage kamen, unter anderem mit Originaltonaufnahmen von Berija. Carola Tischler zufolge ist es ein vergessener Film, der bis heute keinen gebührenden Platz im Bewußtsein der Historiographie einnimmt. Denn obwohl der Film 1964 positiv beurteilt und 1966 in den Verleihplan von Mosfilm aufgenommen wurde, sei er nach langer Hinhaltetaktik dennoch erst 1989 realisiert worden, als Naumov bereits nicht mehr lebte.

#### *Kulturaußenpolitik*

Der Film als Waffe im Kalten Krieg wurde in Sektion drei anhand von ausgewählten Filmen diskutiert. *Cord Eberspächer* (Berlin) und *Gerhard Wiechmann* (Oldenburg) demonstrierten, daß auch die deutsch-deutsche Kulturaußenpolitik ihre Stellvertreterkriege mittels des Mediums Film in Afrika zu führen wußte. Der „lachende Mann“ war die erste gemeinsame DEFA-Produktion der Film- und Fernsehjournalisten Walter Heynowski und Gerhard Scheumann, der sich bis Ende der 80er Jahre Dutzende von Produktionen anschlossen, die teilweise starke internationale Beachtung fanden. Obwohl der „lachende Mann“ hauptsächlich die Ereignisse im Kongo des Jahres 1964 zum Hintergrund hat, wenn er auch immer auf tatsächliche oder angebliche Aktivitäten der Bundesrepublik in Afrika eingeht, ist ein Höhepunkt des Films die Denunzierung des damaligen Bundespräsidenten Heinrich Lübke als „KZ-Baumeister“ und des damaligen westlich orientierten kongolesischen Ministerpräsidenten Moises Tschombé als „Massenschlächter“. Dieser eigenartig und scheinbar aus dem Zusammenhang gerissene Exkurs sei heute nur verständlich in Kenntnis der außenpolitischen Situation der DDR Mitte der 60er Jahre. Denn die „Lübke-Intrige“ sei einer der schärfsten und subtilsten Versuche der DDR-Staatsführung gewesen, das politi-

sche System der Bundesrepublik Deutschland im „Kalten Krieg“ in seinen Grundlagen zu erschüttern.

Die Möglichkeiten und Grenzen filmischer Zusammenarbeit zwischen den Systemen zeigte anschließend *Lars Jockheck* (Hamburg) anhand der deutsch-polnischen Spielfilm-Produktion „Der 8. Wochentag“ von 1957 auf. Artur Brauner von CCC-Film aus West-Berlin und der polnische Regisseur Aleksander Ford waren die treibenden Kräfte hinter dieser Koproduktion, die seinerzeit in der westlichen Presse als „eine kleine politische Sensation zwischen Ost und West“ bewertet wurde. Die Voraussetzungen für eine solche Co-Operation waren Ende der 50er Jahre denkbar günstig, denn es wurden erstmals künstlerische Freiheiten gewährt. Die Abkehr von den alten Doktrinen des sozialistischen Internationalismus ermöglichte der neuen polnischen Schule die Produktion von Heimatfilmen sowie Problemfilmen, die Kontroversen und umstrittene Themen des Alltags aufgriffen. Dennoch wurde „Der 8. Wochentag“ bei seiner Uraufführung in Venedig als rein deutsche Produktion eingestuft, woraufhin die polnischen Filmschaffenden ihre Teilnahme an den internationalen Filmfestspielen in Venedig aus Protest absagten.

Ebenso wie an Jockhecks Beispiel so wurde auch in *Barbara Wurms* (Berlin) Referat „Walzer der Freiheit – der Fall Österreich“ deutlich, daß sich die Film-diplomatie auf mehreren Ebenen abspielte und diese im Einzelnen zu untersuchen sind. Barbara Wurm erläuterte anhand des sowjetischen, fünfteiligen Dokumentarfilms „Walzer der Freiheit“ (Val's svobody) die Film-diplomatie gegenüber dem zwanzig Jahre zuvor von den sowjetischen Truppen befreiten Österreich. Die offizielle Botschaft dieses Films, dessen primäre politische Aufgabe es 1965 war, die Erinnerung wach zu halten, daß die Kulturmetropole Wien nur durch den Einsatz der Roten Armee überhaupt noch existiert, unterscheidet sich von der inoffiziellen Diplomatie, die mittels dieses Mediums vermittelt wurde. Barbara Wurm verdeutlichte, daß sich der Topos des Walzers stets mit jenem der Befreiung und schließlich der Freiheit verbindet – und daß man im Zuge der Beschäftigung mit der Film-diplomatie den Eindruck gewinnt, daß es sich beim „Walzer der Freiheit“ nicht mehr nur um einen Topos handelt, sondern fast schon um eine eigenständige Gattung, die genau das spezifische Beziehungsgeflecht zwischen Österreich und der Sowjetunion bezeichnet.

#### *Sozialistische Filmfeste*

Den Gemeinsamkeiten der sozialistischen Filmfestspiele wurde sich in der vierten Sektion in Form eines komparativen Ansatzes genähert. *Lars Karl* (Potsdam) zeigte in seinem Referat „Zwischen kulturellem Dialog und politischem Ritual“ die Entwicklung der Moskauer Internationalen Filmfestspiele zwischen 1956 und 1971 auf. Neben der Funktion der Massenerziehung hatte das Medium Film hier die Bestätigung eines konservativen Kunstgeschmacks zu erfüllen, wobei ihm zudem die Befriedigung einer wachsenden Neugier sowjetischer Großstädter auf die Welt außerhalb der eigenen Grenzen zugestanden wurde. Die Festspiele gaben Anlaß, Filme aus dem Ausland zu zeigen, die keineswegs zum unions-

weiten Spielplan gehörten und in der absoluten Mehrzahl auch niemals in ihn aufgenommen werden sollten. Doch auch in der Gewährung dieser Ersatzerfüllungen war politisches Kalkül anwesend – der staatlich inszenierten Weltläufigkeit waren Grenzen gesetzt, die gezeigten Filme sollten den sowjetischen Zuschauer unterhalten, aber nicht verwirren. Das alle zwei Jahre wiederkehrende Ereignis entwickelte sich mehr und mehr zu einer streng ritualisierten politischen Demonstration, bei der die Solidaritätsbekundungen für loyale Gefolgschaft im In- und Ausland von Seiten der Jury höher bewertet wurde als der Wert der Filmprodukte selbst. Es wurde zur ungeschriebenen Maxime, daß sich der erste Preis stets von einem sowjetischen Film, einem Film aus dem sozialistischen Lager und einem aus der „Dritten Welt“ geteilt wurde - oft ungeachtet ihrer künstlerischen Qualität und selbstverständlich unter konsequenter Nicht- bzw. Minderbeachtung westlicher Beiträge.



Einen politischen Imperativ verfolgten ebenso die Leipziger Dokumentarfilmwochen, wie *Andreas Kötzing* (Bonn) anschließend in seinem Vortrag über die Selbstnominierung sozialistischer Filmproduktionen aufzeigte. Seine Untersuchung des Auswahlverfahrens durch die Jury sowie des Einflusses der Auswahlkommission auf die Positionierung der Filme und deren politische Konformität zeigte, daß die Gestaltungsfreiheit der osteuropäischen Filmschaffenden gewissen politisch festgeschriebenen Spielregeln unterlegen war. Dennoch existierten kleine Nischen im Rahmenprogramm des Festivals sowie außerhalb des Wettbewerbs, in denen weniger konforme Filme aufgeführt wurden.

*Heidi Martini* (Leipzig) knüpfte anschließend in ihrem Vortrag „Filme und Politik im Blick und Gegenblick“ an diese These an und unterstrich die wesentliche Rolle des Festivals als Kommunikationsplattform für internationale Filmschaf-

fende, die sich am Rande des Festivals trafen und untereinander austauschten. Dennoch stützte sie gleichzeitig die These, daß sich das Leipziger Dok-Festival durchaus selbst als kämpferisches und politisches Festival verstand, denn wenn es nicht politisch gefärbt gewesen wäre, wäre es nicht finanziert worden. Dennoch sind in Leipzig westliche Filme gezeigt worden, die sonst nie in DDR gelaufen wären. Insofern diente also das Dok-Festival der DDR-Regierung als Mittel der offiziellen Kulturaußenpolitik, gleichzeitig bot es den Filmschaffenden aus aller Welt ein informelles und inoffizielles Kommunikationsforum, auf welchem internationale Trends und Paradigmen der Filmkunst diskutiert und generiert wurden.

#### *Fazit*

In der abschließenden Diskussion arbeiteten die Teilnehmer des Filmsymposiums neu entstandene bzw. nicht beantwortete Fragen heraus, die für weitere Forschungsvorhaben in diesem Bereich der Kulturaußenpolitik von besonderer Relevanz sind. Zu nennen ist hier in erster Linie die Periodisierung der inneren Entwicklung des Films in den verschiedenen Etappen des Kalten Krieges. Inwieweit entsprechen die Tendenzen der Liberalisierung und politischen Instrumentalisierung des Films den Phasen des politischen „Tauwetters“ oder des neuen „Frosts“? Insofern muß auch die Entwicklung der internationalen Beziehungen thematisiert werden, wenn man die Rolle der internationalen Filmfestivals für die Weltpolitik herausarbeiten möchte.

Zudem blieb die Frage unbeantwortet, welche Rolle die Filmfestivals im Rahmen des kulturellen Kampfes spielten: Wurde dieser „Kulturkampf“ lediglich zwischen Ost und West ausgetragen oder auch innerhalb des östlichen Blocks? Dienten die Festivals eher als Orte der Kommunikation oder der Rivalität? Hatte sie in erster Linie eine Schaufenster- oder eine kulturelle Austauschfunktion? Auf großes Interesse stieß ebenso die Frage nach den eigentlichen Akteuren der Filmkunst: den Filmemachern als „Vermittler“ zwischen den Blöcken als auch als „Störer“ der politischen Zufriedenheit. Sie waren nicht nur Kreative im stillen Kämmerlein sondern große Persönlichkeiten, die international wirkten und sich im Rahmen der Festivals zu eher halbprivaten Vorführungen außerhalb des offiziellen Protokolls trafen. Hier entstand eine gemeinsame europäische Filmsprache sowie internationale Paradigmen des Filmschaffens, die über die Grenzen hinweg ihre Gültigkeit bewiesen, entwickelten sich Tendenzen, die nicht mehr nur typisch für Filmemacher eines Blocks waren. Insofern kann also die biographische Herangehensweise an die Filmkultur im Kalten Krieg fruchtbare Erkenntnisse bringen, die dem Historiker bei der herkömmlichen Analyse der Filme als Quelle und dessen Rezeption verborgen bleiben.

**EUROPA IM OSTBLOCK.  
VORSTELLUNGSWELTEN UND KOMMUNIKATIONSRÄUME IM WANDEL  
Internationale Konferenz, Potsdam, 3.-5. November 2005**

**Sabine Schön**

Vom 3. bis zum 5. November 2005 stand das Thema „Europa im Ostblock“ am Zentrum für Zeithistorische Forschung in Potsdam im Mittelpunkt des Interesses. Wissenschaftler aus Ost und West trugen ihre zum Teil sehr unterschiedlichen Auffassungen zum Thema Europa vor. Ein dichtes Programm führte alle Beteiligten zwei Tage lang durch die verschiedenen Wahrnehmungen des Begriffes „Europa“, das als zusammenhängender Kommunikationsraum durch die Blockbildung im Kalten Krieg zerrissen worden war. Eingeladen zu dieser Konferenz hatte die von der Volkswagen Stiftung geförderte ZZF-Projektgruppe von *José Maria Faraldo* (Leitung), *Paulina Gulińska-Jurgiel* und *Christian Domnitz*. Eröffnet wurde die Tagung mit einem einstimmenden Vortrag von *Wolfgang Schmale* (Wien) im Deutschen Historischen Museum in Berlin, auf den ein kleines Begrüßungsbuffet folgte. Anschließend wurde der Episodenfilm „One Day In Europe“ von Hannes Stöhr gezeigt.

Am Freitag begann der Workshop im Vortragssaal des ZZF in Potsdam mit dem Panel „Europa-Zugänge“. Die Organisatoren stellten ihre jeweiligen Forschungsansätze vor, wobei sich *Christian Domnitz* einer Typologie über die europäischen Vorstellungswelten in Mitteleuropa zuwandte und sich dabei auf die östliche Sichtweise auf Europa unter Berücksichtigung eines national orientierten Freiheitsdenkens und „europäischen Traums“ bezog, während *Paulina Gulińska-Jurgiel* die Stereotypisierung der Europa-Bilder anhand von Karikaturen der Fremdbilder und Selbstdarstellung in der polnischen Presse aufzeigte. *Hagen Schulz-Forberg* (Florenz) griff mithilfe von Ereignissen, Thesen und Forschungsansätzen zur Europa-Debatte in den mitteleuropäischen Staaten den jeweiligen Europa-Diskurs auf und erläuterte diese anhand eines laufenden Projektes EMEDIATE.

Der zweite Themenblock beschäftigte sich mit „Sowjetischen Aneignungen“. Er wurde von *Edouard Tarnawski* (Murcia) mit einem Beitrag über Mythen und ihre Bedeutung in der Geschichte Russlands und Europas eingeleitet, wobei er von Mythen als Instrumenten der Macht sprach und dies am Beispiel der russischen Geschichte explizierte.

*Jan Behrends* (Berlin) ging in seinem Vortrag der Frage nach, ob in der Zeit von 1945-1953 ein „Stalinsches Europa“ existiert hat. Er kam zu dem Schluß daß zwar „völkisch“-nationale Vorstellungen, aber nicht Europa eine wesentliche Rolle für Stalin spielten. Europa, so Behrends, sei für Stalin lediglich im geographischen Sinne ein Begriff gewesen.

In verschiedenen Textbeispielen des Publizisten Ilja Ehrenburg wurde wiederum eine intensive Beschäftigung mit Europa deutlich, die nach dem Krieg durch

verschiedene Europareisen inspiriert wurden; er betrachtete Europa seit 1947/48 als ein Gegen-Amerika, wobei im Hoch-Stalinismus das schon etablierte Feindbild Amerika im sowjetischen Block mit dem nationalsozialistischen Deutschland gleichgesetzt wurde. Diskussionspunkte zu diesem Beitrag waren hauptsächlich die Fragen, wie gut bzw. ob Ehrenburg für ein wirklich repräsentatives Bild der Sicht Stalins auf Europa stehe, da er ein Außenseiter des Systems gewesen sei, und ob nicht tatsächlich das Bild Europas im Stalinismus schärfer fokussiert werden könne.

Den dritten Vortrag in diesem Panel hielt *Kari Kaunistmaa* (Turku), der sowjetische und russische Geschichtsbücher untersucht hatte, um das Konzept Europa und die Entwicklungstendenzen im Laufe der Zeit herauszuarbeiten. Während des Kalten Krieges, so betonte er, sei zwischen „unserem Europa“ und „ihrem Europa“ unterschieden worden; in der russischen Vorstellung existiere eher die Vorstellung der „Nahen“ und der „weiter Entfernteren“.

Nach der Mittagspause sprach *Siegfried Lokatis* (Potsdam) über die von ihm und Simone Barck konzipierte Ausstellung „Europa im Kopf. Der Verlag Volk und Welt in der DDR“. Die verschiedenen Europabilder, die durch die Veröffentlichung ausgewählter Werke der Weltliteratur entstanden, waren Lokatis zufolge von mehreren Faktoren abhängig. So gab es ein Europabild der Parteikader, eines der Emigranten, des Zweiten Weltkrieges, ein Europabild der Zensoren und eines der Lektoren. Diese deckten sich natürlich nicht immer, und sie hatten auch keine dauerhafte Gewichtung: die editierten Europa-„Bilder“ waren abhängig von Krisen und von systempolitischen Beschlüssen.

Das dritte und letzte Panel an diesem Tag erörterte den Schwerpunkt „Ostmittel-europa: Ambivalenzen“. Spezifische Themen wie die Krakauer Presse als Sonderfall in Polen zwischen 1975 und 1995 von *Joanna Bar* (Krakau) kamen zur Sprache; *Vladimir Goněc* (Brno) griff am Beispiel des tschechischen Exilanten und Publizisten Hubert Ripka das Europadenken in den 1950er Jahren im Sinne einer Föderation Mitteleuropas auf, und *Carlos Reijnen* (Maastricht) skizzierte die tschechische Europa-Wahrnehmung, in der der Begriff Europa fast verschwand, aber der Bezug auf europäische Werte weiterhin vorhanden war.

Waren die Themenfelder bisher in Mitteleuropa angesiedelt, kam man am nächsten Tag zum „Wahrnehmungsraum Südosteuropa“. *Jordanka Telbizova-Sack* (Berlin) sprach die empfundene geographische und religiöse Zugehörigkeit der bosnischen Muslime zu Europa an, die ein vereintes Europa letztlich als den „wichtigsten Schutz zur Bewahrung ihrer eigenen Identität“ begreifen. *Dennis Dierks* (Berlin) ging es in seinem Beitrag um die Selbstverortung der bosnisch-herzegowinischen Muslime, welche durch drei Konzepte – von *Izetbegović*, *Zulfikarpašić* und *Balić* – repräsentiert würde und deren Zugehörigkeit zu Europa in der breiten Masse, so Dierks, größtenteils außer Frage stünde.

*Cristina Petrescu* (Bukarest) beschrieb zunächst die Rolle der intellektuellen Rumäniens unter Ceaușescu, die – im Gegensatz zu Mitteleuropa, d.h. Polen, Ungarn und der Tschechoslowakei – nicht in Opposition zu ihrem Regime standen und eine „resistance through culture“ verkörperten. *Dragoș Petrescu* (Buka-

rest) stellte in Ergänzung dazu die idealisierte Sicht auf bzw. die Begeisterung für die westlichen Wohlstandsgesellschaften dar, in erster Linie für die BRD, die in Form von westlichen Konsumprodukten, Modekatalogen oder der Ausstrahlung von „Radio Free Europe“ von München aus nach Rumänien gelangten.

*Tetyana Dzyadevych* (Kyiv) stellte diesbezüglich eine etwas andere Seite vor: ihr Beitrag bezog sich auf das Konzept „Europa“, das in der Kunst des Sowjetischen Realismus geprägt wurde. Abgesehen von den verschiedenen Möglichkeiten der Herangehensweise wurde „Europa“ immer als das „Andere“ gesehen, was – sie bezog sich in ihrem Vortrag auf die Ukraine – teilweise noch bis zum heutigen Zeitpunkt anhalte.

Im letzten Panel „A Dreamed Europe: Exiles“ konnte man an verschiedenen Beispielen Blicken von Exilanten auf Osteuropa begegnen. *Friederike Kind* (Budapest/Potsdam) tat das anhand von westlichen Veröffentlichungen seit Anfang der 1970er Jahre wie im „Lettre International“, „New York Review of Books“ oder „Le Monde“, die Mittel- und Osteuropa ins Blickfeld faßten. Dort wurden transnational Texte von Dissidenten veröffentlicht, um das „andere Europa“ wieder dem gesamteuropäischen Literaturgeschehen anzunähern und die Trennung Europas abzubauen, in anderen Worten also: die Inhalte der Schlußakte von Helsinki auf literarischer Ebene durchzusetzen. Hier sah man, im Gegensatz zu den meisten anderen Beiträgen dieses Workshops, wie Osteuropa von westlichen Ländern aus verstanden wurde, und wie der „Westen“ versuchte, zumindest auf literarischer Ebene, den Osten wieder miteinzubeziehen.

*Thomas Lane* (Bradford) beschäftigte sich mit der Bedeutung Europas für osteuropäische Emigranten. Er ging davon aus, daß die Bedeutung Europas für die jeweiligen östlichen Länder in Publikationen und Äußerungen emigrierter Ost- und Mitteleuropäer nachgelesen werden konnte und daß diese Emigranten aus dem westlichen Ausland durchaus die Dagebliebenen in ihren Debatten und Anschauungen beeinflussten. Der Wunsch nach einer Rückkehr nach Europa wurde, so Lane, durch die Emigranten in Westeuropa vertreten, so daß die Meinung ihrer Landsleute, die sonst nicht die Möglichkeit hatten, im Westen gehört zu werden, repräsentiert wurde.

Um den polnischen Emigranten Rowmund Piłsudski und seine föderalistische Konzeptionen europäischer Staaten, die er in den 1940er und 50er Jahren im Exil in Großbritannien entwarf, ging es *Katarzyna Stokłosa* (Dresden). Er leitete die Polnische Freiheitsbewegung „Unabhängigkeit und Demokratie“, schrieb für das Presseorgan „Trybuna“ und arbeitete somit für ein vereintes Europa, dessen politische Verwirklichung er nicht mehr erleben konnte.

Bei fast allen Vorträgen wurde „Europa“ meist nur als ein Konzept der zweiten Kategorie nach der jeweiligen nationalen Identität gehandelt. Daraus ergab sich einerseits die Möglichkeit, all die verschiedenen Herangehensweisen an Europa und die Herausbildung von Europa-Bildern aufzuzeigen, andererseits allerdings auch die Schwierigkeit, sich auf einen Begriff „Europa“ zu einigen. Daher entstanden bei den Teilnehmern teilweise Unschlüssigkeiten, welcher spezifische



Europa-Begriff wann angebracht gewesen sei und in welchen Zusammenhängen er früher gestanden hatte.

*Stefan Troebst* (Leipzig) brachte in seiner Einführung zur Abschlußdiskussion noch einmal die geschichtsregionale Untergliederung Europas von Halecki und Szücs in Erinnerung. *Thomas Lindenberger* (Potsdam) lenkte das Gespräch auf das Thema der Europäischen Gemeinschaft als Anziehungspunkt bzw. darauf, daß die Entwicklung bis hin zur Europäischen Union mitgedacht werden müsse. *Wolfgang Schmale* (Wien) plädierte in seinem Schlußwort, im Umgang mit dem Begriff „Europa“ den Fokus schärfer zu ziehen bzw. Kategorien etwas enger anzusetzen. Hilfreich dabei sollten zeitliche Zusammenhänge sein. *Włodzimierz Borodziej* (Warschau) legte Wert auf den spezifischen Charakter des kommunistischen Europa-Diskurses und betonte, daß die Neuentdeckung Europas in den 1980er Jahren bei Kommunisten und Dissidenten gleichzeitig erfolgte. Ein Merkmal dieses Diskurses stellte die „Sicherheit“ dar, die als ein griffiger Begriff in der Auseinandersetzung um „Europa“ im sowjetischen Block angewendet wurde. Ein anderer Hinweis von Borodziej betraf die Periodisierung für verschiedene Länder des Ostblocks, die u.a. aus dem wirtschaftlichen Kontext heraus jeweils anders ausgesehen hatte.

Letztlich war wohl weniger von einer abschließenden Diskussion zu sprechen als von einer nochmaligen Erweiterung des Diskussionsfeldes. Das spiegelte auch die Lage der Tagung wieder: in den Beiträgen wurde „Europa“ aus spezifischen Perspektiven betrachtet, die zwar im konkreten Fall nachzuvollziehen, allerdings meist der nationalen Thematik nachgeordnet waren. Demzufolge tat sich ein großes Puzzle von „Europa“-Vorstellungen am Beispiel der jeweiligen osteuropäischen Länder bzw. der Situationen auf, in denen sich etwa Exilanten aus diesen Ländern befanden.

Auch wenn nicht alle Beiträge für jeden Teilnehmer gleich interessant gewesen sein mögen und die Themenfelder gelegentlich etwas ausufernten, so vermittelte die Tagung doch viele Anregungen und neue Sichtweisen auf „Europa“ im Ostblock.

## **ZZF-PUBLIKATIONEN 2004/2005**

Von 1993 bis 2005 sind in der Reihe „Zeithistorische Studien“, herausgegeben vom Zentrum für Zeithistorische Forschung, im Akademie Verlag Berlin (bis Bd. 10) und im Böhlau Verlag Köln/Weimar/Wien (ab Bd. 11) insgesamt 31 Bände veröffentlicht worden, sechs davon in den Jahren 2004 und 2005.

*Bd. 26*

**Ulrich Pfeil**

**Die „anderen“ deutsch-französischen Beziehungen.**

**Die DDR und Frankreich 1949–1990**

2004. 704 S., 64,90 €

Im Januar 1988 wird der SED-Generalsekretär Erich Honecker in der französischen Hauptstadt Paris mit allen staatlichen Ehren empfangen. Die DDR scheint einen neuen Gipfel internationaler Anerkennung erklommen zu haben. Doch als der französische Staatspräsident François Mitterrand wenige Monate später, am 20. Dezember 1989, zu seinem Gegenbesuch in die DDR kommt, ist Honecker schon nicht mehr an der Macht und der SED-Staat bereits dem Abgrund nahe. Diese Reise gibt bis heute Anlaß zu Spekulationen über Frankreichs Haltung zur deutschen Wiedervereinigung und zum Platz der DDR in der französischen Deutschlandpolitik. Paris hatte „Pankow“ bis 1973 offiziell mit diplomatischer Mißachtung behandelt und seine Beziehungen mit der Bundesrepublik schrittweise ausgebaut, so daß viele ab den 70er Jahren vom „couple franco-allemand“ sprachen. Neue Archivreise dokumentieren jedoch, daß auch die DDR in Frankreichs Deutschlandpolitik eine zentrale Rolle spielte und die „anderen“ deutsch-französischen Beziehungen nicht erst mit der diplomatischen Anerkennung begannen. Heute zeigt sich, daß man es auf politisch-diplomatischer, wirtschaftlicher und kultureller Ebene mit einer asymmetrischen und dynamischen Dreiecksgeschichte im Ost-West-Konflikt zu tun hatte.

*Bd. 27*

**Christoph Classen**

**Faschismus und Antifaschismus.**

**Die nationalsozialistische Vergangenheit im ostdeutschen Hörfunk 1945-1953**

2004. 384 S., 44,90 €

Das antifaschistische Selbstverständnis der DDR gehört seit 1990 zu den umstrittensten Aspekten ihrer Geschichte. Doch im Rahmen der politisch aufgeladenen Debatte, die letztlich um die Frage von Legitimität oder Illegitimität des ostdeutschen Staates geführt wurde, war eine genaue historische Analyse oft nur wenig gefragt.

Die vorliegende Studie untersucht auf der Grundlage des seinerzeit wichtigsten Massenmediums, des Radios, die öffentliche Auseinandersetzungen mit der jüngsten Vergangenheit in der Nachkriegszeit. Wie wurden Krieg, Verfolgung und Widerstand dargestellt, was war jeweils sagbar und was nicht? Welche politischen und kulturellen Faktoren einerseits und welche biographischen Erfahrungen andererseits prägten das öffentlich verbreitete Geschichtsbild? Zugleich wird die Unterordnung des ostdeutschen Rundfunks unter

den Parteiapparat der SED dargestellt und die Frage nach den gesellschaftlichen Wirkungen des Radios aufgeworfen.

Die Untersuchung zeigt, daß die Durchsetzung eines einheitlichen, kommunistisch dominierten Geschichtsbildes innerhalb der SED und ihres verlängerten Armes, des Rundfunks, zunächst auf große Schwierigkeiten stieß. Zwar gelang es bis Anfang der fünfziger Jahre in bemerkenswertem Maße, den Rundfunk auf die Vorgaben der Partei einzuschwören. Doch die Absicht, die sozialistische Umgestaltung mit Hilfe des Radios zu forcieren, scheiterte gerade deshalb weitgehend: Die Hörer wünschten Unterhaltung, nicht Propaganda im Radio, und auch das verbreitete Geschichtsbild orientierte sich zu stark an politischen Zwängen und zu wenig an den Lebenserfahrungen der meisten Deutschen.

*Bd. 28*

**Thomas Heimann**

**Bilder von Buchenwald.**

**Die Visualisierung des Antifaschismus in der DDR (1945-1990)**

2005. 256 S., 34,90 €

Wie kein zweiter Gedächtnisort prägte die Gedenkstätte Buchenwald auf dem Ettersberg bei Weimar den antifaschistischen Kanon und die Erinnerungspolitik in der DDR. Ebenso nachhaltig beeinflussten die Kino- und Fernsehadaptation des Romans *Nackt unter den Wölfen* die Vorstellungen vom heroischen Kampf der Buchenwald-Häftlinge um ihre Selbstbefreiung. Weitere Kinofilme und Fernsehbeiträge popularisierten in der Folgezeit diese Lesart der Ereignisse.

Der Band zeichnet das Entstehen der filmischen Bilder nach und setzt Gedenkpolitik und Bildproduktion zueinander in Beziehung. Anhand alten und neuen Archivmaterials rekonstruiert der Autor den Entstehungs- und Gebrauchskontext der in der Nationalen Mahn- und Gedenkstätte Buchenwald gezeigten Einführungsfilme. Dabei weist er Ausblendungen unbearbeiteter Erinnerungen von ehemaligen Buchenwald-Häftlingen nach und dokumentiert vielschichtige, widersprüchliche Kontrollmechanismen des offiziellen Geschichtsbildes.

*Bd. 31*

**Peter Hübner/Christoph Kleßmann/Klaus Tenfelde (Hg.)**

**Arbeiter im Staatssozialismus.**

**Ideologischer Anspruch und soziale Wirklichkeit.**

2005. 515 S., 57,90 €

Zu Beginn des 21. Jahrhunderts, einer Zeit, in der Arbeit knapp zu werden scheint und die Beschäftigungskrise zum politischen Thema geworden ist, erneuert sich auch das Interesse an der Geschichte der Arbeit und der Arbeiterexistenz. Insbesondere geraten dabei die Länder des in den achtziger Jahren zerfallenen sowjetischen Blocks in den Blick. Am Beispiel der DDR im ostmitteleuropäischen Vergleich fragen die in diesem Band versammelten Beiträge nach der sozialen Realität des politisch postulierten „Arbeiterstaates“. Dabei stehen die folgenden Themen im Vordergrund: Beziehung zwischen Führungseliten und Arbeiterschaft – Konflikt und Arrangement; Arbeitsbeziehungen und Arbeitsverhältnisse zwischen ökonomischen und politischen Überlegungen; Arbeiterexistenz als soziales Privileg und lebenspraktische Beschränkung; Betriebliche und außerbetriebliche Segmente der Lebenswelt im Funktionszusammenhang.

In Kürze erscheinen:

*Bd. 29*

**Christian Müller/Patrice Poutrus (Hg.)**

**Ankunft - Alltag – Abreise.**

**Migration und interkulturelle Begegnung in der DDR-Gesellschaft.**

2005. ca. 352 S., ca. 39,90 €

Für alle modernen Gesellschaften stellt die interkulturelle Begegnung, wie sie vor allem aus der Zuwanderung resultiert, eine fundamentale Herausforderung dar. Inwiefern sich die Ausreisegesellschaft DDR derselben stellte und den Umgang mit unterschiedlichen Gruppen von Migranten – von Vertriebenen über sowjetische Soldaten bis hin zu politischen Emigranten und fremden Arbeitskräften – gestaltete, wird in diesem Band diskutiert. Die Rede über die Fremden in der DDR war durch eine Mixtur aus Propaganda, Gerüchten und tradierten Stereotypen gekennzeichnet. Anhand verschiedener Beispiele aus dem Alltag der DDR-Gesellschaft beleuchten die Beiträge die daraus resultierenden Beziehungen und Konflikte zwischen Fremden und Einheimischen. Dabei wird die Dynamik wechselnder Bündnisse von Fremden, Staatsmacht und Bevölkerung in Solidaritätspolitik, Arbeitswelt sowie bei Verteilungskonflikten um knappe Güter herausgearbeitet. Ein weitgehend unbearbeitetes Feld der historischen DDR- und Kommunismusforschung wird hiermit erschlossen.

*Bd. 30*

**Sylvia Klötzer**

**Satire und Macht.**

**Film, Zeitung, Kabarett in der DDR.**

2005. ca. 270 S., ca. 34,90 €

Satirische Kritik gegen die DDR widersprach zunächst jener optimistischen Zuversicht, die die SED in ihren Medien verbreiten ließ. Gleichwohl war die Partei gezwungen, die Entstehung einer satirischen Kultur mit Kabarettprogrammen, Satirezeitung und Kurzfilmen zu dulden, ja sogar zu fördern. In diesem Band werden sowohl Möglichkeiten als auch Grenzen innenpolitischer Satire im Kontext einer sich verändernden SED-Öffentlichkeit beleuchtet. Neben Einblicken in die unterschiedlichen Phasen der Satire-Szene zeigt die Autorin signifikante Höhepunkte und Mißerfolge. Ins Blickfeld der Untersuchung werden die DEFA-Stacheltiere, Texte aus dem Eulenspiegel und Kabarettprogramme gerückt, die gleichermaßen die SED-Herrschaft parodierten wie von ihr geprägt wurden. Von besonderem Interesse sind hierbei die Filmsatire in der Krise des Jahres 1953, der Eulenspiegel im Tauwetter 1956, Studentenkabarett 1961, die konkrete Kritik im Eulenspiegel der siebziger und achtziger Jahre sowie prekäres Kabarett des Jahres 1986.

#### **WEITERE BUCHPUBLIKATIONEN 2004/2005**

Neben den sechs Bänden der Reihe „Zeithistorische Studien“ erschienen in den Jahren 2004/2005 von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bzw. über Projekte des ZZf 23 weitere Buchpublikationen.

## 2004

*Edda Ahrberg/Hans-Hermann Hertle/Tobias Hollitzer/Stiftung Aufarbeitung (Hg.)*, Die Toten des Volksaufstandes vom 17. Juni 1953, Lit-Verlag: Münster 2004, 212 S.

*Klaus Arnold/Christoph Classen (Hg.)*, Zwischen Pop und Propaganda. Radio in der DDR, Ch. Links Verlag: Berlin 2004, 382 S.

*Henrik Bispinck/Jürgen Danyel/Hans-Hermann Hertle/Hermann Wentker (Hg.)*, Aufstände im Ostblock. Zur Krisengeschichte des realen Sozialismus, Ch. Links Verlag: Berlin 2004, 344 S.

*Hans-Hermann Hertle/Stefan Wolle*, Damals in der DDR. Alltag im Arbeiter- und Bauernstaat, C. Bertelsmann: München 2004, 318 S.

*Konrad H. Jarausch*, Die Umkehr. Deutsche Wandlungen 1945 – 1995, Deutsche Verlagsanstalt: München 2004, 504 S.

*Jochen Laufer/Georgij Kynin (Hg.)*, Die UdSSR und die deutsche Frage. Dokumente aus dem Archiv für Außenpolitik der Russischen Föderation, Duncker & Humblot, Berlin 2004 (Bd. 1: 22. Juni 1941 bis 8. Mai 1945; Bd. 2: 9. Mai 1945 bis 3. Oktober 1946; Bd. 3: 6. Oktober 1946 bis 15. Juni 1948).

*Martin Sabrow (Hg.)*, Skandal und Diktatur. Formen öffentlicher Empörung im NS-Staat und in der DDR, Wallstein Verlag: Göttingen 2004, 270 S.

*André Steiner*, Von Plan zu Plan. Eine Wirtschaftsgeschichte der DDR, Deutsche Verlagsanstalt: Stuttgart 2004, 270 S.

## 2005

*Leonore Ansorg*, Politische Häftlinge im Strafvollzug der DDR. Die Strafvollzugsanstalt Brandenburg, Metropol Verlag: Berlin 2005, 404 S.

*Jan C. Behrends/Árpád von Klimó/Patrice Poutrus (Hg.)*, Antiamerikanismus im 20. Jahrhundert. Studien zu Ost- und Westeuropa, Dietz: Bonn 2005, 366 S.

*Arnd Bauermeister/Konrad H. Jarausch/Marcus M. Payk (Hg.)*, Demokratie-wunder. Transatlantische Mittler und die kulturelle Öffnung Westdeutschlands 1945-1970, Vandenhoeck & Ruprecht: Göttingen 2005, 335 S.

*Klaus Große Kracht*, Die zankende Zunft. Historische Kontroversen in Deutschland nach 1945, Vandenhoeck & Ruprecht: Göttingen 2005, 224 S.

*Renate Hürtgen*, Zwischen Disziplinierung und Partizipation. Vertrauensleute des FDGB im DDR-Betrieb, Böhlau Verlag: Köln 2005, 353 S.

*Konrad H. Jarausch/Michael Geyer*, Zerbrochener Spiegel. Deutsche Geschichten im 20. Jahrhundert, Deutsche Verlagsanstalt: München 2005, 493 S.

*Mario Keßler (Hg.)*, Deutsche Historiker im Exil (1933–1945). Ausgewählte Studien, Metropol Verlag: Berlin 2005, 340 S.

- Mario Keßler*, On Anti-Semitism and Socialism. Selected Essays, Trafo Verlag: Berlin, 208 S.
- Mario Keßler*, Vom bürgerlichen Zeitalter zur Globalisierung. Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung. Aufsatzsammlung, Trafo Verlag: Berlin 2005, 218 S.
- Christoph Kleßmann*, Wiedervereinigung und neue Geschichtsschreibung. Was kann man von der deutschen Zeitgeschichte lernen? Seoul 2005, 335 S. (in koreanischer Sprache)
- Martin Sabrow* (Hg.), Kulturen im Konflikt. Die Wiederkehr der Ost-West-Konfrontation (Helmstedter Colloquien Heft 7), Akademische Verlagsanstalt GmbH: Leipzig 2005, 98 S.
- Gabriele Schnell*, Das „Lindenhotel“. Berichte aus dem Potsdamer Geheimdienstgefängnis, Ch. Links Verlag: Berlin 2005, 160 S.
- Katja Stopka*, Semantik des Rauschens. Über ein akustisches Phänomen in der deutschsprachigen Literatur, Meidenbauer Verlagsbuchhandlung: München 2005, 335 S.



Für sein demnächst auch in englischer Sprache erscheinendes Werk „Die Umkehr“ wurde Konrad H. Jarausch im Herbst 2005 von der H-Soz-u-Kult-Jury „Das historische Buch 2004“ der erste Preis in der Kategorie „Zeitgeschichte“ verliehen.

## AUTORENVERZEICHNIS

- Dr. Klaus Jochen Arnold, Brandenburgisches Landeshauptarchiv Bornim und  
Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam
- Krisztina Csörgei, cand. phil., Berlin
- Andrea Genest, Dipl.-Pol., Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam
- Dr. Bernd Florath, Robert-Havemann-Gesellschaft, Berlin
- Prof. Dr. Karen Hagemann, Technische Universität Berlin und University of  
North Carolina/Chapel Hill, USA
- Dr. Hans-Hermann Hertle, Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam
- Prof. Dr. Konrad H. Jarausch, Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam  
und University of North Carolina/Chapel Hill, USA
- Agnes Kuciel, cand. phil., Berlin
- Maria Nooke, M.A., Verein Berliner Mauer, Berlin
- Steffen Peske, cand. phil., Berlin
- Prof. Dr. David Pike, University of North Carolina/Chapel Hill, USA
- Prof. Dr. Martin Sabrow, Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam
- Dr. Thomas Schaarschmidt, Koordinationsstelle Projektverbund Zeitgeschichte  
Berlin-Brandenburg, Potsdam
- Simone Schlindwein, cand. phil., Berlin
- Sabine Schön, cand. phil., Berlin
- Tobias Schulz, M.A., Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam
- Dr. Bernd Stöver, Universität Potsdam/Zentrum für Zeithistorische Forschung  
Potsdam
- Prof. Dr. Hartmut Weber, Bundesarchiv, Koblenz
- Kristin Winter, cand. phil., Dresden
- Dr. des. Irmgard Zündorf, Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam

Die hauseigene Zeitschrift des ZZF „Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History“ erscheint dreimal jährlich. Bestellung über jede Buchhandlung, beim Verlag oder über <http://www.zeithistorische-forschungen.de>. Jahresbezugspreis: 64 €.

# ZEITHISTORISCHE FORSCHUNGEN

STUDIES IN CONTEMPORARY HISTORY

Herausgegeben  
von Konrad H. Jarausch und Christoph Kleßmann  
in Verbindung mit Zeitgeschichte-online

2. Jahrgang 2005/3 ISSN 1612-6033

**Thema: Migration**

**Dariusz Stola**

Das kommunistische Polen als Auswanderungsland

**Roberto Sala**

»Gastarbeitersendungen« und »Gastarbeiterzeitschriften« in der Bundesrepublik

**Patrick Weil**

Staatsangehörigkeit und Diskriminierung: Juden und algerische Muslime in Frankreich

**Imke Sturm-Martin**

Der politische Blick auf Minderheitenreligionen in Großbritannien

Polizeiakten als Quellen der Migrationsforschung



Vandenhoeck & Ruprecht